Genehmigung am 17.10.2024 (genehmigt)

Protokoll 15

Stadtratssitzung
Donnerstag, 15.08.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: https://bern.recapp.ch/shareparl/

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr....3
2023.SR.0112....4
1 Begrüssung und Mitteilungen
2024.SR.0034....6
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 11 vom 30.05.2024, 12 vom 13.06.2024, 13 vom 27.06.2024 und 14 vom 04.07.2024)
2020.SR.000387....6
3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahlen
2021.BSS.000055....7
4 Wahlen in Schulkommissionen (Volksschule Bern und der besonderen Volksschulklassen Bern / Sprachheilschule Bern / Bethlehem)
2021.BSS.000055....7
5 Wahl Schulkommissionen (Volksschule Bern und der besonderen Volksschulklassen Bern)
2024.SUE.0019....7
6 Schutz und Rettung Bern (Dienststelle 245); Nachkredit zum Globalkredit 2024
2019.FPI.000126....10
7 Entwicklung Viererfeld/Mittelfeld; Abgabe einer Landfläche im Baurecht an die Pensionskasse der Technischen Verbände (Baustein O52)
2024.FPI.0035....14
8 Ersatz Access Switches; Investitionskredit
2021.FPI.000114....14
9 Beachcenter Bern; Abgabe im Baurecht des Grundstücks Nr. 1991 Bern 3 «Weyermannshaus» sowie Verpflichtungskredite für Einstellhalle inklusive Mehrwertentschädigung und Skateanlage
2024.TVS.0056....20
10 Knoten «Chäs u Brot»/Matzenriedstrasse: Verbesserung Verkehrsinfrastruk-tur und Instandstellung Moosbach; Erhöhung Projektierungskredit
2024.TVS.0146....21
11 Tiefbauamt/Logistik Bern: Ersatzbeschaffung Elektrotransportfahrzeug mit Kofferaufbau und Hebebühne; Kredit
2023.SR.0132....25

12 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Bern autofrei; Fristverlängerung
2020.PRD.000047 27
13 Sportplatz Wyler, Umwandlung eines Allwetterplatzes in ein Kunstrasenspielfeld; Baukredit
2022.BSS.000089..... 28
14 Technische Unterstützung der Wasseraufsicht Schwimmhalle Neufeld; Genehmigung der Videoüberwachung
2016.SR.000196 32
15 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GB/JA!, FDP, GFL/EVP, SVP, GLP, AL/GPB-DA/PdA+ (Katharina Altas, SP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Seraina Patzen, JA!/Barbara Freiburghaus, FDP/Manuel C. Widmer, GFL/Roland Jakob; SVP/Ursina Anderegg, GB/Michael Daphinoff, CVP/Melanie Mettler, GLP/Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA): Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brünnenguts; Abschreibung
2019.SR.000348 34
16 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst?
Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr. 36
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr 38
2019.SR.000348 39
16 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst?
2021.SR.000223 45
17 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, GaP, AL/PdA (Ursina Anderegg, GB/ Bernadette Häfliger, SP/Simone Machado, GaP/Tabea Rai, AL): Wo steht der Gemeinderat in der Armutsbekämpfung?
2021.SR.000236 53
18 Postulat Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Sara Schmid/Alina Irene Murano, SP): Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen; Prüfungsbericht
2022.SR.000033 57
19 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PDA (Bernadette Häfliger/Barbara Keller, SP/Tabea Rai, AL): Das unternehmerische Risiko nicht dem Personal überbinden
2022.SR.000048 60
20 Postulat Fraktion SP/JUSO (Alina Murano, SP) - übernommen durch Barbara Keller (SP): Anonyme Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten
2022.SR.000124 63
21 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten
Verschoben und eingereicht 69
Schluss der Sitzung: 22.32 Uhr. 70

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Michael Burkard
Francesca Chukwunyere
Nik Eugster
Jelena Filipovic
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Muriel Graf
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Thomas Hofstetter
Matthias Humbel
Stephan Ischi
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Daniel Michel
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Mahir Sancar
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser
Sibyl Eigenmann
Sofia Fisch
Salome Mathys
Simone Machado
Claudio Righetti
Judith Schenk

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Herzlich willkommen, liebe Kolleg*innen zurück nach der Sommerpause. Herzlich willkommen, liebe Medienschaffende und liebe Besuchende auf der Tribüne. Ich freue mich sehr, dass wir in die zweite Hälfte des Jahres starten können und in die letzten 4 Monate dieser Legislatur.
Wie immer starte ich mit den Entschuldigungen und in dieser Zeit könnt ihr ja etwas zur Ruhe kommen, damit wir nachher mit der Sitzung starten können.
Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Debora Alder-Gasser von der EVP, Salome Mathys von der GLP, Sibyl Eigenmann von der Mitte, Judith Schenk von der SP, Claudio Righetti von der Mitte und Sofia Fisch von der JUSO und für die erste Sitzung abgemeldet hat sich Muriel Graf von der AL.
Dann haben wir heute einen Rücktritt zu verkünden, und zwar hat Mahir Sancar von der GB/JA!-Fraktion heute die letzte Sitzung. Und ich werde jetzt sein Rücktrittsschreiben vorlesen.
"Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, liebe Valentina, geschätzte Gemeinderatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine erste Erinnerung an den Stadtrat von Bern liegt weit zurück. Ich war etwa 4, 5 Jahre alt und musste schrecklich weinen, wenn meine Mutter am Donnerstagabend in diesen ominösen Stadtrat verschwand, mit dem ich sie offenbar teilen musste, und wusste, dass ich sie erst wieder am nächsten Morgen sehen würde. Mit der Zeit merkte ich, dass es schon in Ordnung war, dass sie sich dort für die Werte einsetzte, die mir und meinem Bruder auch auf den Weg mitgegeben wurden. Als mein Vater schliesslich meine Mutter ablöste, interessierte ich mich schon intensiver für Politik und wir diskutierten angeregt auch über die Themen, die im Stadtrat besprochen wurden. Es ging nicht lange, bis ich das erste Mal für die Junge Alternative kandidierte und nach einigen Versuchen, sei es Stadt-, Gross- oder Nationalrat, tatsächlich auch in den Stadtrat nachrutschen durfte. Dies war vor ziemlich genau 2 Jahren. Ich wurde herzlich von der besten Fraktion empfangen und in die Tätigkeit als Stadtrat eingeführt. Obwohl ich bis heute nicht mit allen Abläufen vertraut bin und einige Winkel dieses Rats und dessen Handlungen für mich im Dunkeln geblieben sind, habe ich schnell Fuss gefasst und fand Freude am Mandat als Stadtrat, sei es das Vorbereiten der Geschäfte, das Besprechen von Haltungen, das Schreiben von Voten oder das Brüten über neue Vorstösse. Dank meinen JA!- und GB-Gespännli waren auch mühsame Arbeiten spannend, anregend und öfter, als man denkt, sehr spassig. Dafür danke ich euch. Der Stadtrat hat mir einen guten Einblick hinter die Kulissen unserer Stadt gegeben, mir die Facetten der politischen Arbeit aufgezeigt und auch die Ehrfurcht vor der Politik genommen. Die Ernsthaftigkeit, die ich der Politik vor meinem Stadtratsmandat zuschrieb, wurde durch meine Erfahrungen im Stadtrat doch auch etwas aufgelockert. Trotzdem schätze und bewundere ich die Energie und die Bestimmtheit, mit der meine Werteverbündeten sich für das Wohl der Stadt Bern und deren Bewohner*innen einsetzen. Durch meine Zeit im Stadtrat habe ich viel gelernt und dafür möchte ich euch allen danken. Neben den interessanten und guten Erfahrungen im Stadtrat musste ich auch feststellen, dass ich dafür viel Zeit aufwenden muss. Neben den Stadtratssitzungen und deren Vorbereitung hatten wir Fraktionssitzungen und JA!-Sitzungen, daneben noch Sport und Tanzen und einen 80%-Job, ein Sozialleben, das gepflegt werden will, und, wenn es reicht, noch ein bisschen Me-Time – wobei: häufig reicht es eben nicht. Das ist auch mit ein Grund, dass ich es leider nicht vermocht habe, einer Sachkommission anzugehören, die mir eine Vertiefung meines Wissens und meines Engagements

für die Stadt Bern ermöglicht hätte. Auch wenn ich es mir gewohnt bin, viel loszuhaben, habe ich das grosse Privileg, in den nächsten gut 6 Monaten eine Auszeit zu nehmen und mit meiner Freundin Süd- und Zentralamerika zu bereisen. Damit mein Sitz in dieser Zeit nicht leer bleibt, habe ich mich entschieden, zurückzutreten und einer politisch engagierten Person voller Energie und Freude auf dieses Amt meinen Sitz zu überlassen. Wie es nach meiner Reise aussehen wird, wird sich zeigen. Ich hoffe, dass der Umgang in diesem Rat so kollegial bleibt, wie ich es in diesem Jahr erfahren durfte, dass der Rat nicht vergisst, dass die Gesellschaft nur so stark ist wie das schwächste Glied, und dass die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Planeten auch in den Händen dieses Rats liegt. Und an meine JA!-Gspännli: Bleibt so unnachgiebig, wie ihr seid, fordert das Maximum. Und auch, wenn das von einigen als Utopie abgetan wird, hört nicht auf, dafür zu kämpfen. Ich danke euch für diese spannende Zeit und wünsche euch für die Zukunft alles Gute. Man sieht sich sicher wieder. Herzlich, Mahir Sancar." Lieber Mahir, vielen Dank für dein sehr schönes und auch persönlichen Rücktrittschreiben. Du hast sehr schön beschrieben, wie dir eigentlich die Politik wirklich in die Wiege gelegt wurde von deinen Eltern, die ja sehr engagierte und etablierte Politiker*innen sind. Jetzt gibst du dein Mandat nach etwas mehr als 2 Jahren ab. Du bist, glaube ich, damals im Juni nachgerückt und gibst es nun wieder ab, vielleicht für immer, vielleicht für eine kurze Zeit. Ich bin sehr gespannt. Ich muss sagen, ich dachte mal, du wirst vielleicht Stadtratspräsident wie deine Mutter. Aber gut, wir bleiben gespannt. Wie immer habe ich mir überlegt, wie eigentlich die Person aufgefallen ist, die zurücktritt. Und ich beginne jetzt einmal zuerst mit dem Politischen. Du hast dich sehr für die Grundrechte eingesetzt. Du hast immer wieder nachgefragt, wie es eigentlich mit dem Demoverbot oder den Bewilligungen, also der Bewilligungspraxis der Polizei, aussieht, den Unterschriftensammlungen im öffentlichen Raum. Also, all diese Themen sind dir sehr am Herzen gelegen und da hast du dich sehr engagiert in den letzten 2 Jahren, auch für den öffentlichen Raum. Und dann gehe ich natürlich immer schauen, was in den Zeitungen gestanden hat. Und mit einem Vorstoss hast du für Schlagzeilen gesorgt mit deinen 2 Kolleginnen aus der JA! Er heisst "Keine Burger*innen im Gemeinderat". Also, du wolltest, dass man da kritisch umgeht mit den Privilegien und mit den Machtpositionen. Das ist sicher etwas, das in Erinnerung bleiben wird. Ich würde jetzt sagen: Umgesetzt wird es wahrscheinlich nicht. Wir wissen es jetzt noch nicht, wir werden noch darüber diskutieren. Und etwas anderes: Ich habe mich gefragt, ob ich es überhaupt erwähnen soll. Und zwar bist du der einzige Mann in deiner Fraktion und das nach langer Zeit. Und ich dachte, eigentlich sollte das ja egal sein. Und dann habe ich wieder gemerkt, solange man bei allem das Wort Frauen oder weiblich hinsetzt, wenn es vom Standard abweicht, also zum Beispiel Frauenfussball, darf man das ja ruhig auch einmal erwähnen, wenn es umgekehrt ist. Wer nach dir folgt, weiss ich noch nicht. Da sind wir gespannt. Und bis wir dich vielleicht das nächste Mal sehen, viel Spass auf deiner Reise, viel Spass beim Sport, beim Tanzen. Es nimmt mich Wunder, welcher Tanz es ist. Das frage ich dich dann anschliessend. Und wer weiss, vielleicht hast du bald wieder ein Mandat in einem Rat – Stadtrat, Grosser Rat, Nationalrat. Und ich habe gesehen, dass der Burgerrat auch immer wieder Leute sucht. *(Gelächter im Saal)* Danke für deine Arbeit und alles Gute.

Dann kommen wir zu Traktandum 2. Nein, das stimmt gar nicht. Wir haben noch mehr Informationen. Jemand verlässt uns und wir haben 3 neue Ratsmitglieder, die wir heute begrüssen dürfen: einerseits in der SP-Fraktion Dominik Fitze. Er sitzt da ganz vorne. Herzlich willkommen. Dann Stephan Ischi von der SVP. Herzlich willkommen bei uns im Stadtrat. Und die dritte Person ist Markus Zürcher von der Mitte. Er steht gerade auf, damit wir ihn alle sehen. Wir wünschen eine gute erste Sitzung und ich hoffe, wir

können uns dann nachher noch persönlich kennenlernen. Geburtstag hat heute niemand. Morgen hat Lukas Gutzwiller Geburtstag, das für die, die ihm morgen gratulieren wollen. Heute in der Stadtratspause findet das Aare-Schwimmen statt.
Dann hat sich Salome Mathys ganz herzlich bedankt für das Kärtchen, das wir ihr zur Geburt ihres Kindes geschickt haben. Denkt bitte wie immer daran zu badgen. Einreichen der Vorstösse: die dringlichen bis um 21 Uhr und alle anderen bis um Punkt 21.30 Uhr.

2024.SR.0034

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 11 vom 30.05.2024, 12 vom 13.06.2024, 13 vom 27.06.2024 und 14 vom 04.07.2024)

Präsidentin: Und jetzt, nach diesen Mitteilungen, kommen wir zu Traktandum 2. Das ist eine Protokollgenehmigung respektive sind es mehrere. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sind die Protokolle bestritten? – Dann sind die Protokolle genehmigt. Herzlichen Dank an die Verfasserinnen.
Stillschweigend genehmigt

2020.SR.000387

3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahlen

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 3. Es geht um Ersatzwahlen in die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün. Nominiert sind die Personen auf der Tischvorlage. Das sind Dominik Fitze von der SP als Mitglied, Stephan Ischi von der SVP und Esther Meier von der GFL als stellvertretende Mitglieder.

Antrag
1. SP/JUSO
Der Stadtrat wählt Dominik Fitze (SP) als Mitglied in die PVS.

2. SVP
Der Stadtrat wählt Stephan Ischi (SVP) als stellvertretendes Mitglied in die PVS.

3. GB/JA!
Der Stadtrat wählt Esther Meier (GB) als stellvertretendes Mitglied in die PVS.

Präsidentin: Gibt es andere Wahlvorschläge? – Ich sehe niemanden, dann kommen wir zur Wahl. Wir wählen diese Personen mittels Handerheben. Wer diese 3 Personen wählen will, kann die Hand erheben. – Vielen Dank für die Annahme. Dann sind die 3 Personen gewählt. Herzliche Gratulation.
Gewählt mittels Handerheben

2021.BSS.000055

4 Wahlen in Schulkommissionen (Volksschule Bern und der besonderen Volksschulklassen Bern / Sprachheilschule Bern / Bethlehem)

Präsidentin: Wir sind bei den Traktanden 4 und 5, die wir zusammen behandeln. Es geht um die Wahlen in die Schulkommissionen und ich erteile Barbara Keller das Wort für die SBK. Kann sie jemand bitte anmelden?

Barbara Keller (SP) für die SBK: Wir besprechen die Wahlen in die Schulkommissionen. Für die Schulkommission der besonderen Volksschulen Bern und der besonderen Volksschulklassen haben wir 2 Kandidaturen. Zum einen tritt zurück Felix Huber von der FDP. Zur Wahl stellt sich Benjamin Spycher. Dann tritt zurück Barbara Nyfeler von der SP und hier stellt sich zur Wahl Therese Steffen Gerber, ebenfalls SP. Dann haben wir die Schulkommission der Sprachheilschule Bern. Hier tritt Susanne Hardmeier von der SP zurück. Zur Wahl stellt sich Isabelle Ruch ebenfalls von der SP. Bei der Schulkommission Bethlehem tritt zurück Szabolcs Mihàlyi, SP. Und zur Wahl stellt sich Sebâ Topuz, ebenfalls SP. Ich möchte allen, die zurücktreten, ganz herzlich für ihr Engagement in den Schulkommissionen danken. Es ist eine wichtige und anspruchsvolle Arbeit.
Dann haben wir in der SBK die Dossiers geprüft, die eingegangen sind. Und ich kann hier sagen, man kann euch alle Kandidierenden wärmsten empfehlen und wünsche diesen, sobald sie dann gewählt sind, viel Erfolg und ebenfalls viel Spass im Amt.

Präsidentin: Danke vielmals, Barbara, dann kommen wir zur Wahl. Barbara hat bereits die 4 Personen, die sich zur Wahl stellen, genannt. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Dann schlage ich vor, dass wir in Globo die 4 Personen in die entsprechenden Schulkommissionen wählen. Wer die 4 Personen wählen will, kann das mittels Handerheben. Vielen Dank für die Annahme.
Gewählt mittels Handerheben
Dann wurden diese Personen gewählt. Ganz herzliche Gratulation.

2021.BSS.000055

5 Wahl Schulkommissionen (Volksschule Bern und der besonderen Volksschulklassen Bern)

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 und 5: siehe Traktandum 4.

2024.SUE.0019

6 Schutz und Rettung Bern (Dienststelle 245); Nachkredit zum Globalkredit 2024

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 6, Schutz und Rettung, ein Nachkredit zum Globalkredit 2024. Für die RWSU spricht Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die RWSU: Beim vorliegenden Geschäft geht es um einen Nachkredit bei der Dienststelle Schutz und Rettung in der Höhe von insgesamt

2’048’000 Franken für das Jahr 2024. Es wird geschätzt, dass das Globalbudget mit 2’225’000 Franken überschritten wird. Der Betrag setzt sich aus 3 Posten zusammen. Der erste Betrag betrifft 400’000 Franken Mindereinnahmen bei der Ausbildung für Dritte. Die Sanitätspolizei bietet seit vielen Jahren Aus- und Weiterbildungskurse für Dritte an. Obwohl die Nachfrage kontinuierlich steigt, können die Kurse häufig nicht durchgeführt werden, weil die Kursinstruktor*innen gleichzeitig auch aktive Rettungssanitäter sind und den Kurs natürlich nur leiten können, wenn sie nicht ausrücken müssen. Hinzu kommt noch erschwerend, dass externe Anbietende mehr Lohn für die Kursleitung bezahlen und es deswegen manche vorziehen, bei Privaten Kurse zu geben. Folglich haben nicht so viele Kurse durchgeführt werden können, wie geplant. Der zweite und auch grösste Posten sind Mindereinnahmen von 1’648’000 Franken bei Verlegungstransporten der Dringlichkeitsstufe 3. Das sind Transporte von schon versorgten und stabilen Patient*innen. Das sind meistens Verlegungen von einem Spital oder von einer anderen medizinischen Institution, zum Beispiel in eine Spezialklinik oder in ein Pflegezentrum. Das und auch die Aus- und Weiterbildungen sind beides FIT 2-Massnahmen. Die FIT 2-Massnahme ist 2020 auf der Basis der vorherigen Jahre berechnet und eingeführt worden. Nach der Pandemie hat sich der Markt aber stark verändert. Die finanzielle Lage der Spitäler und Gesundheitsinstitutionen hat sich dramatisch verschlechtert, was grosse Auswirkungen auf das Auftragsvolumen gehabt hat. Hinzu kommt, dass der Markt für die Transporte schon durch private Anbieter wie Easycab oder MoPi gesättigt ist, die vor allem Transporte unter anderem durch eigene Tarifverträge günstiger anbieten können.
Hinzu kommen noch erschwerend regulatorische Vorgaben durch das kantonale Spitalversorgungsgesetz (SpVG), wonach solche Verlegungsdienste nicht über eine professionelle Einsatzzentrale disponiert werden. Das war schon letztes Jahr der Fall. Aber letztes Jahr konnte es noch durch die geringen Personalaufwendungen aufgefangen werden. Zudem sei der Markt 2024 regelrecht eingebrochen und wird eben durch die privaten Anbietenden beherrscht. Wenn die Stadt Bern sich auch in diesem Markt ausbreiten will, müsste sie sich einem Verdrängungswettbewerb stellen, der sich nur über den Preis definiert, wobei die Sanitätspolizei mit ihrem ausschliesslich diplomierten Rettungsfachpersonal nicht mithalten kann, ohne rote Zahlen zu schreiben. Aufgrund dieser Entwicklungen ist Schutz und Rettung Bern zum Schluss gekommen, sich aus dem Verlegungsgeschäft zurückzuziehen. Man hat das Angebot per 10. Juni 2024 eingestellt, und die für die Verlegungstransporte disponierten Ressourcen sind wieder in den ordentlichen Betrieb überführt worden. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben und deswegen ist der Steuerhaushalt nicht belastet worden. Die prognostizierten Einnahmen können aber nicht erreicht werden. Schutz und Rettung Bern ist es nicht möglich, das in dem Umfang zu kompensieren und deswegen fällt die FIT 2-Massnahme weg.
Der dritte Posten betrifft die Mehrausgaben bei der Umkleidezeit im Umfang von 177’000 Franken. Grundsätzlich wird für das Anziehen von Arbeitskleidung keine Arbeitszeit angerechnet und dieses entsprechend auch nicht entschädigt. Das wird aber gemacht, wenn es zwingende Gründe für besondere Arbeitskleidung gibt. Die 177’000 Franken entschädigen die bezugsberechtigten Mitarbeitenden für das Jahr 2023 und 2024, die aufgrund von zwingenden Gründen Arbeitskleidung haben müssen anziehen. Weil das unter 200’000 Franken ist, liegt das im Kompetenzbereich des Gemeinderats und ist schon im Februar bewilligt worden. Wir befinden heute also einfach über den Nachkredit im Umfang von 2,048 Mio. Franken. Die Kommission hat dem Nachkredit mit 10 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Und wir bitten euch, dem Geschäft ebenfalls zuzustimmen. Danke.

Präsidentin: Merci, Mirjam. Gibt es Fraktionsvoten? Lena Allenspach für die SP-JUSO-Fraktion.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Zwar besteht der grösste Posten des Nachkredits aus den Mindereinnahmen bei den Verlegungstransporten, wie Mirjam schon gesagt habt. Aber es bestehen bei der SP-Juso-Fraktion doch ein paar Fragezeichen bei diesen 400'000 Franken Mindereinnahmen bei der Ausbildung Dritter. Es ist klar, dass die Mehreinnahmen, die hätten generiert werden sollen, aus FIT 2 kommen. Dennoch sind die Gründe für die weniger durchführten Kurse für die SP-JUSO-Fraktion aus dem Vortrag nicht wirklich nachvollziehbar. Einerseits weil, wie der Gemeinderat selber sagt, die Nachfrage steigt, und andererseits, weil offenbar das Personal die Kurse auch geben möchte, da es das ja offenbar bei Privaten macht. Wir erwarten eigentlich schon, dass, wenn man sich Ziele setzt, man auch die nötigen Rahmenbedingungen schafft, damit die Kurse auch durchgeführt werden können. Die SP-JUSO-Fraktion stimmt dem vorliegenden Nachkredit zu.

Präsidentin: Merci, Lena. Gibt es Einzelvoten? Dann hat der Gemeinderat das Wort. Reto Nause. Kannst du dich bitte noch anmelden. Merci.

Reto Nause, Direktor SUE: Der Grund, dass wir beim Kurswesen nicht konkurrenzfähig sein können, liegt schlicht und ergreifend begründet im Personalreglement der Stadt Bern. Wir stellen einfach fest, dass gewisse Leute aus unserem Korps zum Teil ihre Pensen reduzieren und nachher für Private zu deutlich höheren Löhnen und Ansätzen in diesen Kursen Angebote abdecken können. Und das ist eine unbefriedigende Situation, darin gebe ich euch Recht. Das hätten wir eigentlich auch gerne ändern wollen, aber unser Personalreglement lässt hier nicht irgendeine Sonderzulage oder irgendetwas zu. Und darum ist es so, wie es ist, dass wir dort eigentlich die Angebote je länger, desto weniger machen können und deswegen auch auf die FIT-Massnahme verzichten müssen. Wichtig scheint mir einfach noch ein Hinweis: Schutz und Rettung hat kein Problem, dass man bei den Ausgaben überschiesst. Also auch der Nachkredit, den ihr hier beschliesst – das sind Einnahmen und Mehreinnahmen, die man durch, meines Erachtens, äussere Einflüsse, die man sehr gut begründen kann, nicht erzielen konnte. Deshalb bin ich sehr dankbar, wenn ihr dem Nachkredit zustimmt.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 006

2024.SUE.0019	
Annahme	
Ja	65
Nein	2
Enthalten	0

Präsidentin: Die Anlage zeigt es noch nicht an, aber ihr habt den Antrag angenommen.

2019.FPI.000126

7 Entwicklung Viererfeld/Mittelfeld; Abgabe einer Landfläche im Baurecht an die Pensionskasse der Technischen Verbände (Baustein O52)

Präsidentin: Gehen wir zu Traktandum 7. Das ist Entwicklung Viererfeld/Mittelfeld, Abgabe einer Landfläche im Baurecht. Zuerst hat die RWSU das Wort – Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die RWSU: Beim vorliegenden Geschäft geht es darum, dass nach dem Rückzug der Pensionskasse der Berner Kantonalbank auf dem Viererfeld ein Baustein freigeworden ist. Und die Stadt hat eine Ausschreibung für die Vergabe dieses Bausteins durchgeführt. Als neue Baurechtsnehmerin ist die Pensionskasse der Technischen Verbände (PTV) Bern vorgesehen. Gemäss der Stadt erfüllt die PTV alle bestehenden Vorgaben und orientiert sich bei ihren Plänen unter anderem auch an den Bedürfnissen der Mieter*innen. Die Bestimmungen sehen vor, dass auf dem Viererfeld 50% und auf dem Mittelfeld mindestens 50% gemeinnütziger Wohnungsbau realisiert wird. Aus diesem Grund geht die Ausschreibung als Ersatz einer marktorientierten Investorin auch an eine marktorientierte Bewerberin. Für die Ausschreibung hätte sich im Grundsatz auch eine gemeinnützige Bauträgerschaft bewerben können, allerdings nur, ohne sich auf einen gemeinnützigen Baurechtszins beziehen zu können. Diskussionen hat es in der Kommission vor allem um die Aufteilung von gemeinnützigen und marktorientierten Baurechtsnehmenden auf dem Viererfeld gegeben und ob die 50:50 Verteilung in allen Etappen eingehalten werden muss. Gemäss den Rahmenbedingungen aus dem Zonenplan gilt die Verteilung von 50 zu 50. Die Stadt hat einige Überlegungen angestellt, damit die Verteilung flächenmässig aufgeht. Dazu gehört einerseits, welche Bausteine sich für gemeinnützige oder marktorientierte Bauträger eignen, und andererseits, wie eine Durchmischung im neuen Quartier sichergestellt werden kann, damit sie nicht zu einseitig ausfällt.
Die RWSU beantragt oder empfiehlt dem Stadtrat ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung der Abgabe im Baurecht vom Baustein 052 Viererfeld an die Pensionskasse der Technischen Verbände zuzustimmen.

Präsidentin: Merci, Lena. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Johannes Wartenweiler für die SP-JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Auch wenn das ein unbestrittenes Geschäft ist und wir direkt zur Abstimmung schreiten könnten, möchte ich doch 2, 3 Sachen ergänzen aus Sicht der SP. Natürlich nehmen wir das Geschäft an. Das ist unser langes, 20-jähriges Projekt, dass auf dem Viererfeld Wohnraum entsteht, guter Wohnraum, günstiger Wohnraum, preisgünstiger Wohnraum und dass man da vorwärts macht. Zweitens möchte ich einfach an die Häme erinnern, die es gegeben hat, als die Pensionskasse der Kantonalbank sich zurückgezogen hat und schon das Scheitern des ganzen Projekts im Raum stand. Es gehört einfach zum Geschäft, dass sich manchmal ein Investor zurückzieht. Und wie wir jetzt sehen, haben wir auch wieder einen neuen Investor gefunden und die Planung und Vorbereitungen für den Bau können weitergehen. Und drittens möchte ich sagen: Die Aufteilung 50/50, die wir auf dem Viererfeld beschlossen haben und die auch das Volk angenommen hat, ist richtig und an dieser sollte man auch nicht herummachen. Denn es ist auf der einen Seite wichtig, dass der Fonds seine sozialpolitischen Aufträge, die er zum Teil vom Stadtrat bekommt, wahr-

nehmen kann, zum Beispiel bei den GüWR-Wohnungen (Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien). Aber es ist auch wichtig, dass der Fonds als wohnpolitisches Hauptinstrument der Stadt Bern, handlungs- und funktionsfähig ist und dass man ihn nicht allzu sehr ökonomisch unter Druck setzt. Wir wissen nach ein paar sehr guten Jahren, die vor allem buchhalterisch bedingt waren, dass der Fonds in den nächsten Jahren finanziell Schwierigkeiten haben wird, insofern, als er Defizite schreiben wird. Wir wissen, dass der Gemeinderat und die Fondskommission daran sind, Lösungen zu suchen, wie man das ins Gleichgewicht bringen kann, und wir haben jedes Interesse, dass wir den Fonds stabil behalten, mittelfristig und langfristig, denn das ist ein Instrument, das man vor 40 Jahren geschaffen hat. Und vor 40 Jahren ist es lange gegangen, bis man den Fonds soweit handlungsfähig hat machen können, dass er auch wohnpolitisch aktiv werden konnte. Ich halte das seit 2016 für möglich. Und ich möchte einfach daran erinnern: 2003 ist der Fonds in so einer schwierigen Situation gewesen, dass 70 Liegenschaften verkauft werden mussten. Ich möchte nicht erleben, dass er normal in die Situation kommt. Und deswegen bei solchen Liegenschaftsgeschäften, bei denen die Stadt und der Fonda involviert sind, nicht nur sozialpolitisch denken, sondern auch das Wohl des Fonds als Instrument der Wohnbaupolitik im Auge behalten.

Präsidentin: Danke, Johannes. Dann kommt Anna Leissing für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Es ist entscheidend, dass es mit der Überbauung im Mittel- und Viererfeld vorangeht, denn die Wohnungsnot in der Stadt Bern spitzt sich zu. Als im Juni dieses Jahres die Leerwohnungsziffer 2024 publiziert wurde, hat der Gemeinderat in der Medienmitteilung zwar getitelt, die Leerwohnungsziffer bleibe stabil. Aber das Problem ist: Es ist stabil auf enorm tiefen 0,44%, für grosse Wohnungen mit 4 und mehr Zimmern sogar auf mickrigen 0,35 bis 0,16%. Unter anderem als Folge dieser Wohnungsknappheit steigen auch die Mietzinse und es werden immer mehr Menschen aus der Stadt Bern verdrängt. Was bedeutet das in Bezug auf das Mittel- und Viererfeld? Es heisst, dass die Stadt Bern die zusätzlichen Wohnungen, die dort entstehen, dringend braucht. Es ist deshalb gut, dass für einen freigewordenen Baustein so rasch Ersatz gefunden werden konnte. Auch dass die Pensionskasse der Technischen Verbände (PTV) die sozialen und ökologischen Auflagen erfüllt und vorhat, tendenziell grosse Wohnungen zu bauen, ist erfreulich. Die GB/JA!-Fraktion wird der Baurechtsvergabe an die PTV Bern zustimmen. Gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass wir vor allem preisgünstigen Wohnraum brauchen, der nicht der problematischen Dynamik des Immobilienmarkts unterworfen ist. Deshalb fragt sich die GB/JA!-Fraktion schon sehr kritisch, ob es wirklich so alternativlos war, diesen freien Baustein wieder an eine marktorientierte Bauträgerin abzugeben. Besonders vor dem Hintergrund der Wohnungskrise ist die Abgabe von städtischem Land an die Immobilienspekulation aus unserer Sicht einfach problematisch. Wir sind überzeugt, dass die Antwort auf die Wohnungsnot und die steigenden Mieten darin liegt, den gemeinnützigen Wohnungsbau und den günstigen Wohnraum noch viel stärker zu priorisieren. Das scheint auch die Berner Stimmbevölkerung so zu sehen. Anders lässt sich der signifikante Unterschied bei den Abstimmungen vom 18. Juni 2023 aus unserer Sicht kaum erklären. Während das Baurecht an die Hauptstadtgenossenschaft mit 76% der Stimmen gutgeheissen wurde, ist die Vergabe an die marktorientierte Mobiliar mit 67% weit weniger breit abgestützt gewesen. Aus Sicht der GB/JA! ist das eine klare Botschaft. Bern wünscht sich gemeinnützige Wohnprojekte und der Gemeinderat ist damit beauftragt, den Spielraum für günstigen Wohnraum maximal auszunutzen, zum Beispiel, indem er für die weitere Etappe auf dem Viererfeld gemeinnützige Bauträger*innen bevorzugt; erstens um ein

klares Zeichen gegen die Wohnungskrise zu setzen, und zweitens, damit die Wohnungen so rasch wie möglich zur Verfügung stehen können. Die 50% marktorientierten Bauprojekte können auch in späteren Bauetappen noch dazukommen, und zweitens, indem der Gemeinderat auf dem Mittelfeld weit über die mindestens 50% hinausgeht und dort 90 bis 100% gemeinnützigen Wohnraum hinstellt, weil ein rares Gut wie städtisches Land darf in Anbetracht der Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt nicht einfach leichtfertig an Private verscherbelt werden. Merci.

Präsidentin: Danke, Anna. Dann kommt Thomas Glauser für die SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Lebensraum ist wichtig in einer Stadt, Lebensraum, der naturnah ist. Gehen wir ins Marzili, um das Marzili. Man sieht, dass gerade an den Wochenenden, wenn es schönes Wetter gibt, der Lebensraum der Stadt Bern überfüllt ist. Man geht auf den Gurten, man geht ins Marzili. Und dennoch überbaut gerade die rot-grüne Mehrheit, die immer sagt, die Klimaziele, Klima seien wichtig, die Luft sei wichtig, alles solle man schützen, eine 16 Hektare grosse Fläche mitten in der Stadt Bern, man betoniert sie zu, was überhaupt nicht nötig wäre. Alt Stadtpräsident Alexander Tschäppät hat mal gesagt, 150'000 Einwohner seien als Bevölkerung in der Stadt Bern genug. Nein, man will jetzt eben die Leute in die Stadt ziehen, die Sache zubetonieren, der Stadt den Lebensraum und die Naturnähe nehmen und somit geht die Lebensqualität kaputt. Ich appelliere hier an euch. Wir von der SVP werden immer ein bisschen belächelt, aber hier sind wir wahrscheinlich sehr nahe bei der Natur und näher als alle anderen, die immer irgendwie Wasser predigen und Wein trinken.
Für uns ist klar, wir werden keine Kursänderung machen, wir werden das auch hier ablehnen und den Kredit nicht sprechen. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten. – Gibt es keine, dann hat der Gemeinderat das Wort. Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Danke für die zum grössten Teil gute Aufnahme. Es ist nicht das erste und sicher nicht das letzte Mal, dass wir über das Viererfeld/Mittelfeld sprechen. Es ist mir jedes Mal wieder ein Anliegen zu betonen, wie wichtig dieses Geschäft für die Stadt ist, aber auch wie komplex. Es ist bekannt für die erste Phase, dass wir bewusst mit lokalen Investorinnen und Investoren zusammenarbeiten und keine Ausschreibung wollten. Die BEKB (Berner Kantonalbank) ist ausgestiegen, mit den restlichen haben wir im Mai Reservationsvereinbarungen abschliessen können. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dieser Etappe in Richtung Realisierung auf dem Viererfeld, denn die können jetzt mit dieser Reservationsvereinbarung auch Geld investieren und konkrete Projekte vorbereiten. Es ist nach dem Ausstieg der BEKB darum gegangen sicherzustellen, dass nicht ein Baufeld jetzt hinterherhinkt, denn wir wollen in der ersten Etappe die gesamten Baufelder gemeinsam mit allen zusammen realisieren. Es ist auch schon ganz klar, dass wir die 50/50 einhalten wollen. Erstens ist das eine Vorschrift aus dem Zonenplan, dass man das Viererfeld 50/50 realisiert, daher haben wir nicht einfach Spielraum. Wir sind auch klar der Meinung, dass wir das in jeder Etappe plus/minus so umsetzen wollen. Wir wollen dort keine Segregation, sondern wir wollen möglichst auch, dass Marktorientierte und Genossenschaftliche zusammenarbeiten in diesen gleichen Etappen, gemeinsam, das Viererfeld weiterentwickeln. Und schlussendlich ist einfach etwas, was ich auch sagen muss, das ganz wichtig ist: Schlussendlich muss sich das Geschäft für den Fonds und die Stadt rechnen. Wir kön-

nen am Schluss nicht darauflegen. Und darum sind wir darauf angewiesen, Marktorientierte zu haben, die auch einen höheren Baurechtszins zahlen. Entsprechend heisst das auch, das sage ich hier auch schon, dass man auf dem Mittelfeld, wo mindestens 50% vorgeschrieben sind, nachher nicht sagen kann, das können dann auch 100% sein. Das ist ein Mix, den wir nicht anstreben, auch aus finanziellen Gründen nicht.
Wir haben mit der Pensionskasse der Technischen Verbände, glaube ich, jetzt einen guten Investor, der hier hineinkommt. Sie haben Erfahrung mit solchen Entwicklungen, sie wollen auf den Zug aufspringen. Die sind auch bereit, unsere Vorstellungen, unsere Ansichten mitzutragen und entsprechend können wir natürlich jetzt rasch mit diesen ebenfalls eine Vereinbarung unterschreiben. Also das ist von dem her ideal und wenn ihr dem heute zustimmt, dann geht das sicher weiter und bringt nicht aufgrund fehlender Investoren weitere Verzögerungen.
Noch zu Thomas Glausers Lebensraum. Er kommt immer mit dem Gleichen. Ich komme auch immer mit dem Gleichen. Kommt dann mit diesem Argument, wenn ihr die Autobahnen ausbauen wollt auf 3 oder 4 Spuren. Kommt dann mit dem Argument und spart dann schönes Land, statt es zu verbetonieren. Ich glaube, es ist gescheit, Lebensraum, Wohnungen zu schaffen in der Stadt Bern, den ganzen Pendlerverkehr einzudämmen. Und alles in allem bleibt das Viererfeld auch so noch sehr grün. Danke, wenn ihr dieser Vorlage zustimmt.

Präsidentin: Merci, Michael. Thomas Glauser ist persönlich angesprochen worden und hat das Wort ganz kurz.

Thomas Glauser (SVP): Wenn man Wohnraum baut, wenn man so viel Wohnraum baut und das grösste Projekt baut, das die Stadt Bern seit 30 Jahren hat, dann muss man eben auch die Infrastruktur haben. Das fängt bei den Schulen an. Das fängt bei den Bädern an, die ganze Infrastruktur. Und ein Viererfeld braucht es dann eben auch und das fehlt eben hier zum Teil. Und was geht kaputt? Lebensraum, der eben fehlt, Lebensqualität, Erholungsräume in der Stadt Bern. Wenn man denkt: In Amerika lässt man zum Teil Überbauungen abbrechen und Stadtpärke machen. Vielleicht kommt das hier auch einmal. Mir fehlen die Lebensräume und nicht immer mehr Bevölkerung. Und wir von der SVP sind gegen eine 10 Mio.-Schweiz. Das wisst ihr ja.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 007

2019.FPI.000126

Annahme

Ja	54
Nein	10
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

2024.FPI.0035

8 Ersatz Access Switches; Investitionskredit

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 8, und zwar Access Switches, ein Investitionskredit. Die Kommission hat das Wort. Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die RWSU und die Fraktion: Ich habe das RWSU-Kommissionsgeschäft von Judith Schenk übernommen, die heute nicht da sein kann. Es geht um einen Investitionskredit für Access Switches. Access Switches sind Netzwerk-Komponenten, die in allen Gebäuden der Verwaltung in der Regel pro Stock installiert sind und Endgeräte oder Access Points mit dem Netzwerk verbinden.
Die im Jahr 2017 in Betrieb genommenen Geräte sind am Ende ihrer Lebensdauer angelangt und die Herstellerfirma bietet keinen Support mehr an für diese Geräte. Deshalb müssen diese durch aktuelle Modelle ersetzt werden. Mit dem Ersatz können Ausfälle und von Sicherheitslücken ausgehende Risiken minimiert werden. Die neu zu beschaffenden Geräte sind leistungsfähiger und bieten zusätzliche Leistungsmerkmale insbesondere für die WLAN-Infrastruktur. Die Finanzierung des beantragten Investitionskredits von 1’42 Mio. Franken erfolgt über das Investitionsbudget von Informatik Stadt Bern. Das Geschäft wurde in der RWSU beim ersten Mal zurückgewiesen, weil im Vortrag gewisse Informationen gefehlt haben. Diese sind nachgeliefert worden und die Kommission hat das nachher unbestritten angenommen.
In diesem Sinn übernehme ich auch noch das Fraktionsvotum für die SP-JUSO-Fraktion. Wir stimmen dem zu und wir bedanken uns für die Unterstützung und ich mich für eure Aufmerksamkeit. Danke vielmals.

Präsidentin: Gibt es Fraktionsvoten? – Einzelvoten? – Dann hat der Gemeinderat das Wort. Michael Aebersold, willst du etwas sagen? Er verzichtet. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung über den Antrag.

Abstimmung Nr. 008

2024.FPI.0035	
Annahme	
Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Investitionskredit einstimmig angenommen.

2021.FPI.000114

9 Beachcenter Bern; Abgabe im Baurecht des Grundstücks Nr. 1991 Bern 3 «Weyermannshaus» sowie Verpflichtungskredite für Einstellhalle inklusive Mehrwertentschädigung und Skateanlage

Präsidentin: Wir sind beim Traktandum 9. Beachcenter Bern. Für die RWSU Yasmin Abdullahi. Kann sie bitte jemanden anmelden?

Yasmin Amana Abdullahi (JGLP) für die RWSU: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Abgabe im Baurecht an das Beachcenter und die Verpflichtungskredite für die Einstellhalle und die Skateanlage. Der Verein Beachvolley Bern hat momentan 6 Aussen- und 3 Innen-Beachvolleyfelder. Ab 2025 soll auf dem Grundstück das Schulhaus Weissenbühl gebaut werden. Ursprünglich hätte das Beachcenter in den Schulneubau integriert werden sollen. Aber wegen des wachsenden Schulraumbedarfs und auch wegen Widerstands aus der Nachbarschaft wurde das Beachcenter aus dem Schulprojekt ausgelagert und man hat alternative Standorte geprüft. Man hat sich letztlich für den Standort Weyermannshaus im ESP Ausserholligen entschieden. Das Grundstück liegt in der Dienstleistungszone und ist für die geplante Nutzung geeignet. Es liegt zentral und ist in der Nähe des Weyerlis und des neuen BFH-Campus'. Eine Machbarkeitsstudie zeigt, dass ein Beachcenter mit 4 Innen- und 5 Aussen-Feldern gebaut werden kann. Davon wären 4 Aussen-Felder auf dem Dach des Gebäudes. Der neue Standort ist an die Bedingung gekoppelt, dass eine Lösung für die Parkplätze gefunden wird.
Der Verein Beachvolley Bern hat die Home of Beach AG gegründet und sie wird das Projekt umsetzen. Sie verpflichtet sich, eine Einstellhalle zu bauen und die nötigen Parkplätze sicherzustellen. Die Stadt Bern finanziert die Einstellhalle und erhält im Gegenzug das Nutzungsrecht.
Momentan wird die Fläche unter dem Viadukt als Parkierungsfläche mit 154 Parkplätzen und als Erschliessungsstrasse genutzt. Gemäss Richtplan soll diese Fläche künftig als Freiraum umgenutzt werden. Das heisst, die benötigten Parkplätze für das Hallenbad und die Kunsteisbahn können nicht mehr vollständig auf dem Gelände des Weyerlis untergebracht werden. Als Kompensation sollen im neuen Beachcenter 74 Parkplätze für die Besucher*innen des Weyerli bereitgestellt werden, zusätzlich zu den etwa 30 Parkplätzen nördlich des Hallenbads und der Kunsteisbahn. Für den Zugang zur Einstellhalle muss die Erschliessungsstrasse bei der Ein- und Ausfahrt abgesenkt werden. Die Schliessungsstrasse würde nach der Fertigstellung ins Eigentum des Tiefbauamts übergehen. Auf dem Grundstück befindet sich zudem die momentan grösste und am meisten genutzte Skateanlage der Stadt. Die Anlage soll auf 2 bis 3 Teilflächen im Bereich Freiraum unter dem Viadukt und dem Europaplatz Süd aufgeteilt werden.
Noch kurz zu den Kosten: Das Kostendach für die Einstellhalle beträgt 4’982’000 Franken, das Kostendach für die Mehrwertabgabe 158’400 Franken und das Kostendach für die Skateanlage 700’000 Franken. Die Kommission empfiehlt euch das Geschäft zur Annahme. Merci.

Präsidentin: Danke, Yasmin. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Tom Berger für die FDP-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Am Freitag, 9. August um 21.39 Uhr war der Jubel sehr gross. Tanja Hüberli und Nina Brunner haben im olympischen Beachvolleyball in Paris die Bronzemedaille gewonnen. Es war zum insgesamt dritten Mal, dass ein Schweizer Duo auf dieser höchsten Stufe, die es im Beachvolleyball gibt, eine Medaille gewinnen konnte. Ein solcher Erfolg ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Es braucht jahrelange Entbehrungen, es braucht jahrelanges hartes Training, aber es braucht eben auch Infrastruktur, damit so ein Training möglich ist. Und ich denke, viele haben das wahrscheinlich bis zu dem Geschäft oder vielleicht auch bis zum Vorstoss im Jahr 2020, als wir gefordert haben, dass das Beachcenter soll in der Stadt Bern bleiben dürfen, gar nicht gewusst, dass wir als Sportstadt Bern eben das Beachcenter beheimaten und dass dort auf höchster Stufe Beachvolleyball trainiert wird. Eine solche Infrastruktur wie das Beachcenter Bern oder eben das künftige Home of Beach ist ein

wichtiger Teil unserer Sportstadt. Die wunderbare und schweizweit einzigartige Institution darf man aber auf gar keinen Fall auf den Spitzensport reduzieren. Im Home of Beach haben alle ein Zuhause, was auch die rund 400 Vereinsmitglieder verdeutlichen. Es ist ein Home, ein Zuhause, für den Breiten- und für den Schulsport. Diverse Schulen können ja mit ihren Klassen die Infrastruktur des Beachcenters nutzen. Man kann dort Beachvolleyball, Beachsoccer, Beachtennis trainieren und spielen. Die Fraktion FDP-Jungfreisinn hat sich immer ganz klar zum Beachcenter Bern bekannt und wird entsprechend auch dem heutigen Geschäft zustimmen. Der jetzt gewählte Standort ist ideal. Das hat auch der Verein des Beachcenters Bern bei der damaligen Auswahl klar so gesagt. Und es leuchtet auch ein, dass wir das Beachcenter an den neuen Standort verschieben und dass man dort auch Synergien mit dem angrenzenden Weyerli nutzen will. Mit dem heute vorliegenden Projekt erhält die Sportstadt Bern aber nicht nur das neue Home of Beach. Beim Projekt handelt es sich um eine regelrechte Win-Win-Win-Situation; und das nicht nur wegen der äusserst vorbildlichen Projektierungs- und vor allem auch Bauweise, die das neue Gebäude aufweisen wird. Auch wenn es gerne und oft vergessen geht, gerade auch hier in diesem Saal, haben wir uns in Bern eigentlich ursprünglich einmal auf den sogenannten Parkplatz-Kompromiss geeinigt. Der Parkplatz-Kompromiss sieht vor, dass dort, wo es sinnvoll und möglich ist, oberirdische Parkplätze in den Untergrund verschoben werden. Der Parkplatz-Kompromiss geht aber eben nur auf, wenn man bei der Aufhebung oberirdischer Parkplätze auch unterirdisch etwas zur Verfügung stellt.
Durch den Neubau der Einstellhalle, die eben kombiniert mit dem Home of Beach direkt realisiert werden kann, wird an der Oberfläche Raum frei, der für eine neue optimale Verkehrsachse für den Langsamverkehr genutzt werden kann. Und das Ganze bildet, wie es auch im Vortrag des Gemeinderates ausgeführt ist, einen wichtigen Puzzleteil im Gesamtprojekt der Arealentwicklung im Perimeter.
Und last but not least kann man mit dem gleichen Projekt auch noch gerade eine Lösung finden für die Skateanlage, die im Perimeter beheimatet ist. Dass wir denen auch noch gerade eine neue Lösung bieten können, die – davon bin ich überzeugt – mittelfristig sogar eine klare Verbesserung zur aktuellen Situation ist, ist das Tüpfchen auf dem i für mich. Darum sagen wir von der Fraktion FDP-Jungfreisinn heute am Abend deutlich und klar Ja zum Geschäft. Wir sagen deutlich und klar Ja zum Home of Beach und wir sagen Ja zur Sportstadt Bern.

Präsidentin: Danke, Tom. Dann hat Janosch Weyermann von der SVP das Wort.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Auch die SVP steht hinter diesem Projekt, weil es wirklich absolut einmalig ist in der Schweiz. Das, was hier geplant ist, wird einen grossen Beitrag für die Sportförderung in der Stadt Bern, aber auch in der ganzen Region leisten. Es sind nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Schulen, die dort trainieren können. Und nicht zu vergessen: Es ist natürlich, wie Tom gesagt hat, der Standort, an dem das Nationalteam im Beachvolleyball trainiert, also für die Stadt Bern wirklich eine Win-Win-Situation. Und zudem muss man wissen: Das Gebäude wird sich im geografischen Mittelpunkt der Stadt Bern befinden. Also besser geht es fast nicht. Das ist ein Leuchtturm für die Stadt Bern und der ganze Komplex ist ideal. Man lockt wirklich aus kleinster Fläche das Maximum heraus, etwas, was wir immer sagen – verdichtet bauen. Hier wird es einmal umgesetzt. Man kann wirklich ein Kränzchen winden all jenen, die hier im Lead waren und das bis jetzt hierhin gebracht haben. Ich hoffe, es gibt nicht noch irgendwelche Stolpersteine oder so. Man kann es fast nicht glauben, es werden tatsächlich Parkplätze realisiert. Schön, dass es einmal heute von dieser Seite

dort drüben keine Anträge gibt, die das im letzten Moment noch blockieren wollen und das Projekt allenfalls gefährdeten. Darum merci vielmals, dass ihr darauf verzichtet. Nichtsdestotrotz haben wir einen kleinen Wermutstropfen entdeckt, und zwar: Die Skateanlage wird ja verschoben auf das Park and Ride Gangloff. Die Parkplätze dort sind nicht unbedingt für Leute, die in der Stadt wohnen, sondern vor allem für Leute, die von ausserhalb in die Stadt hineinkommen. Es sind vor allem Leute, die nicht mit dem ÖV anreisen können, weil sie zu Randzeiten arbeiten und es einfach zu früh ist, um mit dem Zug oder was auch immer in die Stadt zu kommen. Es ist sehr schade, dass die Parkplätze dort weggefallen sind, denn sie waren sehr gut, vor allem für Leute, die in der Insel arbeiten und so.
Das gibt es ein bisschen zu kritisieren, aber sonst wirklich noch einmal: Topp, was hier aufgegleist wurde, und ich freue mich schon auf die Eröffnung.

Präsidentin: Danke, Janosch. Als nächstes spricht Mirjam Roder für die GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich kann es ganz kurz machen. Tom hat eigentlich schon sehr viel gesagt dazu, was wir auch so finden. ich will es mir aber trotzdem auch nicht nehmen lassen, ein paar lobende Worte zu verlieren. Auch die GFL-Fraktion findet es ein sehr gelungenes Geschäft. Besonders positiv haben wir gefunden, dass man merkt, dass der Verein bestrebt ist, das Projekt so nachhaltig wie möglich zu halten und auch die Kreislaufwirtschaft mitzudenken. Sie wollen mit Holz aus der Region bauen, sanitäre Anlagen vom Occasionsmarkt verwenden und auch Sand wird kein neuer angeschafft, sondern wieder der alte verwendet. Die GFL-Fraktion wird diesem Geschäft natürlich auch zustimmen.

Präsidentin: Merci, Mirjam. Dann kommt Paula Zysset für die SP-Juso-Fraktion.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Es handelt sich bei diesem Geschäft doch auf den ersten Blick auch um eine fast etwas komplizierte Sache, weil sich hier verschiedene Projekte gegenseitig ein bisschen kaskadenartig beeinflussen. Aber alles in allem steht auch die SP-JUSO-Fraktion diesem Geschäft sehr positiv gegenüber. Der wichtige Grundstein für die Realisierung dieser Projekte ist mit der Annahme des Rahmenkredits für den ESP Ausserholligen gelegt worden. Innerhalb dessen soll jetzt nämlich auch das Beachcenter jetzt als Home of Beach ein neues Zuhause finden. Die SP-JUSO-Fraktion begrüsst sehr, dass es gelungen ist, einen alternativen Standort zu finden und so sicherzustellen, dass das Beachcenter der Stadt Bern erhalten bleibt.
Sowohl die Synergien durch die Nähe zum Campus der BFH als auch zum Weyerli-Bad können einen Erfolg versprechen. Auch das Bestreben der Home of Beach AG, ein möglichst nachhaltiges Sportzentrum zu realisieren, erachten wir als sehr positiv. Auch die Umnutzung der Fläche unter dem Viadukt, die neu, anstatt 154 Parkplätze zu beherbergen, zu einer Freifläche werden soll, auf der unter anderem auch der Skatepark Platz hat, begrüssen wir sehr. Auch die zwischenzeitliche Verschiebung des Skateparks auf den Europaplatz Süd ist gut im Hinblick darauf, dass die Anlage der Skater*innen trotz der vielen Bauarbeiten in diesem Perimeter möglichst durchgehend soll genutzt werden können. Das wäre bei einem direkten Umzug auf die Fläche unter dem Viadukt nicht möglich. Natürlich tut es auch uns ein bisschen weh, dass wir einen Kredit sprechen für die Erstellung einer neuen Einstellhalle, also zur Schaffung neuer Parkierflächen. Unter dem Strich sehen wir aber, dass das in diesem Fall nötig und eine gute Lösung ist. Dass durch die Aufhebung der Parkplätze unter dem Viadukt neuer Freiraum entsteht, ist hoch zu gewichten, so wie auch, dass mit den 74 Parkplätzen, die

die Stadt nutzen kann, der Minimalbedarf gedeckt ist, damit auch die Bauprojekte beim Weyerli umsetzbar bleiben. So gesehen schaffen wir also zwar neue Parkierflächen, aber eben nicht zusätzliche. Alles in allem findet die SP-JUSO-Fraktion das Geschäft ein gelungenes Projekt. Wir werden darum sowohl der Abgabe des Grundstücks Weyermannshaus an die Home of Beach AG im Baurecht sowie auch den beiden Verpflichtungskrediten zustimmen.

Präsidentin: Danke, Paula. Dann kommt Mirjam Arn für die GB/JA!-Fraktion.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Sport ist Gesundheitsförderung, ist Integration, fördert das Körperbewusstsein, soziale Kontakte, das psychische Wohlbefinden. Sportangebote machen die Stadt lebendig und attraktiv. Und neben dem Breitensport ist das Beachcenter auch das Daheim unserer Vertretern*innen im Profisport. Und wenn ihr vorhin gut zugehört habt oder irgendwo in der letzten Zeit eine Zeitung aufgeschlagen habt, habt ihr gesehen, dass die Schweizerinnen sehr erfolgreich unterwegs sind, und zwar nicht nur ein Team, sondern gerade 2. Das Home of Beach ist aber nicht in erster Linie ein Leuchtturmprojekt, sondern ein neues Zentrum für die beliebte und wachsende Sportart. Fast 400 Vereinsmitglieder, alle Schulen, Firmen, Hobby-Baller*innen und Nachwuchssportlerinnen und Sportler und Profis sind es, die die Beach-Anlage sehr rege nutzen. Es ist jetzt als Projekt ein schönes Beispiel für die Zusammenarbeit aller Beteiligten im Sinne einer gemeinsamen Lösungsfindung und der Optimierung, damit am Schluss wirklich alle zufrieden sind. Und das ist ja etwas, das – wir dürfen es betonen – in der Politik selten der Fall ist.
Dass Schulraum geschaffen wird, ist ebenso wichtig wie die Erhaltung der gut genutzten Skateanlage, eine gescheite Flächennutzung und eine möglichst umweltfreundliche und durchdachte Bauweise der neuen Anlage. Und wir haben hier ein Projekt, das alle Ansprüche erfüllt. Auch die GB/JA!-Fraktion wird deshalb diesem Geschäft gerne zustimmen.

Präsidentin: Danke, Mirjam. Dann kommt Béatrice Wertli für die Mitte-Fraktion.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Wir haben eine Bronzemedaille gewonnen an den olympischen Spielen im Beachvolley und ich würde sagen, mit dem Home of Beach gewinnen wir eine Goldmedaille. Wenn wir alle Kriterien anschauen, die wir damit erfüllen können, dann gewinnen wir überall: Bern als Sportstadt, Spitzen- und Breitensport brauchen einander und im Home of Beach haben wir beides zusammen. Es erfüllt die Kriterien der Nachhaltigkeit. Es ist ein modernes Beachcenter und wir schaffen damit natürlich auch ein weiteres Leuchtturmprojekt im Bereich der Sportinfrastruktur. Ich gebe es zu, ich bin ein bisschen befangen. Meine älteste Tochter spielt Beachvolley und ich freue mich natürlich, dass sie das auch weiterhin in Bern machen kann.
Das Projekt ist so gut, dass es auch alternativlos ist. Und es macht uns als Fraktion natürlich Freude, dass man hier auch anerkannt hat, dass man volle Kraft in das Projekt hineinbringen, jede Verzögerung vermeiden muss, denn das ist nämlich schlussendlich ein Hindernis im Sport. Die Synergieeffekte, die Standortvorteile namentlich für die Region sind klar. Die Mitte unterstützt und lädt euch ein, das Projekt und beide Projektierungskredite zu unterstützen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Beatrice. Dann kommt Ueli Jaisli für die SVP. Nein, doch nicht. War ein Versehen. – Gibt es Einzelvoten? – Dann hat der Gemeinderat das Wort. – Ah doch, es hat ein Einzelvotum, und zwar von Sarah Rubin.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Ich möchte nur ganz schnell auch noch die Partei für die Skater*innen in der Stadt Bern ergreifen. Ich möchte kurz erwähnen, dass mittlerweile auch das Skating olympisch ist, übrigens, und alle Skaterinnen und Skater der Stadt Bern sind optimistisch gestimmt für die neue Lösung, machen sich zwar ein bisschen Gedanken, weil der neue Platz weniger Quadratmeter haben wird als der jetzige, und es ist natürlich jetzt auch sehr eine coole Location, weil man halt dort auch ziemlich machen oder lassen kann, was man will. Und die Befürchtungen sind, dass man am Europaplatz, wo es doch viel mehr Leute hat, so ein bisschen an den Rand gedrängt würde. Aber grundsätzlich ist natürlich der Vorteil des Standorts, dass er auch überdacht ist, denn der Skatepark ist im Moment halt bei Regen und im Winter kaum nutzbar ist. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Sarah. Dann hat der Gemeinderat das Wort. Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Es ist wirklich sehr schön, wie das hier getönt hat. Ich bin selten so erfreut nach vorne gekommen. Alle finden es cool. Ich auch. Ich könnte jetzt schon zum Schluss kommen, aber ich will trotzdem vorher noch etwas sagen. Ich hoffe einfach nicht, dass ich diese Nacht träume, dass es bei der Budgetdebatte etwa auch so klingt.
Ja, es ist ein Gesamtpaket. Ich glaube, das ist wichtig zu sagen, das hat man auch verstanden. Wir wollen Abgaben im Baurecht beschliessen, es braucht einen Verpflichtungskredit für die Einstellhalle und nachher will man die Skateanlage auch noch verschieben.
Wir haben ja quasi den Auftrag erhalten, nachdem ihr hier über den Rahmenkredit Ausserholligen diskutiert hattet, rasch mit dieser Vorlage zu kommen. Ich sage manchmal hier, man würde auch arbeiten, wenn nicht noch explizite Beschlüsse gefasst würden zu solchen Sachen. Am 9. Juni ist der Schwerpunktentwicklung ja zugestimmt worden und wir haben sehr rasch gemacht. Wir sind sofort in die Kommission und sind jetzt hier und dann wird das heute ja so bewilligt. Ich will einfach trotzdem ganz kurz noch etwas zur Geschichte sagen, denn es hat jetzt alles sehr positiv getönt. Ich will einfach hier darauf hinweisen, dass das Geschäft einfach auch ganz klar die Widersprüchlichkeit zeigt, wenn es um Verdichtung geht. Man wollte ja ursprünglich die Beachhalle an einem anderen Ort bauen, nämlich beim Goumoëns-Schulhaus. Man hat dort verdichtet und musste eigentlich gezwungenermassen, weil man sah, dass man dort nicht durchkommt, sagen, wir suchen einen anderen Standort. Der Standort ist jetzt weg. Dort machen wir nichts anderes. Das ist cool, diese Halle, aber der ist jetzt weg, besetzt. So verschwindet Raum um Raum in dieser Stadt Bern und es wird immer schwieriger, nachher neue Areale für irgendwelche Nutzungen zu finden. Und wenn man sie dann findet, kosten sie dann vielleicht halt auch viel, wie beim Spielplatz. Ich will jetzt nicht im Detail darauf eingehen.
Wir haben bereits im April 2022 eine Absichtserklärung und eine Reservationsvereinbarung mit dem Verein Beachvolley unterzeichnen können für die Entwicklung dieses Home of Beach. Eben ganz wichtig, das ist betont worden und ich will das auch noch einmal sagen, ist, dass man die Einstellhalle mit diesen 74 Plätzen machen kann für die weiteren Entwicklungen Weyerli, insbesondere, da wir jetzt sehr rasch mit dem Kredit für die Eisanlage und für die Hallenanlage kommen werden. In diesem Sinn freue ich mich auf die breite Zustimmung zu dem wirklich coolen Projekt und habe damit geschlossen. Merci.

Präsidentin: Dann stimmen wir über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 009

2024.TVS.0056	
Annahme	
Ja	64
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

2024.TVS.0056

10 Knoten «Chäs u Brot»/Matzenriedstrasse: Verbesserung Verkehrsinfrastruk-tur und Instandstellung Moosbach; Erhöhung Projektierungskredit

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 10, Knoten "Chäs u Brot"/Matzenriedstrasse. Ich erteile der Kommission das Wort. Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Ich mache es recht kurz. Es geht wohl um die bekannteste Haltestelle oder die Haltestelle mit dem bekanntesten Namen der Stadt Bern, und zwar Chäs u Brot. Bei diesem Knoten sollen in den nächsten Jahren verschiedene Verkehrsinfrastrukturmassnahmen umgesetzt werden: Vor allem entlang der Matzenriedstrasse soll künftig ein Trottoir erstellt werden und die Haltestelle soll beidseitig hindernisfrei umgestaltet werden. Weiter stehen bei einem Teilstück des sogenannten Moosbachs entlang der Bottigenstrasse Instandstellungs-, Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an. Zudem plant die EWB die Sanierung der öffentlichen Beleuchtung in Oberbottigen und die Liegenschaften in Oberbottigen sollen an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Dazu kommen noch die Verlegung von Stromleitungen und die Sanierung von Wasserleitungen.
Das Projekt, es geht hier um die Projektierungskrediterhöhung, steckt absolut noch in den Kinderschuhen. Der Gemeinderat hat von einer gewissen Zeit für 70’000 Franken einen Projektierungskredit gesprochen. Dieser ist jetzt aufgebraucht. Um das Projekt weiter vorantreiben zu können, beantragt der Gemeinderat 350’000 Franken. Sprich: Man hat schlussendlich einen Projektierungskredit von 420’000 Franken, und wenn alles gut läuft, sollen die Einzelprojekte im Jahr 2026/27 realisiert werden, damit auch die Bevölkerung oder die Bewohnenden von Oberbottigen ein Trottoir haben und sich sicher im Dorf bewegen können.
Die Kommission hat dieses Geschäft einstimmig zuhanden des Stadtrates verabschiedet. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Janosch. Gibt es hier Fraktionsvoten? – Gibt es Einzelvoten? – Dann hat die Gemeinderätin das Wort. Sie verzichtet, dann stimmen wir über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 010

2024.TVS.0056

Annahme	
Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag einstimmig angenommen.

2024.TVS.0146

11 Tiefbauamt/Logistik Bern: Ersatzbeschaffung Elektrotransportfahrzeug mit Kofferaufbau und Hebebühne; Kredit

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 11 und ich erteile für die Kommission PVS Janosch Weyermann das Wort.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Ich bin es noch einmal. Es geht um die Ersatzbeschaffung eines Elektrotransportfahrzeugs mit Kofferaufbau und Hebebühne – ein Investitionskredit. Es geht darum, ein Fahrzeug, das sich heute noch im Einsatz befindet, zu ersetzen. Es ist im Einsatz bei Logistik Stadt Bern und dient dort heute der Versorgung der städtischen Verwaltung, der Schulen, Kitas und Kindergärten sowie weiteren Kundinnen und Kunden aus dem öffentlichen Sektor. Ab und zu kommt das Fahrzeug auch für den Transport von Tischen und Festbänken zum Einsatz, die Logistik Stadt Bern vermietet.
Das heutige dieselbetriebene Fahrzeug wiegt ungefähr 12 Tonnen. Es ist ein Iveco. Es ist 11-jährig und weist zahlreiche Gebrauchsspuren auf. Das Fahrzeug kann einfach auch die heutigen Bedürfnisse nicht mehr abdecken und hat einfach das Alter erreicht. In der Kommission gab vor allem zu diskutieren, ob man nun auf ein Elektrotransportfahrzeug umsteigt. Dort ging es vor allem um die Ladekapazität, ob diese vorhanden ist, um die Reichweite des Fahrzeugs und natürlich auch um die Kosten, die doch ein bisschen höher sind als für ein vergleichbares Verbrennerfahrzeug. Nichtsdestotrotz hat die Kommission diesem Kredit einstimmig zugestimmt. Der Antrag, der hier vorliegt, lag leider der Kommission noch nicht vor, und sie kann deshalb nichts dazu sagen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Janosch. Gibt es Fraktionsvoten? Thomas Hofstetter für die FDP-JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der FDP sind nicht dagegen, dass man ein Fahrzeug, das kaputt ist, ersetzt. Aber ich finde, man müsste das smart machen; vor allem wenn man nicht mehr so viel Geld hat, nicht mehr so viele Ressourcen. Wenn man das effizient einsetzen will, muss man das Geschäft anders anschauen, einmal so ein bisschen eine Risikoabwägung machen. Das grosse Risiko ist die Beschaffung des Lastwagens. Es gibt momentan nur einen Anbieter auf dem Markt. Dort sind die Lieferfristen sehr lang und man weiss auch noch nicht genau, wann man es bekommt. Die werden immer wieder hinausgeschoben. Das wurde uns jedenfalls in der PVS gesagt. Entsprechend wird ein Fahrzeug noch Kinderkrankheiten haben, weil es auf dem Markt noch nicht ausgetestet wurde. Es ist mit Ausfällen und Unannehmlichkeit zu rechnen. Ein Risiko also, das es beim Kauf eines sogenannt erprobten Fahrzeugs

nicht geben würde oder das minimiert wäre. Ausserdem kostet das Elektrofahrzeug doppelt so viel wie ein Verbrennungsfahrzeug. Die Preise werden aber analog jenem der Elektroautos jedes Jahr günstiger werden, auch wenn mehr Anbieter auf dem Markt sind. Das Fahrzeug, das jetzt im Einsatz ist, fährt durchschnittlich 50 Kilometer, das ist nicht viel für einen Lastwagen. Entsprechend klein ist auch die Einsparung bei der LSVA (Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe). In der Privatwirtschaft sind die E-Lastwagen eigentlich nur interessant, wenn sie viele Kilometer fahren und bei der LSVA gespart werden kann, entsprechend gering fällt auch der Klima-Nutzen aus, weil man nur 50 Elektrokilometer Fahrten pro Tag macht. Mit den gesparten 250'000 Franken könnte man viel bessere Klimainvestitionen tätigen, bei denen der Klimanutzen pro eingesetzten Franken viel höher wäre. Deshalb ist der Antrag der FDP nachhaltig, sowohl in Bezug auf den finanziellen Aspekt – viel tiefere Investitionskosten –, den Sozialaspekt – Mitarbeitende werden nicht durch LKW-Kinderkrankheiten vergrault – und auch den ökologischen Aspekt. Es hat auf dem Markt so wenige dieser E-Lastwagen und wenn ein Dritter an Stelle der Stadt diesen kauft und ganz sicher mehr Kilometer damit fährt, spart man CO_2 ein. Er ist auch sehr nachhaltig abgedeckt dieser Vorstoss. Mehr CO_2 sparen könnte man, wenn man den Standort des Fahrzeugs von Niederwangen, wo es jetzt ist, in die Gemeinde Bern verlagern würde. Das ist aber nicht so einfach. Und wenn nicht einmal das Tiefbauamt einen Platz findet in der Stadt Bern, dann hat es das Gewerbe noch viel schwerer. Ich bitte euch, smart zu handeln und den Antrag anzunehmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann kommt Timur Akçasayar für die SP-JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Eigentlich habe ich gedacht, das Geschäft sei unbestritten. Zuerst einmal meinen tiefsten Respekt an das Elektroersatzfahrzeug, denn es hat es geschafft, mit einem Kredit von nur 355'000 Franken eine Ablehnung aus dem freisinnigen Lager zu provozieren. Liegt es an den anstehenden Wahlen oder haben einige Angst vor neuen Technologien? Oder wollen gewisse Leute der Privatwirtschaft ein lukratives Geschäft mit Miet- und Leasing-Lösungen besorgen? Aber immerhin sind wir mit der FDP, die den Rückweisungsantrag gestellt hat, in einem Punkt einig, dass der 11-jährige Diesellastwagen mit seinen hohen Reparatur- und Wartungskosten ausser Dienst gestellt werden soll.
Für uns als SP und Juso ist eines klar: Sobald städtische Fahrzeuge ersetzt werden müssen und ein emissionsfreies Fahrzeug auf dem Markt hat, muss auch dieses eingesetzt werden. Die Behauptung, dass die Stadt Bern hier ein enormes Risiko eingeht und dass E-Fahrzeuge Kinderkrankheiten haben können, ist masslos übertrieben. Risiken gehören zum Leben, ebenso zum Wirtschaften. Das gehört bei jedem Geschäft dazu. Risiken können nie vollständig beseitigt werden, aber das Ziel ist, sie zu minimieren und beherrschbar zu halten. Ich komme schliesslich aus der Automobilindustrie und das ist unser tägliches Brot. Und beim vorliegenden Geschäft sind sie sehr gut beherrschbar. Bei dem Lieferanten handelt es sich um einen grösseren, weltweit agierenden, europäischen Fahrzeughersteller. Keine Angst, ich mache hier keine Werbung. Es ist kein Kunde von uns. Es ist ein Hersteller, der vom Kleinwagen bis zum Lastwagen alles anbietet. Es ist auch in seinem Interesse, dass solche Elektrospezialfahrzeuge ein Erfolg sind und progressive Städte wie Bern mit der Dekarbonisierung nicht im Stich gelassen werden. In der Begründung steht, die Preise werden analog zu den Elektroautos jedes Jahr günstiger werden, auch weil mehr Anbieter auf den Markt kommen. Dem muss ich klar widersprechen, denn hier werden Äpfel mit Kartoffeln verglichen.

Der Markt für Spezialfahrzeuge, egal ob Diesel- oder Elektroantrieb, ist nicht vergleichbar mit einem Personenfahrzeug. Tesla wird zum Beispiel nie ein solches Fahrzeug anbieten. Deshalb wird die Herstellervielfalt nicht so sein, wie es im Rückweisungsantrag angepriesen wird.
Wir werden die Ablehnung zurückweisen und dem Kredit für die Ersatzbeschaffung zustimmen. Diese Investitionen sind richtig und wichtig, denn sie garantieren einen zuverlässigen städtischen Service. Sie entspricht den städtischen Klimazielen und vor allem ist es auch eine sinnvolle langfristige Lösung für das städtische Budget, das ehrlich gesagt letztes Jahr nicht rosarote, sondern schwarze Zahlen geschrieben hat.

Präsidentin: Merci, Timur. Als nächstes kommt Corina Liebi für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Unsere Fraktion versteht grundsätzlich die Kritik der FDP bis zu einem gewissen Grad. Es ist sicher so, dass die Anschaffung eines Elektrofahrzeugs in diesem Bereich ein bisschen mehr Risiko aufweist als die eines normalen Verbrenners. Aber grundsätzlich reden wir hier von einer Spezialtechnologie, und wenn der Staat und vor allem die Stadt Bern hier nicht als Vorbild vorangeht, werden auch die Preise nie runterkommen. Aus diesem Grund unterstützen wir das Projekt und lehnen den Antrag der FDP ab.

Präsidentin: Merci, Corina. Dann für die SVP-Fraktion Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich möchte nur noch kurz Stellung nehmen zu diesem Antrag. Grundsätzlich haben wir natürlich auch Sympathien, wenn man irgendwie Geld sparen kann. Aber ich sehe jetzt die Ersparnis nicht ganz. Wenn man überlegt, dass man 5 Jahre lang ein Fahrzeug leasen will, dann zahlt man entsprechend den Leasing-Zins, der ist momentan irgendwo bei viereinhalb bis 6,9% je nach Leasingfirma oder Anbieter. Wenn ihr es auf diese Summe herunterrechnet, kommt ihr nachher genau auf Leasing-Kosten jährlich, die ihr eigentlich einsparen wollt. Dasselbe gilt bei der Miete. Jemand, der ein solches Fahrzeug an jemanden vermietet, will eine entsprechende Rendite haben. Das geht hinten und vorne nicht auf und vielleicht noch etwas wegen des Standorts der Logistik Stadt Bern in Niederwangen. Das war eine FIT-Massnahme. Man hat dort 180’000 Franken jährlich eingespart, indem dass man sie dorthin verlagert hat. Ich glaube, es ist eine gute Lösung und auch das neue Fahrzeug wird man stemmen können. Es hat mehr Kapazität als das alte Fahrzeug und deshalb werden wir dem Kredit auch so entsprechend zustimmen und den Antrag ablehnen.

Präsidentin: Merci, Janosch. Gibt es Einzelvoten? – Dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich habe nicht gedacht, dass ich hier noch gross reden muss und dass hier eine Diskussion entsteht, aber ich sage natürlich sehr gerne etwas dazu.
Janosch Weyermann hat das Geschäft sehr gut vorgestellt, sehr kompetent. Ich muss nichts mehr dazu sagen. Ich würde gerne noch etwas zu diesem Rückweisungsantrag sagen. Der Gemeinderat hat 2022 beschlossen, dass Nutz-, Kommunal- und Spezialfahrzeuge grundsätzlich mit alternativem Antrieb beschafft werden sollen, vorausgesetzt, dass es technisch und betrieblich machbar ist und eine gesicherte Lösung zur Finanzierung der zusätzlichen Investitionskosten gefunden werden kann. Das ist hier

der Fall. Das vollelektrische Transportfahrzeug erfüllt alle geforderten betrieblichen und technischen Vorgaben. Es handelt sich hier um ein Standardfahrzeug und nicht um einen Prototyp. Und ich muss schon sagen, vielleicht haben neue Fahrzeuge Kinderkrankheiten, aber was ich wirklich sagen kann, ist, das Fahrzeug, das wir jetzt haben, hat altersbedingte Beschwerden. Das bisherige Fahrzeug musste jüngst wegen Getriebeproblemen repariert werden. Ich glaube, es ist wirklich jetzt auch smart, wenn wir das Fahrzeug ersetzen. Und übrigens werden nachher eben auch die Betriebskosten in der Regel tiefer mit einem Elektrofahrzeug. Der Entscheid zur Beschaffung vollelektrischer Fahrzeuge trägt natürlich auch dazu bei, den CO2-Ausstoss der städtischen Fahrzeugflotte weiter zu senken. Das entspricht den Zielen des Gemeinderats in den Legislaturrichtlinien, ist aber auch in der Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung RAN2030 festgelegt und übrigens auch in der Energie- und Klimastrategie, die wir hier auch immer wieder diskutieren. Also ich bitte euch, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen, und freue mich, wenn ihr dem Geschäft zustimmen könnt.

Präsidentin: Merci, Marieke. Dann stimmen wir zuerst über den Rückweisungsantrag der FDP ab.

Antrag
1 FDP:
Rückweisung:
Die Ersatzbeschaffung soll um fünf Jahre nach hinten verschoben werden und für die nächsten fünf Jahre soll ein seit langem etablierter Fahrzeugtyp gemietet oder geleast werden.

Abstimmung Nr. 011

2024.TVS.0146: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	6
Nein	56
Enthalten	0

Präsidentin: Wir stimmen als nächstes ab über den Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 012

2024.TVS.0146: Kredit	
Annahme	
Ja	57
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag zugestimmt.

2023.SR.0132

12 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Bern autofrei; Fristverlängerung

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 12. Es geht um eine Fristverlängerung. Das Wort für die PVS hat Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die PVS: Der Gemeinderat hat eine Fristverlängerung des Punkts 6 des Postulats "Bern autofrei" von der ehemaligen GFL/EVP-Fraktion beantragt, das im Mai 2023 erheblich erklärt wurde. Im Kern geht es im Vorstoss darum, eine breite Diskussion zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, des MIV, zu führen. Der genannte Punkt 6 sieht vor, dass der öffentliche Verkehr so weit wie möglich aus den Hauptgassen verlegt wird. In seiner Antwort legt der Gemeinderat dar, dass für eine konsolidierte Aussage zur ÖV-Entlastung in der Innenstadt und damit auch zu einer allfälligen Verlegung der ÖV-Linie aus den Hauptgassen heraus die Ergebnisse einer erneuten Analyse im Rahmen der zweiten Tram Achse Innenstadt sowie des UNESCO-Management-Plans abgewartet werden sollen. Zudem klären der Kanton und Bernmobil derzeit unter Berücksichtigung der Nachfrageentwicklung beim ÖV ab, welche Taktdichte mit dem Tram Bern-Ostermundigen notwendig sind. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung für den Prüfungsbericht zu Punkt 6 bis Mitte 2027. Zu reden hat in der Kommission eine unterschiedliche Auffassung gegeben, ab wann eine realistische Einschätzung zur Umsetzung von Punkt 6 vorgelegt werden kann. Aus diesem Grund ist unter anderem eine Diskussion geführt worden, ob die Fristverlängerung nur bis Ende 2025 gewährt werden soll. Eine Mehrheit der Kommission hat sich für die geforderte Fristverlängerung des Gemeinderates ausgesprochen. PVS beantragt dem Stadtrat darum mit einem Stimmenverhältnis von 8 Ja zu 2 Nein und 0 Enthaltungen eine Fristverlängerung bis am 30.6.2027.

Präsidentin: Merci Corina. Dann haben die Einreichenden das Wort – Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Einreichenden: Die Situation in der Altstadt mit dem ÖV ist sehr komplex und dass nicht innerhalb eines Jahres oder innerhalb eineinhalb Jahren irgendwie geklärt werden kann, wo die beste zweite Tram-Achse hinkommt und wie man die Hauptgassen von der ÖV-Linie entlasten kann – Es ist völlig klar, dass es nicht so schnell geht. Und deshalb sind wir einverstanden mit dieser Fristverlängerung, die der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Danke, wenn ihr dem auch zustimmt.

Präsidentin: Merci, Bettina. Gibt es Fraktionsvoten. Tanja Milanovic für die GFL-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich werde das Votum für Michael Ruefer halten, der es geschrieben hat, und jetzt gerade leider nicht hier sein kann. Die GFL strebt eine autofreie Altstadt an. Bereits 2020 haben wir dazu ein Postulat eingereicht. Das fordert eine Befreiung der Altstadt vom MIV und eine Verlagerung des ÖV aus den Hauptgassen. Das ist also genau das Geschäft hier. Da gleichzeitig geprüft wird, wo es in der Altstadt Platz für eine zweite Tram Achse hat, erhält der Gemeinderat für den Punkt eine Fristverlängerung bis 2027. Und wir sagen "erhalten", weil wir schon wissen, dass er sie bekommen wird, obwohl wir eigentlich nicht ganz einverstanden sind. Was

uns in der Begründung des Gemeinderats hat aufhorchen lassen, ist: Es heisst, bis 2026 soll eine Bestvariante zur zweiten Tram-Achse vorliegen, also Ende 2026, auch wenn heute noch überhaupt nicht klar ist, wo die Reise hingeht.
Die Mitwirkung der RKBM (Regionalkonferenz Bern-Mittelland) sei kontrovers ausgefallen. Bei der Diskussion zur Gleissanierung Brunnhof-Fischermätteli, aber ist uns gesagt worden, eine Verzögerung von 3 Jahren sei gänzlich unmöglich, da die Entscheide zur zweiten Tramachse noch lange nicht fallen würden. Jetzt heisst es, 2026 soll die Bestvariante vorliegen. Und das ist doch irgendwie ein bisschen erstaunlich. Für die Bewertung der technischen Machbarkeit, die jetzt im Gang ist bei der RKBM, sind die stadträumlichen und ökologischen Aspekte noch stärker gewichtet worden und das Konfliktpotenzial zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern soll besser berücksichtigt werden. Beides begrüssen wir sehr. Nur so ist eine stadtverträgliche Detail-Bewertung überhaupt möglich. Noch ein kleiner Anhang zur zweiten Tram-Achse. Eine Tram-Achse via Bundesgasse und Kochergasse ist aus der Sicht der GFl eindeutig die beste Lösung. Eine weitere Belastung und Blockierung von Aufwertungsmassnahmen am Bollwerk lehnen wir ab. Verbesserungen auf dieser Achse sollen nicht Jahr für ein Jahr auf die lange Bank geschoben werden, nur weil irgendwann in der fernen Zukunft vielleicht Tramgleise dort eingebaut werden. Wo genau es in der Speichergasse Platz haben soll für 2 Tramgleise, ist uns auch ein Rätsel.
Eine autofreie Altstadt, weniger MIV in den Quartieren, mehr Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, zweite Tramachse vor dem Bundeshaus zur Entlastung der bestehenden Tramachsen durch die Altstadt. Dafür setzen wir uns ein.

Präsidentin: Merci, Tanja. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Vieles ist schon angesprochen worden. Es geht hier um eine Fristverlängerung zum Punkt 6 des Postulats "Bern autofrei", der fordert, den öffentlichen Verkehr so weit wie möglich aus den Hauptgassen der Altstadt zu verlegen. Aus Sicht des Gemeinderates ist es sinnvoll, wenn für den Prüfungsbericht zu diesem Punkt möglichst viele Erkenntnisse aus der ZMB (Zweckmässigkeitsbeurteilung) Zweite Tram-Achse, dem Planungsprozess Stadtraum Bahnhof und dem UNESCO-Managementplan vorliegen. Bei der ZMB Zweite Tramachse laufen unter dem Lead der Regionalkonferenz weitere und vertiefte Abklärungen, nachdem die Mitwirkung kontroverse Haltungen gezeigt hat. Der Fahrplan sieht vor, dass die planerischen Grundsätze dieser zweiten Runde bis 2026 vorliegen sollten. Beim Planungsprozess Stadtraum Bahnhof ist für 2025 die öffentliche Auflage vorgesehen, die anschliessend ausgewertet wird. Dann kommt noch der Genehmigungsprozess durch den Kanton. Beim UNESCO Managementplan sieht die Frist des Bundes vor, dass der bis Ende 2025 fertig sein muss. Und darum kommen wir auch mit dieser Fristverlängerung. Dass wir zur zweiten Tram-Achse, zum Stadtraum Bahnhof bis 2027 alles unter Dach und Fach und konkrete Lösungen haben, ist doch eher unrealistisch, aber ich gehe davon aus, dass sich die Tendenzen aufzeigen lassen und wir mehr wissen werden als heute.
Wenn gesagt wird, beim Fischermätteli-Tram habe der Gemeinderat das Gegenteil erzählt, kann ich das nicht nachvollziehen. Es muss wirklich ein Missverständnis vorliegen. Es ist dort nämlich um etwas ganz anderes gegangen als hier, nämlich um ein konkretes und ausgearbeitet Bauprojekt, um eine jetzt sanierungsbedürftige bestehende Linie. Wenn man das Berner ÖV-Netz umbauen will, dann ist es mit Konzeptarbeit nicht gemacht. Dann muss man auch Bauprojekte ausarbeiten. Und ihr alle wisst,

was die für eine Vorlaufzeit haben. Weil die Schienen ins Fischermätteli jetzt sanierungsbedürftig sind, können wir nicht einfach 10 Jahre oder auch ein paar Jahre nichts machen oder mit schlechten Provisorien arbeiten, die auch noch die Hindernisfreiheit verzögern. Diese Diskussion haben wir geführt und jetzt liegt zu dem Vorhaben der Ball bei der Stimmbevölkerung. Aber mir ist es wichtig gewesen aufzuzeigen, dass es hier wirklich nicht um das Gleiche geht.
Ich sage auch noch kurz etwas Allgemeines zur Stossrichtung des Vorstosses, die wir ja dann auch noch beantworten werden. Die Stadt Bern priorisiert die stadtverträglichen Mobilitätsformen, den öffentlichen Verkehr, Fuss- und Veloverkehr. Diesen Ansatz verfolgen wir seit Jahren und der Gemeinderat treibt dies auch konsequent voran. Ich möchte bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen: Wir stehen vor einem gewaltigen Eingriff in das Berner Verkehrsnetz. Mit ZBB (Zukunft Bahnhof Bern) müssen und werden wir den MIV über den Bubenbergplatz um 60% reduzieren. Minus 60%. Diese Massnahme wurde im Detail vorbereitet und austariert, eben auch mit allen betroffenen Stellen. Und so müssen wir auch bei diesen grundlegenden Vorhaben des Vorstosses natürlich vorgehen. Was dieser Vorstoss beinhaltet, ist sehr viel und hat massgebende Auswirkungen auf das gesamte städtische Verkehrssystem. Wir müssen zum Beispiel Fragen klären: Wo geht denn dieser ÖV durch, aber auch die Frage zum MIV, aber auch zum Wirtschaftsverkehr. All diese Fragen müssen wir klären. Wir dürfen bei all diesen Vorstössen zu Sperrungen von Strassen, zu verkehrsberuhigten Zonen nicht den Überblick verlieren und müssen wirklich auch die Realitäten im Auge haben. Der Gemeinderat bittet euch, auch dieser Fristverlängerung so zuzustimmen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir stimmen über die Fristverlängerung ab.

Abstimmung Nr. 013

2023.SR.0132	
Annahme	
Ja	51
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt der Fristverlängerung zugestimmt.

2020.PRD.000047

13 Sportplatz Wyler, Umwandlung eines Allwetterplatzes in ein Kunstrasenspielfeld; Baukredit

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 13, zum Sportplatz Wyler. Ich erteile der Kommission das Wort., für die PVS spricht Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die PVS und die Fraktion: Worum geht es? Es geht um den Baukredit von 419’000 Franken für die Umwandlung des bestehenden Allwetter-Hartplatzes in ein Kunstrasenspielfeld auf dem Sportplatz Wylerholz. Mit der Eigentümerin, dem ASTRA (Bundesamt für Strassen), hat eine Nutzungsvereinbarung gemacht werden können. 2021 ist bereits einer dieser beiden Allwetter-Hartplätze erfolgreich in ein Kunststrassenspielfeld umgewandelt worden. Die Ausgangslage in der Stadt Bern

verzeichnet ein Manko an Sportrasenfeldern. Die Betriebsoptimierung, also die bauliche Optimierung, entspricht der Rasensportstrategie der Stadt Bern. Durch die geplanten baulichen Massnahmen gibt es einen weiteren ganzjährig bespielbaren Platz, der den Vereinen und auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Durch die Kapazitätserhöhung wird die Attraktivität der Sportanlage Wyler gesteigert. Zum Bauprojekt: Die heutige Spielfeldgrösse von circa 23 auf 21 Meter wird beibehalten und maximal ausgenutzt. Das vorhandene Zugangstor und die Platzzufahrt werden auf 3 Meter verbreitert. Der bestehende Ballfangzaun wird instandgesetzt. Die Unterhaltsarbeiten des Platzes werden auf ein Minimum ausgelegt. Aus ökologischen Gründen ist wiederum ein Kunstrasenspielfeld Typ "unverfüllt" geplant. Es sind keine Provisorien während des Umbaus geplant und auch kein Kunstobjekt. Zur Nachhaltigkeit: Damit wird der Breitensport gefördert. Es sind zusätzliche 12 Veloabstellplätze geplant. Die Erstellungskosten werden möglichst tief gehalten mit einem optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis. Ein unverfüllter oder mit Sand verfüllter Multisportkunstrasen ist vorgesehen. Es hat kein Gummigranulat. Die Biodiversität wird durch einheimische Waldstauden bei der Böschung gestärkt. Die Bestandesplatzbeleuchtung wird instandgesetzt und auf LED umgerüstet. Die Bestandesbewässungsanlage wird ausser Betrieb genommen.
Der Baubeginn ist für den September dieses Jahres vorgesehen und der Betrieb sollte im Januar nächstes Jahr aufgenommen werden können. Die Kosten: Es gibt Anlagekosten von total 419’000 Franken. Die wiederkehrenden Amortisations- und Kapitalkosten im ersten Jahr laufen sich auf 22’205 Franken und im letzten, im 25. Jahr, noch auf 16’980 Franken.
In der PVS ist das Geschäft einstimmig angenommen worden.
Kann ich das Fraktionsvotum anhängen? Aus Sicht FDP ist das ein vorbildliches und dringend notwendiges Projekt, das wir sehr unterstützen. Ihr müsst gut zuhören: Es fehlen 12’000 Nutzungsstunden auf Sportplätzen. Mit diesem Projekt sind zusätzliche 500 Nutzungsstunden ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber es braucht noch mehr, damit noch mehr Leute Sport treiben können. Deshalb unterstützen wir auch die Initiative für mehr Sportplätze, die momentan läuft. Auch die Vorgehensweise, dass man zuerst einen Fussballplatz umgestaltet hat, um Erfahrungen zu sammeln, und jetzt den anderen machen will, finden wir gut. Wir nehmen das Geschäft an.

Präsidentin: Merci, Thomas. Gibt es Fraktionsvoten? – Einzelvoten? Dann hat der Gemeinderat das Wort. Er verzichtet. Wird das Geschäft bestritten? – Gut, dann ist das so angenommen.
Stillschweigende Annahme

2022.BSS.000089

14 Technische Unterstützung der Wasseraufsicht Schwimmhalle Neufeld; Genehmigung der Videoüberwachung

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 14, technische Unterstützung der Wasseraufsicht in der Schwimmhalle Neufeld. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die SBK und die Fraktion: Wieso muss zuerst etwas passieren, bis etwas gemacht wird? Das ist ein Satz, den man immer wieder liest, wenn ein Unfall

passiert, wenn ein Mensch verletzt wird oder sogar stirbt und eigentlich hätte es Möglichkeiten gegeben, das zu vermeiden. Die BSS möchte, dass wir heute über ein System beraten, das Menschenleben retten kann. Es geht um eine technische Unterstützung der Wasseraufsicht in der neuen Schwimmhalle Neufeld. Aber weil das System, das man anschaffen will, Videodaten analysiert, braucht es heute vom Stadtrat die Genehmigung für die Videoüberwachung. Seit Herbst ist die neue Schwimmhalle Neufeld geöffnet und zum Glück hat es dort noch keine schweren Badeunfälle gegeben. Es ist eine Lage, die das Sportamt aber für neue Herausforderungen stellt. Es ist ein Becken mit einer Gesamtfläche von 1'750 m^2, was viermal mehr ist als im Wyler oder im Weyerli. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, für den Schutz der Badegäste zu sorgen, dass das Sportamt als Betreiberin und Immobilienstadt Bern als Eigentümerin der Schwimmhalle Neufeld ein Konzept erarbeiten müssen, wie Menschen geholfen werden kann, wenn sie schlussendlich in Not geraten. Es kommt in der Stadt Bern übrigens auch hin und wieder vor, dass sie in Not geraten. Zusammengerechnet in allen Badeanstalten ist es etwa 30-mal pro Jahr, dass jemand im Wasser gerettet werden oder irgendeine Hilfestellung im Wasser geleistet werden muss. Es passiert also nicht allzu viel, aber es passiert hin und wieder. Und für diese Momente gibt es eben eine Badeaufsicht.
Das ist auch in der neuen Schwimmhalle Neufeld so. Wieso braucht es jetzt aber auch noch eine technische Unterstützung? Ich habe es vorhin schon gesagt, die Schwimmhalle ist sehr gross. Es muss eine grosse Fläche überblickt werden und das ist manchmal gar nicht so einfach. Manchmal sieht man von blossem Auge gar nicht, dass jemand in Not ist. Das kennt man ja, wenn man so ein bisschen über das Wasser schaut, dann hat es Reflexionen und man sieht eigentlich gar nicht in das Wasser hinein und runter, was dort unten eigentlich passiert. Oder es bekommt schlichtweg niemand mit, dass jemand in Not ist, weil vielleicht die Badeaufsicht mit etwas anderem beschäftigt ist; wenn jemand verarztet werden muss oder jemand einfach nur eine kurze Frage hat. Dann gibt es auch den Fall, dass halt vielleicht etwas passieren kann und man gerade nicht hinschaut. Und genau dafür sollte das System sein, das da eingeführt werden soll. Es verkürzt schlussendlich die Reaktionszeit im Fall der Fälle nachweislich.
Aber es müssen eben dann trotzdem Menschen hin, wenn gerettet werden muss. Es ist deshalb wichtig zu betonen, dass das System kein Ersatz für die Badeaufsicht ist, sondern eine Unterstützung. Es gibt keine Zeiten, an denen weniger Personen der Badeaufsicht vor Ort sind. Es gibt auch keine Kosteneinsparungen wegen des Systems, denn es braucht noch immer eben gleich viele Aufsichtspersonen, die schlussendlich schauen, was genau passiert ist. Diese müssen nach wie vor in den Einsatz und jemanden retten.
Wie funktioniert das System, das in Betrieb genommen werden soll? "Deep Vision" heisst es. Das Sportamt hat verschiedenste Systeme im In- und Ausland, wenn möglich sogar vor Ort, unter die Lupe genommen. Es gibt Systeme, die mit Kameras unter Wasser funktionieren, aber Unterwasser-Kameras wollte das Sportamt definitiv nicht. Deep Vision hingegen schaut von oben nach unten, also von der Decke. Die Umrisse und die Bewegungen der Personen werden mit KI analysiert. Es geht also um Bewegungsmuster und nicht um das Filmen von Personen. Wenn das System schlussendlich entdeckt, dass jemand in Not ist, sendet es einen Hinweis auf eine Uhr, die die Badeaufsicht trägt, und dann kann man sofort kontrollieren, was dort genau ist und kann allenfalls helfen. Wichtig ist zu betonen, dass das System nur Live-Bilder analysiert. Es werden keine Aufzeichnungen gemacht. Es werden weder Personen identifiziert noch persönliche Informationen jeglicher Art gesammelt. Aber obwohl das System nur von oben filmt und nur an Bewegungen von Personen interessiert ist – es filmt eben trotzdem. Und darum müssen wir das genehmigen. Gemäss Artikel 2 des Reglements über die

Videoüberwachung auf öffentlichem Grund und zum Schutz von öffentlichen Gebäuden entscheidet der Stadtrat, ob eine Video-Anlage angebracht und in Betrieb genommen werden darf. Und das muss dann auch öffentlich publiziert werden. Die Videoüberwachung muss vor Ort klar gekennzeichnet werden und darf nur für den Zweck genutzt werden, für den sie zugelassen wurde. Zusätzlich gibt es Datenschutzbestimmungen, die man beachten muss. Ich gehe in dem Fall nicht auf alle Details ein. Ihr habt sie selber im Vortrag lesen können. Ihr habt aber auch im Vortrag lesen können, dass das alles sehr sauber abgeklärt und abgesegnet wurde. Die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz (FADS) der Stadt Bern hat das Ganze detailliert unter die Lupe genommen und kommt zum Schluss, dass das System datenschutzkonform ist.
Auch mit der Kapo wurde rückgesprochen und sie bestätigt, dass das System den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Noch kurz zu den Kosten, obwohl es eigentlich gar nicht darum geht. Es kostet bei der Anschaffung 110'000 Franken und jährlich für den Betrieb und Wartung 20'000 Franken. Diese Investition ist aber Teil des Baukredits und die Betriebskosten sind Teil der jährlichen Heiz- und Betriebskostenabrechnung der Schwimmhalle Neufeld. Wir beraten hier also nicht über die Kosten, sondern wir beraten schlicht und einfach über die Genehmigung der Videoüberwachung, die nötig ist, damit schlussendlich das System funktioniert. Eben, ich habe es anfangs gesagt, normalerweise heisst es: Wieso muss zuerst etwas passieren, bis etwas gemacht wird? Es ist toll, dass das Sportamt hier agiert und nicht nur darauf reagiert, und dass der Gemeinderat uns das so vorlegt. Es ist gut, dass man verschiedene Systeme, auch zum Teil vor Ort, angeschaut hat. Man hat rote Linien gezogen, wie eben zum Beispiel, dass nichts aufgezeichnet werden darf. Es darf keine Kameras unter Wasser geben und so weiter und man hat schlussendlich ein System gefunden, das von allen Stellen als datenschutzkonform bewertet wird. Insofern auch Merci an Christian Bigler und sein ganzes Team für die Arbeit. Die Kommission beantragt einstimmig mit 1 Enthaltung dem Stadtrat, die Videoüberwachung zu genehmigen.
Kritik gab es einzig grundsätzlich wegen Videoüberwachung und deshalb eben auch bei der Enthaltung. Wenn wir diese Genehmigung sprechen, wird es dann noch öffentlich, also offiziell publiziert, und schlussendlich wird der Gemeinderat mit der Umsetzung beauftragt. Und noch ein ganz kurzes Fraktionsvotum. Es ist nur ein Satz. Selbstverständlich sagen wir als Fraktion FDP/JF Ja zu diesem Geschäft.

Präsidentin: Danke, Nik. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Dominic Nellen für die SP-Juso.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Unsere Fraktion steht bekanntlich der Kameraüberwachung sehr kritisch gegenüber. Hier haben wir aber ein System, das nicht die Badegäste überwacht, sondern die Sicherheit der Badegäste erhöht. Eine videobasierte Wasserüberwachung. Nik Eugster hat es vorhin im Detail vorgestellt. Wir unterstützen das Wasserüberwachungssystem, insbesondere darum, weil weder Personen identifizierbar noch persönliche Informationen gesammelt werden. Auch schätzen wir, dass die FADS von Anfang an einbezogen wurde, dass sie das System als datenschutzrechtlich okay einschätzt.
Und wie es Nik sinngemäss auch schon sagte: Auch, wenn nur ein Leben gerettet werden kann, hat sich das System schon gelohnt. In diesem Sinn erteilen wir dieser Videoüberwachung entgegen unserer Grundhaltung zu Videoüberwachungen Zustimmung.

Präsidentin: Merci, Dominic. Dann kommt Seraphine Iseli für die GB/JA!-Fraktion.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Ich kann mich meinem Vorredner in sehr vielen Punkten anschliessen. Auch der GB/JA!-Fraktion scheint die technische Unterstützung hier durch Videoüberwachung grundsätzlich sinnvoll, weil die Schwimmhalle die Grösse eines öffentlichen Hallenbads hat, das es in der Stadt Bern bisher nicht gegeben hat. Und das ist für Schwimmer*innen einerseits sehr cool, aber eben wirklich auch: Für die Schwimmaufseher*innen stellt es eine grosse Herausforderung dar, immer das ganze Bad im Blickfeld zu haben. Ich begrüsse sehr, dass wir die Diskussion hier im Rat führen müssen, weil es auch uns wichtig ist, dass der Einsatz einer Videoüberwachung immer im Einzelfall geprüft wird, wie es eben hier gemacht wurde, und einzeln bewilligt werden muss, weil eine Videoüberwachung ja immer ein Eingriff in die Grundrechte ist und darum auch gut begründet und sinnvoll sein muss, was uns da der Fall zu sein scheint. Denn es geht auch nicht darum, dass eine totale Sicherheit nachher vorgegaukelt wird, sondern es ist wirklich eine Unterstützung, die Bewegungsmuster erkennt und so nachher unmittelbar durch die Überwachung Leben gerettet werden können.
Für uns zentral ist, dass die technische Unterstützung keine menschlichen Aufseher*innen ersetzen wird, denn das ist ja nicht die einzige Aufgabe von Aufseher*innen, dass sie sehen, wenn jemand ertrinkt. Aber das ist eben der Fall im Geschäft. Das finden wir gut; auch, dass die Daten nicht aufgezeichnet werden. Und wir finden es super, dass die Datenschutzbeauftragte der Stadt Bern so früh einbezogen wurde, weil diese Fachstelle ja wirklich auch eine Ressource ist, die einbezogen werden soll in diese Geschäfte. Und deshalb wird die GB/JA!-Fraktion diesem Geschäft ebenfalls zustimmen.

Präsidentin: Merci, Seraphine. Gibt es Einzelvoten? - Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort. – Willst du etwas sagen als Einzelvotant? Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich bin Mitglied des SLRG (Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft) und werde zwischendrin etwa aufgeboten, Badeaufsicht zu machen, vor allem im Sommer. Und dabei ist es einfach schon so – ich will euch das ans Herz legen – jetzt bei den 50 Meter-Becken: Wenn ihr am Rand entlanggeht und das Becken überwacht, könnt ihr das Mittelfeld der Wasseroberfläche schlecht einschätzen und kaum beurteilen, ob dort eine Gefahr besteht oder nicht oder ob irgendjemand Mühe hat im Wasser. Das seht ihr nicht und dank dieser geplanten Videoüberwachung kann man die Wasseroberfläche auf der gesamten Linie kontrollieren. Also es ist ziemlich mühsam, jetzt gerade bei den grösseren Becken. Bei den 25 Meter-Becken kann es vielleicht noch gehen, dann hat man genügend Weitsicht, aber jetzt bei den 50 Meter-Becken, wo alles recht gross ist, ist man darauf angewiesen, dass man hundertprozentige Wassersicherheit, also von der Oberfläche, hinbringt. Und das ist nur möglich mit einer Videoüberwachung. Danke.

Präsidentin: Merci, Ueli. Dann kommt jetzt Franziska Teuscher für den Gemeinderat.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Nach dem Votum des Fachmanns Ueli Jaisli – ich habe nicht einmal gewusst, dass du auch noch Wasserflächen überwachst, aber du bist wohl der beste Schwimmer hier im Stadtrat – und nach den Voten des Kommissionssprechers und den 2 Fraktionen kann auch ich es sehr kurz machen.
Herzlichen Dank für die positive Aufnahme dieser Videoüberwachung. Der Gemeinderat war sich damals bewusst, dass Videoüberwachungen ein Politikum sind, und es ist aus meiner Sicht auch richtig, dass sie ein Politikum sind. Nik Eugster hat gesagt, warum immer erst etwas passieren muss, bevor man handelt. Man muss sagen, jeder Unfall in einer Schwimmanlage ist zu viel, wenn man ihn hätte verhindern können, wenn

man jetzt moderne Mittel eingesetzt hätte, die eben präventiv auch sein können, die dazu führen können, dass die Aufsicht, die heute schon sehr gut ist, noch besser sein kann. Und auf der anderen Seite ist es dem Gemeinderat auch ganz wichtig, auch noch hier zu betonen: Es geht uns nicht darum, Personal einzusparen. Also gebe ich euch auch wirklich mit auf den Weg: Sagt nicht plötzlich, wenn irgendwelche Sparmassnahmen anstehen: Jetzt haben wir doch eine gute Videoüberwachung. Jetzt könnten wir Personal einsparen. Nein, das könnt ihr nicht, denn der Kern unserer Aufsicht in den Becken ist weiterhin das Personal. Sie sind da, aber diese Massnahme ist eben auch gut für das Personal, weil das Personal damit auch ein bisschen entlastet wird. Und es ist auch nicht die Absicht des Gemeinderates, Badende zu überwachen.
Ich danke auch der Fachstelle für Datenschutz und der Kantonspolizei, dass sie wirklich von Anfang an mitgearbeitet haben, weil es recht komplex war, weil man so ein Verfahren noch nie durchgespielt hatte in der Stadt Bern. Aber ich bin auch sehr davon überzeugt, dass das wichtig ist, dass wir das machen. Für das Sportamt, für mich als zuständige Sportdirektorin hat die Videoüberwachung eine grosse, grosse Wichtigkeit und daher denke ich, nehme ich jetzt einmal schon vorweg: Ihr werdet diesem Geschäft hoffentlich grossmehrheitlich zustimmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar stimmen wir über die Allgemeinverfügung zur Videoüberwachung ab und über den Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 014

2016.SR.000196	
Annahme	
Ja	61
Nein	0
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag zugestimmt.

2016.SR.000196

15 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GB/JA!, FDP, GFL/EVP, SVP, GLP, AL/GPB-DA/PdA+ (Katharina Altas, SP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Seraina Patzen, JA!/Barbara Freiburghaus, FDP/Manuel C. Widmer, GFL/Roland Jakob; SVP/Ursina Anderegg, GB/Michael Daphinoff, CVP/Melanie Mettler, GLP/Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA): Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brünnenguts; Abschreibung

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 15. Es handelt sich um eine Abschreibung und diese Abschreibung war in der Kommission bestritten. Daher wurde sie für den Stadtrat traktandiert. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, David Böhner.

David Böhner (AL) für die SBK: Ich halte mich kurz. Wie wir ja wissen, ist die Motion aus dem Jahr 2016 auf gutem Weg. Der Stadtrat hat Anfang Jahr entschieden, dass der Brünnenhof der Stiftung B im Baurecht abgegeben wird, damit dort ein Jugendtreff

eingerichtet werden kann. Deshalb beantragt der Gemeinderat, die Motion als Ganzes abzuschreiben. Wir haben uns in der SBK aber gegen die Abschreibung von Punkt 4 ausgesprochen, also nur von Punkt 4, mit 6 Nein-Stimmen gegen 5 Ja-Stimmen. Punkt 4 der Motion verlangt, dass eine andere Lösung gesucht werden soll, falls der Umsetzung im Brünnengut etwas im Weg stehen sollte. Niemand rechnet damit, dass noch etwas schiefgeht bei diesem Geschäft. In der Kommission ist informiert worden, dass das Baugesuch im August 2024 publiziert werden soll und der Baustart im Jahr 2025 vorgesehen ist, sofern es keine Einsprachen gibt, die alles noch verzögern. Der Bezug wäre dann für den Sommer 2026 vorgesehen.
Wie gesagt, wünscht sich die Mehrheit der SBK, dass die Fristverlängerung von Punkt 4 der Motion bis Ende 2026 gewährt wird, wie ihr das im Antrag nachlesen könnt. So sind wir auf der sicheren Seite, bis alles dann wirklich im Trockenen ist. Merci, dass ihr dieser Fristverlängerung zustimmt.

Präsidentin: Danke, David. Die Einreichenden haben auf das Wort verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Janosch Weyermann von der SVP.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich nehme die Abschreibung oder eben die nicht gewollte Abschreibung gerne zum Anlass, noch einmal darauf hinzuweisen, auf den Skandal, der sich hier zugetragen hat vor ein paar Monaten, als man das Geschäft, das auf die Motion zurückgeht, hier behandelt hat. Ich muss etwas ausholen. Es geht ja um die 2016 eingereichte breit abgestützte – von SVP bis links aussen – Motion, dass man eben im Bereich des Brünnenhofs das Jugendhaus baut, dieses finanziell unterstützt, also nicht baut. Man baut es einfach um oder macht einfach etwas für den Toj (Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern). Und schlussendlich hat uns nachher der Gemeinderat eine Vorlage vorgelegt, die einfach wirklich haarsträubend war, ein absoluter Skandal. Man nimmt ein Brünnengut, das einen amtlichen Wert hat von 1,5 Mio. Franken in den Büchern ist, Vermögenswert 850’000 Franken, und verschenkt es einer Stiftung für 200’000 Franken. Ich frage mich einfach: Wo leben wir? Und ich staune bis heute, dass das noch kein Medium aufgenommen hat, denn das ist wirklich ein Skandal, den es, glaube ich, so gar nicht geben darf. Und darum, ich finde es nach wie vor haarsträubend, dass man das überhaupt gemacht hat, dass so etwas legal ist. Und es mag sein, dass man das damals breit abgestützt eingereicht hat. Auch wir von der SVP waren für den Vorstoss, aber damals hat man nicht davon geredet, dass die Übung so viel kosten wird, denn es ist ja nicht nur, dass man die Liegenschaft verschenkt, nein, man zahlt den künftigen Mietern auch noch die Miete. Also man zahlt eigentlich nachher noch 80’000 Franken jährlich Miete. Man mietet sich selbst noch ein, weil man schon heute als Stadt Bern diese Räumlichkeiten nutzt.
Ich habe einfach gedacht, ich müsse das jetzt einmal sagen. Und wir werden der Abschreibung entsprechend zustimmen und dem Antrag nicht zustimmen, weil wir einfach der Meinung sind, dass das Geschäft auf Feld 1 zurückmuss. Da muss man andere Lösungen bringen. Das geht so nicht.

Präsidentin: Merci, Janosch. Gibt es Einzelvoten? – Dann hat die Gemeinderätin das Wort. Sie verzichtet.
Wir stimmen zuerst ab über die Abschreibung von Punkt 1 bis 3 und nachher stimmen wir ab über die Abschreibung von Punkt 4. Der erste Teil ist Abschreibung von Punkt 1 bis 3.

Abstimmung Nr. 015

2016.SR.000196: Abschreibung Punkt 1 – 3	
Annahme	
Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dieser Abschreibung einstimmig zugestimmt. Wir stimmen ab über die Abschreibung von Punkt 4.

Abstimmung Nr. 016

2016.SR.000196: Abschreibung Punkt 4	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	43
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Abschreibung abgelehnt. Und darum stimmen wir ab über den Antrag der SBK – ihr findet ihn auf der Antragsliste –, der eine Fristverlängerung fordert bis Ende 2026.

Antrag
1 SBK:
Die Frist für Punkt 4 der Motion ist bis Ende 2026 zu verlängern.

Abstimmung Nr. 017

2016.SR.000196: Antrag 1	
Annahme	
Ja	47
Nein	18
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dieser Fristverlängerung zugestimmt.

2019.SR.000348

16 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst?

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 16. Das ist eine Interpellation. Ist die Diskussion gewünscht von den Einreichenden? Sie ist gewünscht. Wenn 1/3 der anwesenden Stadtratsmitglieder zustimmen, ist die Diskussion gewährt, und sonst haben die Einreichen Zeit für eine kurze Erklärung. Wir stimmen zuerst darüber ab, ob die Diskussion gewährt ist.

Abstimmung Nr. 018

2019.SR.000348: Diskussion	
1/3-Quorum erreicht	
Ja	56
Nein	10
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Szabolcs Mihàlyi für die Einreichenden.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Einreichenden und die Fraktion: Ich spreche auch gleichzeitig für die Fraktion. Ehrlich gesagt, erkenne ich in diesen Zahlen, die in dieser Interpellation genannt werden, 32 Jahre rot-grünes Regieren nicht wirklich wieder, ausser vielleicht bei der Aufwertung einzelner Quartiere wie Länggasse, Breitsch (Breitenrain) und Lorraine und die damit verbundene die Gentrifizierung. Die Übertrittsquote wächst konstant in der Länggasse und im Breitsch, wo vieles für die Aufwertung gemacht wurde, wo aber gleichzeitig auch bezahlbarer Wohnraum für Familien mit geringem Einkommen immer rarer wird. Zur Erinnerung: Das Thema dieser Interpellation ist die fehlende Chancengerechtigkeit in den Schulen dieser Stadt. Hier geht es um die Zukunft der Kinder, ihre Möglichkeiten sozial aufzusteigen durch Chancen in der Bildung, die sie bekommen, durch die Unterstützung, die sie in den Schulen bekommen, unabhängig davon, wer ihre Eltern sind, eine gerechte Bildungschance zu bekommen.
Aber die Antwort sagt eigentlich klar alles zu dieser Interpellation, dass nämlich alle ausser dem Gemeinderat irgendwie in der Verantwortung stehen. Ich gehe mal die einzelnen Fragen und die Antworten durch. Die Antwort zur Frage 5: Die Volksschulkonferenz ist schuld und somit auch die Schulkommissionen der Schulkreise. Die Antwort zur Frage 6: Das Schulinspektorat, also der Kanton, ist schuld. Angeblich sind keine klaren Zahlen vorhanden. Selbst wenn das zutreffen würde, auf Seite 1 dieser Interpellation haben die Interpellanten relevante Zahlen geliefert. Auch liegen den Schulleitungen für die eigenen Schulen stets aktuelle und relevante Zahlen vor. Warum den Kanton fragen, wenn die Stadt eigene Zahlen hat, die dann nicht abgerufen werden, die das Ausmass dieses Problems aufzeigen würden? Die Antwort des Gemeinderats auf die Frage 7: Die Verantwortung liegt bei den Lehrpersonen. Wahrscheinlich ist das die frechste Antwort, der frechste Vorwurf an die hart arbeitenden Lehrpersonen in dieser Stadt, seit einer gesagt hat, sie seien halt nicht mit moderner Technik vertraut und das sei die Ursache des Problems bei Base4Kids. Antwort zu Frage 8: Die Schulen vor Ort sind in der Pflicht und die Stadt überprüft nicht genau, was dort gemacht wird. Also man fragt sich, warum das nicht überprüft wird, und zweitens schauen die Kommissionen sehr genau, wie die Schulen arbeiten. Die Antwort auf die Frage 9: Die Eltern stehen in der Pflicht. Das sind die Eltern, die gemäss der vorliegenden Gemeinderatsantwort zur Frage 2 selbst bildungsfern sind in den betroffenen Quartieren, sprachliche Hürden haben und ein fehlendes Verständnis des Schweizer Schulsystems haben, wie meine Eltern das auch hatten. Antwort auf die Frage 10: Die Schulleitungen sind zuständig, denn die machen ja die Klassenzuteilung – eine besonders abenteuerliche Argumentation. Wie ich selber weiss aus der Schulkommunikation Bethlehem, das gilt übrigens auch für Bümpliz und auch für andere Schulen: Die Klassenzuteilungen sind durch Schulkreise eingegrenzt. Weder die Schulleitungen noch die Schulkommissionen haben darauf Einfluss, wo die Schulkreise liegen. Allein der Gemeinderat könnte das machen. Eine Schule kann nur im eigenen Kreis Kinder hineinnehmen. Sie kann dadurch

nicht Einfluss nehmen auf die nötige Durchmischung, wenn die Durchmischung in dem Quartier nicht da ist. Es gibt mehr als genug Lösungsansätze für die vorliegenden Probleme dieser Interpellation. Es ist sicher richtig, die vielen Beteiligten im Schulsystem, auch Lehrkräfte, Schulkommissionen, Eltern, Schulleitungen, von mir aus auch die Kinder und natürlich die Quartiere bei der Gestaltung partizipieren zu lassen; auch den Kanton, der vieles beaufsichtigt und bezahlt. Aber keine dieser Stellen hat die konkrete Aufgabe, Möglichkeiten oder Zugang zu den Ressourcen anzubieten, um die schweren Probleme bei den Bildungschancen zu beheben, wie sie hier herausgestrichen werden. Und sie sind auch nicht in der Verantwortung. Es ist unentschuldbar, dass der Gemeinderat die Bildungschancen und die sozialen Aufstiegschancen eines grossen Teils der Berner Schulkinder auf Institutionen abschiebt, die einfach nichts daran ändern können. Es gibt die Möglichkeit, diese Situation zu verbessern. Die Stadt Zürich beispielsweise rechnet einen eigenen Index, um, wenn nötig, zusätzliche Projekte in den einzelnen Schulanlagen zu finanzieren. Rund ein halbes Dutzend Schulen in Bern hätten nach dem sogenannten QUIMS-Index Anspruch auf zusätzliche Gelder. Die Schulen selber im Westen von Bern und anderswo haben ein Projekt Brennpunkt-Schulen angestossen, Abgesehen davon, dass man gefordert hat, den Namen zu ändern, weil Brennpunkt-Schulen ein bisschen schlimm tönt, was genau richtig ist – sie heissen jetzt Blickpunkt-Schulen – ist vom Gemeinderat aus seither eigentlich nicht viel passiert. Aber noch einmal zur Antwort auf die Frage 5: Angenommen, die Volksschulkommission ist tatsächlich schuld, wie der Gemeinderat sagt, diese Volksschulkommission wird, wie ich schon seit Jahren sage, unter Missachtung der Gewaltenteilung durch die Bildungsdirektorin geleitet. Irgendwo muss die politische Verantwortung ja liegen. Sie liegt beim Gemeinderat. Vielleicht ist man sich wenigstens dort der politischen Verantwortung bewusst und man entschuldigt sich bei den Kindern, ihren Eltern und der Öffentlichkeit wegen verspielten Bildungschancen und verhindertem sozialen Aufstieg und gesellschaftlicher Integration. Am besten macht das vielleicht der Stadtpräsident, so wie er es schon bei Base4Kids einmal gemacht hat. Merci.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Wir fahren mit den Fraktionserklärungen nach der Pause weiter. Ueli Jaisli wird nachher noch schnell etwas zum Aareschwimmen sagen. Zuerst darf ich euch bitten, pünktlich um 20.30 Uhr wieder da sein. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass man jeweils unten vor dem Haus wartet und noch etwas redet. Das Problem ist, dass alle anderen, die pünktlich hier sind, nachher nicht weiterfahren können. Darum kommt doch rauf, badget euch ein. Und nachher könnt ihr wieder machen, was ihr wollt. Ich gebe das Wort Ueli Jaisli. Gute Pause.

Ueli Jaisli (SVP): Das Aareschwimmen findet statt. Wir haben ganz gute Bedingungen im Moment – Sonnenschein, warmes Wasser. Die Aare hat sicher gut 20 Grad und die Wassermenge stimmt auch. Wir werden uns etwa um 19.30 Uhr im Marzili unten treffen, beim Haupteingang, und gehen schwimmen. Es gibt nachher noch ein kleines Abendessen und dann sollten wir, wie Valentina schon gesagt hat, pünktlich um 20.30 Uhr wieder oben sein. Bis gleich, tschüss zusammen.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

22.10.2024

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

01.10.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Michael Burkard
Francesca Chukwunyere
Nik Eugster
Jelena Filipovic
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Thomas Hofstetter
Matthias Humbel
Stephan Ischi
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Fuat Köçer
Nora Krummen
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Denise Mäder
Esther Meier
Daniel Michel
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Mahir Sancar
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser
Mirjam Arn
Sibyl Eigenmann
Muriel Graf
Ingrid Kissling-Näf
Sofia Fisch
Salome Mathys
Claudio Righetti
Judith Schenk

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Reto Nause SUE
Michael Aebersold FPI
Franziska Teuscher BSS
Marieke Kruit TVS

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2019.SR.000348

16 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst?

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen herzlich willkommen zurück nach der Pause um 20.32 Uhr. Es ist schon eine grosse Verbesserung da. Wir sind bei Traktandum 16, bei den Fraktionserklärungen. Gibt es Fraktionserklärungen? Franziska Geiser für die GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Wenn wir wissen wollen, wie erfolgreich ein Kind das Bildungssystem durchlaufen wird, brauchen wir eigentlich nur ein Messband oder einen Meter. Wir können ja zum Beispiel einmal messen, wie viele Meter Bücher in einer Wohnung herumstehen. Da könnt ihr jetzt einmal etwas lernen. Da könnt ihr das ausmessen, wie viele Bücher in einer Wohnung stehen und je mehr Bücher in einer Wohnung sind, desto länger geht das Kind, welches in dieser Wohnung lebt, in die Schule. Länger in die Schule zu gehen, heisst nachher am Schluss einen höheren Bildungsabschluss. Wir können aber auch viel banaler messen, wie viele m^2 der Wohnraum gross ist, der das Kind bewohnt. Je grösser, je erfolgreicher das Kind. Die Untersuchungen, die das gezeigt haben, sind zwar schon ein bisschen älter, aber der Befund stimmt noch immer. Die Bildungschancen eines Kindes hängen von vielen Faktoren ab, die nichts mit Talent oder Neigungen zu tun haben. Die Schweizer Meritokratie, die davon ausgeht, dass jedes Kind erfolgreich sein kann, wenn es das Bleistift spitzt und sich genug anstrengt, funktioniert halt leider nicht. Nicht alle Kinder und Jugendlichen haben die Chance, sich in der Schule nach ihren Talenten und Interessen zu entfalten. Das ist wohl das grösste Problem unseres Bildungssystems. Das ist auch kein Berner Problem, das ist schon etwas grösser. Ich habe auch noch nie gehört, dass Zürich die Problematik nicht hat. Wenn ich die Interpellation richtig verstanden habe – ich war nach dem Votum nicht mehr ganz sicher, weil ich es nicht ganz verstanden habe –, aber wenn ich es richtig verstanden habe, fragt die Interpellation ein bisschen polemisch, ob der Wohnort darüber bestimmt, was aus einem Kind wird. Die Antwort ist wohl Jein, auf eine Art ist das natürlich schon so, auch in einem weiteren Sinn. Andere Kantone haben zum Beispiel ganz andere Quoten von Gymnasium-Übertritte. In Genf ist die Wahrscheinlichkeit, eine gymnasiale Matura zu machen, viel höher als in Uri.
Auf der anderen Seite ist zum Beispiel die Chance, der Sek-Übertritt zu schaffen für ein Kind, sagen wir aus bildungs-bürgerlichem Milieu in Bethlehem, höher als im Kirchenfeld. Wir wissen ja, dass die Noten nur messen, wo sich die Leistungen eines Kindes innerhalb einer Klasse bewegen. Ja, ausschlaggebend ist eben in dem Sinn nicht der Wohnort. Ausschlaggebend ist der Grad der formalen Bildung. Ich würde auch nicht von Bildungsfern reden, aber es ist der Grad der formalen Bildung und es sind die finanziellen Ressourcen der Eltern. Benachteiligt sind Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind. Was kann man dagegen machen? Auch da deuten die Interpellanten mit ihren Fragen eigentlich die Antwort schon an. Je weniger Selektion, desto mehr Bildungsgerechtigkeit. Klar wäre es schön, wenn mehr Schulen in Bern auf das Modell 4 umstellen würden, wo der Unterricht in niveaudurchmischten Klassen stattfindet und die Jugendlichen nicht getrennt werden in Sek- und Real-Niveau. Aber das Modell den Schulen vorzuschreiben kann ja nicht die Lösung sein.

Bern ist ein konservativer, bürgerlicher Kanton. Bildung ist vor allem Kantonssache. Ich glaube, wenn wir die Autonomie der Schulen in dieser politischen Landschaft beschneiden, machen wir keinen Fortschritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit. Also einfach zu sagen, die Politik müsse, finde ich halt noch eine etwas schwierige Haltung. Als Gemeinde können wir wohl nicht den ganz grossen Masterplan entwerfen, aber es gibt zum Glück schon Handlungsspielraum. Wir wissen, sozial benachteiligte Kinder haben schon im Kindergarten oder im Basisstufenunterricht Lücken, die sie nie mehr schliessen können, bis sie fertig sind mit der Schule. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir die Kitas als Bildungsorte verstehen und dass wir für armutsbetroffene Familien die Schwelle, ihre Kinder in eine Kita zu schicken, abbauen und dass wir die Familien auch finanziell unterstützen. Wichtig ist auch eine gute Lernbegleitung der Kinder, die diese Unterstützung brauchen und eben nicht von den Eltern bekommen können. Zentral ist auch die Rolle der Schulsozialarbeit. Auch die Schulsozialarbeiter*innen können Kinder unterstützen. Es geht bei Bildungsgerechtigkeit nicht nur darum, dass Kinder und Jugendliche französische Wörter repetieren müssen, es geht vor allem darum, dass Begabung und Leistungsbereitschaft nicht nur individuelle Eigenschaften sind, sondern auch abhängig von der Position eines Kindes im sozialen Raum.
Hier kann natürlich die Schulsozialarbeit auch gut wirksam werden. Den Ansatz Schulkreise neu zu bilden, sodass zwischen den Schulen eine bessere soziale Durchmischung besteht, dass müssten wir eigentlich auch einmal seriös anschauen und überlegen. Es gibt natürlich auch didaktische Konzepte wie differenzierende Unterrichtsplanung, die Ungleichheiten lindern können. Das ist halt auch so, dass es auch mit dem Unterricht zusammenhängt. Aber wenn die Lehrpersonen die Konzepte umsetzen sollten, brauchen sie auch wieder Zeit und Raum und Reflexionsmöglichkeiten. Dann müsste man halt den Lehrpersonen auch entsprechenden Raum und Anstellungsbedingungen geben. Das ist ja auch wieder etwas, auf das wir jetzt als Gemeinde auch weniger Einfluss haben. Schliesslich müssen wir, wenn wir mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen wollen, vor allem etwas machen. Wir müssen überall, wo wir können, gegen Armut kämpfen.

Präsidentin: Danke, Franziska. Dann kommt Mirjam Roder für die GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Durch die Interpellation habe ich gelernt, dass ich irgendwo in die Schule gegangen bin, die gemäss Sozialindex als hoch belastet gilt. Das war mir nicht so deutlich bewusst. Mir ist hingegen schon damals aufgefallen, wie wenig Schüler*innen bei uns in Bethlehem in die Sekundarschule oder vor allem ins Gymnasium gegangen sind. Es haben uns auch immer wieder Mitschüler*innen verlassen, weil ihre Eltern in ein anderes Quartier gezogen sind, mit der Begründung, dass sie ihren Kindern bessere Chancen bieten wollen. Und immer wieder einmal haben wir uns nachher, als wir in der Lehre gewesen sind, gefragt, ob wir jetzt eigentlich im Gymnasium wären, wenn wir in einem anderen Quartier aufgewachsen wären. Vielleicht nicht, vielleicht aber schon.
Der Titel dieser Interpellation fragt danach, ob der Wohnort bestimmt, was man wird. Wenn man die aufgeführte Sek-Real-Übertrittsquote anschaut, die zeigt, dass im Jahr 2018 im Schulkreis Kirchenfeld-Schosshalde 80,4% in die Sekundarschule sind und im Schulkreis Bethlehem gerade mal 33,9%, dann will man diese Frage fast mit Ja beantworten. Viele von euch haben sicher auch den Bund-Artikel gelesen, in dem über Langzeitstudien berichtet wird, die zeigen, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ein Bildungssystem hat, das durch ein hohes Mass an Chancenungleichheit geprägt ist. Im Artikel wird auch noch einmal gesagt, dass der Übertritt immer

die bedeutendste Barriere in der Schulkarriere sei. Ich würde behaupten, dass es der Übertritt in die Sek oder Real ist, denn nur in der Sek wird überhaupt über diesen Übertritt ins Gymnasium diskutiert, was in der Realstufe kaum ein Thema ist. Und wie ich schon beim Vorstoss, als es um die Gymnasialübertritte ging, betont habe, geht es nicht nur darum, dass nicht-akademiker Eltern weniger Ressourcen zur Förderung ihrer Kinder zur Verfügung haben – was natürlich ein sehr wichtiger Faktor ist – aber auch, was die Eltern, die Lehrpersonen und die Kinder selber für Erwartungen an Kinder aus Arbeitern- und auch aus Migrationsfamilien haben. Und da gibt es mehr als genug Studien, die zeigen, dass man ihnen einfach weniger zutraut und weniger Potenzial attestiert und sie deswegen bevorzugt in die Realschule oder eben nicht in das Gymnasium schickt. Gut, aber die Frage ist, was machen wir jetzt damit? Es ist klar, dass die Stadt Bern schon sehr viel macht in diesem Bereich. Der Gemeinderat führt in seiner Antwort das Frühförderungsprogramm Primano auf, das einen sehr wertvollen Beitrag leistet, aber auch Schulsozialarbeit, Elternkaffees und vieles andere.
Eine Massnahme, die im Vorstoss bisher noch nicht gekommen ist, ist die Anerkennung von gewissen Schulen als sogenannte Brennpunkt-Schulen, wie es schon Szabolcs Mihàlyi ausgeführt hat, wobei man eben einen besseren Begriff wählen sollte, wie zum Beispiel "Schulen mit besonderen Herausforderungen" oder eben "Blickpunkt Schulen", wie es Szabolcs gesagt hat. Das, weil der Begriff Brennpunkt-Schulen mittlerweile selten im Kontext mit lösungsorientierten Fragen nach Chancengerechtigkeit fällt, häufig mit Stereotypen und Stigmatisierung verbunden ist und so zu einer selbst-erfüllenden Prophezeiung werden kann. Was aber dahintersteckt, egal wie man es jetzt nennt, ist, dass nicht alle Schulen in der Stadt Bern die gleichen Herausforderungen haben und somit auch nicht alle gleichbehandelt werden sollten. Mir ist bewusst, dass das auch jetzt schon der Fall ist und dass Bethlehem auch schon mehr von den zugesprochenen Unterstützungslektionen des Kantons bekommt als andere Schulkreise. Der Punkt ist aber leider, es reicht nicht. Bei der Sprachstanderhebung, die im Jahr 2020 in der Schule Schwabgut durchgeführt worden ist, heraus, dass die Schüler*innen der Oberstufe im Schwabgut in allen Fächern über einen sehr tiefen Sprachstand verfügen und eine umfassende Förderung zwingend notwendig sei. Viele von diesen sind mittlerweile schon aus der Schule.
Der Gemeinderat hat einmal gesagt, dass weil nicht mehr Mittel gesprochen werden können, es zu einer Umverteilung kommen würde, wenn man Bethlehem mehr Mittel gibt und diese nachher bei anderen Schulkreisen fehlen würden. Das sollte sicher nicht das Ziel sein. Die Anerkennung einer solchen Schule würde aber die erhöhten Mittel für die Umsetzung von weiteren Massnahmen rechtfertigen und ermöglichen. Massnahmen wie kleinere Klassen, mehr Räume, Team-Teaching, noch mehr Unterstützungslektionen oder auch die Berücksichtigung, dass für viele Kinder in Bethlehem Französisch nach Englisch nicht die zweite, sondern die dritte Fremdsprache ist. Das alles kostet Geld, ich weiss. Und es ist auch klar, dass man leider nicht viel vom Kanton erwarten kann, und vom Fachkräftemangel müssen wir gar nicht erst anfangen zu reden. Aber klar ist, dass wir die von der Verfassung und vom Lehrplan geforderte Chancengerechtigkeit mit den herkömmlichen Mitteln nicht erreichen. Es braucht andere und neue Ansätze. Und es kann doch nicht sein, dass nachher die Folge davon ist, dass die, die es sich leisten können dann halt eben in ein anderes Quartier ziehen, damit ihre Kinder bessere Chancen haben. Dann verstärkt sich der Effekt der geringen Durchmischung noch einmal mehr. Das sieht man auch an der Übertrittsquote, die von Jahr zu Jahr mehr auseinanderdriften. Ich habe wirklich auch keine Patentlösung. Vielleicht wäre ein Verzicht auf eine frühe Selektion wirklich ein guter Ansatz. Ich weiss es nicht. Was aber klar ist, ist, dass da noch einiges passieren muss und dass es sich ganz

sicher auch lohnt, dort zu investieren und halt auch Geld in die Hand zu nehmen, weil das uns früher oder später noch um die Ohren fliegen wird, auch finanziell. Da bin ich mir sicher. Merci.

Präsidentin: Danke, Mirjam. Dann kommt Béatrice Wertli für die Mitte-Fraktion.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Die Interpellation greift ein sehr wichtiges Thema auf und eines, das uns als Fraktion am Herzen liegt. Die ungleichen Bildungschancen, die durch die soziale Herkunft oder eben, ist es der Wohnort, bedingt sind und ich glaube, wir sind uns alle hier drinnen einig, dass die Stadt alles Notwendige machen muss, um die Bildungsungleichchancen, die Barrieren, abzubauen. Also das Ziel dieser Interpellation unterstützen wir auf jeden Fall.
Es gibt aber noch einen weiteren Punkt oder einige Punkte, die man halt auch noch mit in Betracht ziehen muss, wenn man über ein Thema redet und wenn man Lösungen sucht. Patentlösungen, vielleicht können wir anfangen die zu entwickeln, aber vielleicht ist es dann auch alles zusammen. Wir haben keine freie Schulwahl in der Stadt Bern und die Kinder werden den Schulen zugeteilt. Das städtische Schulreglement sieht ja genau das vor, nämlich, dass es eine Durchmischung gibt, aber es kommen dann praktische Grenzen. Das ist eben der Wohnort, das sind Distanzen, Schulweglänge, Sicherheit und so weiter. Oder, dass man am Schluss irgendwelche Busse organisieren würde, die von Bümpliz dann ins Kirchenfeld fahren, also ich glaube, das ist ja auch nicht die Lösung und es ist wenig sinnvoll, Kinder über eine grosse Entfernung in eine andere Schule zu schicken, um somit die Durchmischung zu bekommen.
Der Ansatz der gezielten Förderung ist sehr sinnvoll, aber wahrscheinlich reicht es noch nicht und es muss auf beide Seiten gehen. Bildungsschwache, aber auch leistungsstarke Kinder müssen ihre Förderung erhalten. Individuelle Fördermassnahmen, guter Ansatz, aber es braucht auch hier noch mehr. Die Bildungschancen sind, wie es der Titel sagt, mit dem Wohnort in irgendeiner Form verhängt. Und da müssen wir uns nachher fragen, wie sind die Wohnverhältnisse in Bern. Gibt es in allen Stadtteilen genügend geeigneten Wohnraum für alle sozialen Schichten? Sind wir dort so weit, dass wir sagen können, dass der Wohnraum eben auch das, die Umgebung, bieten kann. Die Interpellation greift ein wichtiges Thema auf und um das sind wir froh. Der Ansatz aber, dass man auf Schulmodelle fokussiert, der ist nicht zielführend. Wie wir jetzt auch in den vorgehenden Voten gehört haben, müssen wir den Kausalzusammenhang zwischen den verschiedenen Elementen anschauen. Die Patentlösung wird die sein von verschiedenen Elementen, und wir stehen unbedingt für eine konstruktive Weiterentwicklung der Bildungsstrategie und unterstützen die gezielten Massnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit. Wir müssen aber die praktischen und strukturellen Rahmenbedingungen, die mitunter dazu beitragen, in Betracht ziehen und auch dort den Ansatz suchen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Béatrice. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort. Fuat Köçer hat noch ein Einzelvotum.

Fuat Köçer (SP), Einzelvotum: Danke vielmals für die vielen Voten, die sich für eine gerechtere Bildung einsetzen, egal von welcher Fraktion. Ich glaube, wir sind alle für eine gute Bildung, für eine gerechtere Bildung. Aber was das bedeutet und was es dafür braucht, da sind wir uns wohl nicht alle einig. Denn die Bildung hat sehr viel mit der Gesellschaft zu tun und für eine Chancengerechtigkeit im Bildungssystem erlangen zu können, hat auch mit der Privilegierung zu tun. Ich spreche von Nachteilsausgleich.

Dass die sozial benachteiligten Kinder einen Nachteilsausgleich erhalten, dass Kinder aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien auch in den Gymnasien Plätze besetzen können. Wir wissen – es gibt Studien –, dass die Plätze in den Gymnasien nicht von den Kindern mit dem höchsten IQ besetzt werden, sondern von den Kindern, die auch die meisten Privilegien mit sich bringen, sozio-ökonomische Privilegien. Und die Bildung muss noch mehr eine Chance sein, ein gesellschaftlicher Weg, auf dem man sozial aufsteigen kann. Und für das braucht es eben eine aufrichtige Bereitschaft. Und mit aufrichtiger Bereitschaft meine ich nicht, dass wir einfach hier sagen: "Ja, wir sind für eine offenere Bildung", sondern vielleicht auch über Selektionsmechanismen anfangen zu überlegen. Es gibt auch Studien dazu. Man weiss, dass je mehr man Selektionsmechanismen nach hinten schiebt in der Volksschule, oder sogar keine Selektion in der Volksschule machen würde, dass noch mehr Chancengerechtigkeit bedeuten würde. Es gibt auch Studien, bei denen man weiss, dass Kinder mit Migrationshintergrund, vor allem junge Männer mit Migrationshintergrund, die grössten Benachteiligungen in dieser ganzen Selektionsgeschichte haben. Das hat natürlich mit der Adoleszenz etwas zu tun, aber auch mit Zuschreibungen. Junge Männer sind im Verhalten auffälliger und wenn das auf die Herkunft zurückgeführt wird, dann gibt es auch in der Bildungslandschaft Kausalitäten, die eben die Chancengerechtigkeit verhindert. Es ist komplexer, als man denkt. Es gibt kein Rezept, wie Béatrice Wertli jetzt gesagt hat. Einfach ein Super-Rezept, wie man das lösen kann. Deshalb würde ich beliebt machen, dies als ein gesellschaftliches Problem zu betrachten und breiter zu denken als nur über eine Bildungsfrage in sich. Merci für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Fuat. Dann kommt Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich bin froh um das letzte Votum, denn es ist jetzt da viel geredet worden, Armut gleich leistungsschwache Kinder. Wenn man Armut anschaut, hat Armut in erster Linie etwas mit Stigmatisierung zu tun. Arme Kinder werden nicht anders behandelt in der Schule, weil sie leistungsschwach sind, sondern weil sie arm sind. Jedes arme Kind, das eine Bildungskarriere macht, hört am Anfang dieser Bildungskarriere: "Das kannst du nicht. Du hast nicht das soziale Umfeld, um das zu können." Und man weiss, dass die Schulen blind sind, wenn es um Armut und Bildungschancen geht und das ist das Problem. Und wir brauchen tatsächlich ganz unterschiedliche Massnahmen. Aber wir brauchen vor allem das Bewusstsein, dass Armut nicht Dummheit heisst, sondern dass Armut ein soziales Problem ist und es zu Stigmatisierung ganz oft führt. Und wenn dieses Bewusstsein wächst, dann haben wir wahrscheinlich auch Lösungsansätze.

Präsidentin: Danke, Bernadette. Jetzt kommen wir zum Votum der Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich fange gerade hinten an, bei dieser Frage: Eine gesellschaftliche Frage oder eine Frage der Bildung. Ich denke, es ist richtig, dass das Thema, das hier aufgeworfen wird, ist eine gesellschaftliche Frage. Und darum sind wir eigentlich auch alle zusammen gefordert, wenn wir finden, Chancengerechtigkeit muss in dieser Stadt umgesetzt werden. Dass wir uns alle überlegen, wo wir denn auch einen Beitrag leisten können, sei das als Privatperson, sei das an einem Arbeitsplatz, sei das mit freiwilligem Engagement, weil das Ziel der Stadt sein muss, mehr Chancengerechtigkeit, dass wir Chancengerechtigkeit hier für alle Leute erreichen. Ich denke, das ist eine Vision, auf die man hinarbeiten kann, aber das ist eine grosse Vision. Die

Volksschule soll, wie es der Name sagt, eine Schule für alle sein, wo alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder von einem Wohnort oder was auch immer, gute Chancen haben eine gute Bildung und eine gute persönliche Entwicklung machen zu können. Denn auch dessen müssen wir uns bewusst sein, dass Kinder Persönlichkeiten sind, und Persönlichkeiten haben unterschiedliche Kompetenzen, und unterschiedliche Kompetenzen muss man auch unterschiedlich fördern und unterschiedlich stärken. Dem Gemeinderat ist es sehr wichtig, dass wir wirklich sagen: "Berner Volksschulen". Ich betone es noch einmal, die Volksschulen. Wir wollen nicht, dass es eben die Segregation gibt, die es an vielen Orten gibt mit Privatschulen und Volksschulen. Wir wollen eine starke Volksschule in der Stadt Bern, wo wir sagen können, wir wollen sie mit allem, was wir machen, Richtung chancengerechte und integrative Schule für alle entwickeln. Die Volksschulkommission, das neue Gremium, das wir seitdem haben, als man das Schulreglement teilweise angepasst hat, hat die Bildungsstrategie, die wir im 2016 erarbeitet haben, überarbeitet, aktualisiert und dort drin noch einmal die Chancengerechtigkeit festgehalten, die Bildungsgerechtigkeit, das ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt in dieser Bildungsstrategie.
Das heisst, die Bildungsstrategie setzt sich auch genau mit dem Thema, das von einigen von euch aufgeworfen worden ist, nämlich mit den Übergängen auseinander. Dass eben die Übergänge vom Kindergarten oder von Frühförderung Kita in den Kindergarten und nachher zur Sek 2, dass die Übergänge möglichst gut ausgestaltet werden, weil man auch weiss, dass gerade bei den Übergängen eben je nach dem, Kinder auch durch die Maschen fallen. Jetzt das Thema, das von verschiedenen von euch auch ist aufgeworfen worden, eben dass der Übertrittsquote in das Sekundarstufenniveau. Da gehe ich mit allen einig, das ist in der Stadt Bern nicht überall gleich, aber auch hier gibt es zumindest eine positive Sache zu berichten. Die Übertrittsquote die hat auch in Bümpliz und Bethlehem in den letzten Jahren – man hat 2017 bis 2023 verglichen – zugenommen. Und die Frage ist, warum hat denn die zugenommen. Und sicher gibt es da auch nicht nur einen Grund, aber ein wichtiger Grund ist sicher, dass man inzwischen in 9 von 12 Zyklen, also Zyklus 3-Standorte eben in 9 von 12 nicht mehr die Schule hat, eben Real und Sek, sondern dass man dort das integrative Schulmodell hat. Das heisst, der Übertritt von der 6. in die 7. ist nicht mehr der Moment, der über das Schicksal entscheidet, ob man jetzt in der Sekundar- oder in der Realschule ist, weil das ist das Modell das durchlässig ist. Sodass Kinder sich auch noch ein bisschen später entwickeln können oder wenn sie dann in einer schwierigen Phase sind, dass sie eben nicht der eine oder anderen Kategorie zugeteilt werden. Und ich denke, das ist sehr ein wichtiges Schulmodell, welches jetzt eben an vielen Orten umgesetzt wird. Die Blickpunkt-Schulen sind auch erwähnt worden. Wie vielleicht aus dem Votum des Interpellanten herausgekommen ist, dass die Stadt Bern die nicht ernst nimmt, und sie sich nicht dafür einsetzt, da muss ich sagen, das wäre ganz falsch, wenn der Eindruck entstanden wäre. Denn die Stadt Bern hat die Arbeitsgruppe "Blickpunkt-Schulen" und dort sind die stellvertretende Schulamtsleiterin und der Co-Leiter des Gesundheitsdienstes, also 2 Schlüsselabteilungen, in der Steuerungsgruppe dabei. Dort haben wir auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Kanton und entwickeln die Ansätze für die Blickpunkt-Schulen weiter. Der dritte Punkt, den ich erwähnen möchte, ist der Zusammenschluss der Tagesbetreuung (Tages) und der Tagesschulen. Wir haben jetzt ein Angebot, das in der ganzen Stadt Bern überall ein Gutes ist, wo überall 50 Wochen umfasst. Auch das ist wichtig und wir haben die Verankerung von den ganzen Tagesstrukturen auch in vielen Schulkreisen und das ist auch sehr wichtig, denn man lernt ja nicht nur in der Schule, sondern man lernt auch in der Betreuung und darum sind wir

eigentlich im Nachhinein froh, dass man die Tagis und die Tagesschulen hat zusammenlegen können. Weil wir jetzt so insgesamt in der Stadt Bern eine bessere Betreuung erreichen konnten.
Nachher das Thema "Schule ohne Noten". Ihr habt auch einen Vorstoss überwiesen. Man soll in der Stadt Bern ein Pilotprojekt machen. Wir hatten verschiedene Schulstandorte, die interessiert waren, das machen zu können. Wir hatten auch Ideen, wie man das hätte umsetzen können. Leider muss man sagen, dass der Kanton gesagt hat, dass wir keine Pilotversuche machen dürfen. Das einfach für die, die vielleicht hier drin manchmal die Idee ein bisschen vermitteln, die Stadt könnte ja mehr. Wir können im Schulbereich eben wirklich nicht immer dort in die Richtung gehen, in die wir möchten. Es gibt halt eben einfach auch die Hürden, die der Kanton setzt, aber ich finde, wir können in der Stadt Bern trotzdem viel machen. Wir haben zum Beispiel eine Lernbegleitung. Ich finde es wichtig, dass wir die Lernbegleitung weiter haben, dass wir die auch ausbauen. Denn genau die kann auch Kinder, die eben vielleicht zuhause nicht so Unterstützung haben, wirklich begleiten und ihnen die Möglichkeit geben, dass man in Bereichen, in denen es vielleicht an gewissen Orten sonst die Eltern machen, dass sie da auch Kompetenzen erwerben und gewissen Lernstoffe auch vertiefen können. Aber ich denke auch Präventionsangebote des Gesundheitsdienstes, die auch immer wieder hier drin diskutiert werden, auch die sind ganz wichtig, weil wenn Kinder ein gutes Selbstwertgefühl haben, sie auch stärker sind. Ich denke gerade, wie Bernadette Häfliger es erwähnt hat, Kinder aus armen Familien sind stigmatisiert, sie kommen manchmal mit weniger Selbstvertrauen in die Schule.
Darum muss man auch das fördern. Und der 4. Punkt, den ich noch einmal erwähnen möchte, ist auch das "Deutsch lernen vor dem Kindergarten". Da haben wir dank Anpassungen, die wir jetzt machen konnten, auch im Berner Westen eine viel höhere Quote erreicht. Also wir haben jetzt mehr Eltern erreicht, die wirklich ihre Kinder anmelden für die Frühförderung. Und das Ziel von "Deutsch vor dem Kindergarten" ist ja, dass die Kinder, wenn sie in den Kindergarten kommen, dann auch genügend Deutsch können. Ich sage: "Wir sind noch längstens nicht am Ziel." Und alle im Schulbereich, wir sind alle gefordert, wir müssen uns alle dafür engagieren. Wir müssen alle weiteren Puzzle-Steine in die Vision einfügen, damit wir eine zukunftsgerichtete, chancengerechte Schule erreichen. Und ich glaube, da müssen wir alle mitwirken und uns bemühen, wie ich am Anfang gesagt habe. Wo können wir als Politikerinnen und Politiker vielleicht noch einen Stein setzen, dass wir dieser Zielsetzung noch näherkommen. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir stimmen nicht über die Interpellation ab. Der Zufriedenheitsgrad der Einreichenden ist "Nicht zufrieden".

2021.SR.000223

17 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, GaP, AL/PdA (Ursina Anderegg, GB/ Bernadette Häfliger, SP/Simone Machado, GaP/Tabea Rai, AL): Wo steht der Gemeinderat in der Armutsbekämpfung?

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 17. Es handelt sich wieder um eine Interpellation. Ist die Diskussion gewünscht? Dann stimmen wir darüber ab. Wenn 1/3 von den anwesenden Stadtratsmitgliedern dafür sind, dann gibt es eine Diskussion.

Abstimmung Nr. 019

2021.SR.000223: Diskussion gewährt	
1/3 Quorum erreicht	
Ja	46
Nein	7
Enthalten	1

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt. Für die Einreichenden... Moment schnell, jetzt funktioniert es, glaube ich. Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB) für die Einreichenden: Wir wissen es alle schon lange, aber fast niemand spricht darüber: Die Armut ist in der Schweiz am Wachsen. Über 700'000 Menschen sind armutsbetroffen, fast eineinhalb Millionen Menschen sind armutsbedroht. Die Teuerung schreitet auf dem Buckel einzelner Personen voran, die Mieten steigen ungebremst, die Krankenkassenprämien und die Energiepreise ebenso. Die Löhne werden gleichzeitig nicht angemessen angehoben und es drohen weitere Rentenkürzungen und Lohnabzüge mit der BVG-Scheinreform. Gleichzeitig ist das staatliche Auffangnetz am Versagen. Die Sozialhilfe ist vor allem im Kanton Bern sehr unterirdisch unterwegs, was eine nachhaltige Unterstützung anbelangt. Wir haben ja bekanntlich unterdurchschnittliche Abgeltungen beim Grundbedarf in der Sozialhilfe in unserem schönen Kanton. Und vor allem – und das ist ein wichtiger Punkt – haben immer mehr Leute keinen Zugang zu der Sozialhilfe, weil durch die jahrzehntelangen Stigmatisierungskampagnen von Rechts, die Scham sehr gross ist, sich überhaupt schon nur zu melden, weil die bürokratischen Hürden gross sind und das Wissen über den Zugang bei sehr vielen Leuten nicht vorhanden ist. Und viele trauen sich schlicht und einfach nicht, Sozialhilfe zu beantragen, weil sie zu Recht Angst haben, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren. Besonders betroffen sind Sans-Papiers, Sexarbeiter*innen und Menschen, die aus dem Asylverfahren kommen oder herausgeschmissen worden sind. Die lässt man einfach hängen. Und wie eingangs gesagt, im Moment wächst die Gruppe Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihr Leben bestreiten sollen. Und auch ganz viele andere Menschen, die ich jetzt vorhin nicht konkret aufgezählt habe, sind je länger, desto mehr bedroht, auch in die Armut hineinzurutschen.
Während der Pandemie, wir erinnern uns, ist die Armut sichtbarer geworden. Die Menschen hat man auf den Strassen anstehen gesehen, weil sie etwas zu essen gesucht haben, um zu überleben, weil sie nicht gewusst haben, wie sie lebenswichtige Lebensmittel beschaffen und auch sonst den Bedarf abdecken konnten. Wer meint, die Zeiten seien vorbei, irrt. Auch heute sind die Schlangen lang vor den Caritas-Läden. Das sehen wir auch in der Stadt Bern. Es gibt auch genug Berichterstattungen darüber. Und immer mehr Leute können nicht einmal das Tram-Billett zahlen, um schon nur innerhalb der Stadt an einen Ort hinzukommen, von einem Stadtteil in den anderen Stadtteil, wo sie Beratung darüber erhalten würden, wie sie schon nur an Unterstützung kämen. Es ist unglaublich beschämend, wenn man auch weiss, dass gleichzeitig die Reichen immer reicher werden, was in der Schweiz schon sehr lange belegt ist. Und immer noch zeigt die Tendenz nach oben. Es ist deshalb sehr wichtig, dass wir auch auf dieser politischen Ebene, also in der Stadt Bern, unsere Verantwortung wahrnehmen, wenn die anderen Ebenen und das staatlichen Systeme am Versagen sind. Wir können die Menschen, mit denen wir in dieser Stadt zusammenleben, nicht einfach hängen lassen auf der Strasse und irgendwo. Es braucht ein niederschwelliges Netz an Angeboten

und wir müssen die Leute situativ entsprechend gezielt und wirksam unkompliziert unterstützen.
Das war der Grund für die Interpellation. Der Gemeinderat hat diese Problematik erkannt und hat auch aufgrund der Situation in der Pandemiezeit noch zusätzlich verschiedenste Massnahmen ergriffen und eben niederschwellige und unkomplizierte Unterstützung gefördert. Die Interpellantinnen bedanken sich an dieser Stelle beim Gemeinderat und der Verwaltung, vor allem auch beim Sozialamt, das sehr engagiert ist in diesen Fragen, für die kreativen Lösungen. Und wir bedanken uns natürlich auch bei all diesen privaten und kirchlichen Organisationen in dieser Stadt für ihre unermüdliche Arbeit für genau die Menschen, die eben durch das Netz fallen, die eigentlich Anrecht hätten, ein grundrechtliches Anrecht hätten auf das staatliche Netz, das eben am Versagen ist, und die von Bund und Kanton im Schilf stehengelassen werden.
Der Kern dieser Massnahmen, die der Gemeinderat ergriffen hat, ist einerseits die Verstärkung der Vernetzung von diesen privaten und kirchlichen Organisationen in der Stadt, die eben sehr nahe bei den Menschen sind, gerade zu denen, die eben keinen Zugang haben zu der Sozialhilfe, und die wissen, wie es diesen Menschen geht. Und das ermöglicht der Stadt, die Situation laufend zu beurteilen und eben gezielte Massnahmen zu ergreifen. Und eine sehr wichtige Massnahme, die damals ergriffen worden ist, sind beziehungsweise wären die sogenannten niederschwelligen Überbrückungshilfen. Der Gemeinderat hat einen Kredit gesprochen damals, von dem man den Leuten über die Organisationen Gutscheine für ihren Lebensbedarf und Lebensmittel verteilt hat, damit man denen unkompliziert helfen konnte, damit sie überleben konnten. Es handelt sich um eine Pilotphase und es hat sich leider schnell gezeigt – auch schon gerade, als es angelaufen ist –, dass der Bedarf sehr gross ist, und dass die Hilfe beansprucht wurde. Es wurden unter anderem auch sehr viele Kinder damit unterstützt, weil sie besonders betroffen sind. Unterdessen haben wir aber erfahren müssen, dass die SVP, namentlich Janosch Weyermann, – ich hoffe, du hörst gut zu – das Projekt juristisch am Bekämpfen ist. Die Verlängerung dieser Pilotphase hat der Gemeinderat nicht wie vorgesehen weiterführen können, und es ist unklar, wie lange es wegen des juristischen Prozederes noch geht, bis der Faden wieder aufgenommen werden kann. Mich regt ja im politischen Alltag immer wieder etwas auf. Und es ist eigentlich auch schon seit Jahren klar, dass die SVP ihre Politik vor allem daraus speist, nach unten zu treten und ganze Menschengruppen auszugrenzen. Leider haben wir uns alle schon ein bisschen daran gewöhnt. Aber als ich das gelesen habe, Janosch, bin ich nicht nur wütend geworden. Es hat mich wirklich ernsthaft sehr traurig gemacht. Wie tief seid ihr eigentlich mittlerweile gesunken, liebe, ach so moderate SVP? Ihr versucht tatsächlich zu verhindern, dass man Menschen, die nicht wissen, wie sie am nächsten Tag ihr Essen organisieren sollen und einfach schlicht nur überleben wollen, niederschwellig hilft, nachdem ihr verantwortlich seid, unter anderem mit eurer jahrzehntelangen, hetzerischen und menschenverachtenden Politik, dass sich Armutsbetroffene vor lauter Stigmatisierung nicht einmal mehr trauen, Sozialhilfe zu beziehen, und ihr unter anderem dafür verantwortlich seid, mit anderen Mithelfern, dass die Sozialhilfe soweit heruntergespart wurde, dass die Leute, auch jene, die in der Sozialhilfe sind, nicht mehr herausfinden und in der Armut bleiben. Das ist unglaublich armselig und ich hoffe wirklich, du schämst dich so richtig für das, was du gemacht hast, und kommst wieder zur Vernunft und ihr zieht das jetzt nicht weiter bis vor irgendwelchen Gerichten, denn eigentlich müsste auch aus einer bürgerlichen Logik doch eigentlich allen klar sein, dass, wenn man mit so wenig Geld direkt den Leuten Überbrückung bieten kann, damit sie eben nicht abrutschen und überleben können, man mittelfristig auch Geld sparen kann.
Mit der Antwort des Gemeinderats hingegen – diese ist sehr differenziert – sind wir sehr

zufrieden und hoffen, dass das Engagement in der Armutsbekämpfung weiterhin nicht abnimmt, und dass – abgesehen vom Kollegen da drüben und vielleicht ein paar Kumpels von ihm – die anderen das Ganze anders sehen und mithelfen, dass wir eben die niederschwelligen Hilfen weiterhin leisten können, und dass wir auch auf unserer politischen Ebene alles daran geben und unsere Hebel nutzen, um die Armut zu bekämpfen, weil sie wächst. Und das kann einfach nicht sein.

Präsidentin: Danke, Ursina. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Bernadette Häfliger für die SP/JUSO-Fraktion.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO ist nicht ganz so zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats und vor allem sind wir auch nicht ganz so euphorisch, was die Einschätzung der Armutsbekämpfung in der Stadt Bern angeht. In der Stadt Bern sind nach wie vor 10% der Haushalte arm und insgesamt 17% von Armut betroffen. Es gibt sogar andere Zahlen, die von deutlich höheren Anteilen ausgehen. In der Stadt Bern haben sich bei den genannten Problemen in der Bevölkerungsbefragung 2023 die Nennungen von Armut und Obdachlosigkeit gegenüber 2019 mehr als verdoppelt. Die Situation hat sich in den letzten Jahrzehnten, das müssen wir als Teil des Bündnisses RGM zugeben, in keiner Art und Weise verbessert, nicht weil man es nicht verbessern wollte, sondern weil man zu wenig effizient und zielgerichtet vorgegangen ist. Die Antworten des Gemeinderates sind uns auch bei der vorliegenden Interpellation zu wenig konkret. Damit wird die im Bericht des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) aus dem Jahr 2017 aufgezeigte Grundproblematik eigentlich bestätigt. Es bestehen in der Stadt Bern sehr viele, sehr gute, aber wenig koordinierte Angebote. Eine Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung und die Koordination zwischen den verschiedenen Massnahmen fehlen zum grossen Teil. Dass jetzt definitiv auf ein Daten basiertes Monitoring verzichtet werden soll, bedauert die SP-JUSO. Damit wird die städtische Armutspolitik weiterhin auf Vermutungen beziehungsweise punktuellen Erkenntnissen basieren müssen und damit auch weniger Wirkung entfalten können. Was bemerkenswert ist, ist, dass fast alle Angebote hauptsächlich arme Familien ansprechen, also Familien, die bereits Sozialhilfe beziehen. Es ist gut, dass Familien unterstützt werden. Es gibt aber kaum Massnahmen für armutsgefährdete Familien.
Dort würde es einfach punktuell Unterstützung brauchen, damit die Familie nicht in die Armut abrutschen. Die Stadt Bern braucht ein einheitliches Verständnis der Armutsproblematik und eine Koordination zwischen der Zuständigkeit vieler verschiedener Akteure. Es reicht in einer effektiven Armutsbekämpfung nicht, dass man es gut meint. Der Bericht des BASS macht unter anderem deutlich, dass die Selbstverpflichtung der Stadt klar verstärkt werden muss. Armutsbekämpfung kann nicht nur durch nichtstaatliche Akteure geleistet werden, obwohl diese natürlich sehr wertvolle Arbeit leisten. Armutsbekämpfung kostet etwas. Armutsbekämpfung lohnt sich aber auch, weil es immer auch um Investitionen in die Zukunft von Menschen geht. Es braucht eine Koordinationsstelle, es braucht den Aufbau von Koordinationsstrukturen innerhalb der BSS, zwischen Stadt und Kanton, zwischen Stadt und Leistungserbringenden, zwischen verschiedenen Themenbereichen; zum Beispiel bei der sozialen Stadtentwicklung oder zwischen Quartieren und der zentralen Stadtverwaltung. Armutsbekämpfung muss interdisziplinär und in Zusammenarbeit aller Direktionen erfolgen. Bei den Vergünstigungssystemen ist konsequent darauf zu achten, dass keine zusätzlichen Hürden eingebaut werden. Es braucht zwingend Objektfinanzierungen und weniger Einzelanträge. Einzelanträge sind für arme und armutsgefährdete Menschen und Familien immer eine Erniedrigung. Und auf diese müssen wir, wenn immer möglich, verzichten. Hinzu

kommt, dass viele Angebote der punktuellen finanziellen Hilfe den betroffenen Familien gar nicht bekannt sind. Klare Transparenz und eindeutige Zugangsbestimmungen können hilfreich sein. Beratende und präventive Informationen sind wichtig, damit die Familien nicht in die Schuldenfalle abrutschen. Wir haben es vorhin bereits diskutiert, ich kürze es ab. Auch die Schulen haben einen wichtigen Anteil in der Armutsbekämpfung. Aber dafür brauchen sie zusätzliche Ressourcen.
Insgesamt lässt sich feststellen, dass aus den Antworten der Interpellation ersichtlich wird, dass der Gemeinderat auf die spezifische Problematik während Covid sehr gut, sehr schnell und sehr adäquat reagiert hat. Die Armutsbekämpfung als grosses und wichtiges Politikfeld wird nach wie vor wenig koordiniert und unserer Meinung nach wenig ambitioniert angegangen.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Dann kommt Francesca Chukwunyere für die GFL-Fraktion. – Oder als Einzelvotum?

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Es spielt keine Rolle. Mir ist es noch wichtig, auf das einzugehen, das Ursina Anderegg vorher noch angetönt hat. Die fatale Verknüpfung zwischen Migrationspolitik und Armut ist etwas, das mich seit langem stört und das mit System und mit einem ungeheuren Zynismus vorangetrieben wird von einer ganz bestimmten Partei – und mit Erfolg. Und was die Stadt Bern jetzt versucht hat, nämlich dort in die Bresche zu springen mit dem Pilotprojekt – weil die Leute Angst haben, ihre Ausländerausweise würden nicht verlängert und deswegen nachher nicht auf die Sozialhilfe gehen. Deswegen wurde ein Pilotprojekt lanciert, das jetzt juristisch bekämpft wird von eben der SVP. Das finde ich tatsächlich auch ein Armutszeugnis und ich wünsche mir, dass die Stadt einen Weg findet, das trotzdem weiterzumachen. Ansonsten kann ich mich meinen Vorrednerinnen anschliessen.

Präsidentin: Merci, Francesca. Wir sind noch bei den Fraktionsvoten. Sprichts du für die Fraktion? Gibt es noch Fraktionsvoten. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB), Einzelvotum: Einfach noch kurz, Bernadette, eine kleine Replik auf das, was du gesagt hast. Also ich meine, ich konnte jetzt auf die Schnelle nicht alles zusammentragen. Aber wir haben in diesen ganzen Spar-FIT-Diskussionen versucht, x Sachen zu verhindern, bei denen ihr nicht mitgeholfen habt und die genau um Armutsbekämpfung gegangen wären, darum, dass man eine bessere Koordination hat, dass man Stellen und Ressourcen in der Verwaltung hat, die das systematischer angehen könnten. Wir haben auch den Abbau von soziokulturellen Angeboten zu verhindern probiert, zum Teil erfolgreich, zum Teil eben nicht.
Es wurden Stellen gestrichen, unter anderem mit eurer Hilfe. Und jetzt zu sagen, es werde irgendwie zu wenig gemacht, finde ich ehrlich gesagt ein bisschen speziell. Und wegen des Monitorings: Ja, das ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben das auch schon gefordert und diskutiert. Wir finden es aber in Anbetracht der Notsituation im Moment und der Tendenz, die jetzt besteht, wichtiger, möglichst schnell zu handeln und auch über niederschwellige Strukturen einfach möglichst an die Leute heranzukommen und meinetwegen halt ab und zu auch kurz ein bisschen Giesskanne zu machen, damit man verhindern kann, was passiert. Und das ist auch das, was sehr viele Profis sagen, dass es eben auch eine sehr wirksame Strategie sein kann, wenn Verwaltungsbehörden mit externen Akteur*innen zusammenarbeiten und diese unterstützen. Ich finde, wir müssen darüber diskutieren, ob es auch noch Subventionierungen seitens der Stadt gibt,

zum Beispiel was unabhängige Rechtsberatungsstellen anbelangt etc. Wenn man mit Profis der Berner Fachhochschule redet, dann sind das eigentlich Massnahmen, die sie empfehlen, und ich glaube, dort können wir zusammen einen Schritt weitergehen.

Präsidentin: Merci, Ursina. Bernadette, willst du jetzt direkt darauf reagieren mit einem kurzen Votum oder nachher noch ein zweites Einzelvotum? Gut, dann kommt jetzt Bernadette, weil sie direkt angesprochen wurde.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich habe nicht gesagt, wir machen zu wenig. Das ist genau der Unterschied zwischen möglichst viel und Effektivität. Ich habe gesagt, die Effektivität fehlt, weil man es unkoordiniert macht. Das ist das Erste. Und das Zweite: Dieser Vorstoss betreffend Rechtshilfe wurde von mir eingereicht und wurde bereits überwiesen.

Präsidentin: Danke, Bernadette. Dann kommt Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Was ist eigentlich Armut? Was ist das? Der Begriff Armut ist riesengross. Wenn man schaut, ist die Schweiz eines der reichsten Länder mit den höchsten Einkommen und keiner Hungersnot. Jeder hat ein Dach über dem Kopf. Jeder ist versorgt im Gesundheitswesen. Ihr habt überhaupt keine Ahnung, was Armut ist. Geht mal in Drittweltländer, geht mal vielleicht auch ein bisschen weiter als über den Kanton Bern hinaus. Ihr habt nichts Schlaueres zu tun als die SVP zu verurteilen, dass wir irgendwie gegen Armut seien und die bösen Buben und die böse SVP seien. Das ist überhaupt nicht so. Wir sind nicht gegen Armut. *(Gelächter im Saal)* Ja, lacht nur, aber in der Schweiz haben wir so ein gutes Sozialsystem, das halt manchmal auch ausgenutzt wird, sei es kriminell, sei es irgendwie auf eine Art, bei der man sich bereichert. Und da muss ich einfach sagen, dass wir weltweit das beste Sozialsystem haben. Und da darf man sicher einmal eine andere Meinung haben. Und verhungert ist in der Schweiz noch niemand.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann kommt Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich bin vorhin angegriffen worden, ich glaube zweimal. Ich möchte nur festhalten, warum ich diese Beschwerde gemacht habe oder Beschwerdeführer bin und ich schäme mich auch nicht dafür. Ich habe gute Gründe gehabt, die Beschwerde zu führen. Und ich habe vorhin gerade von 2 Vorrednerinnen gehört, dass es eben genau um das geht, und daher ist es auch richtig gewesen, dass ich die Beschwerde gemacht habe. Es ist ein Armutszeugnis, dass die Stadt Bern einmal mehr das Gefühl hat, sie müsse sich über geltendes Recht hinwegsetzen. Es geht um die Meldepflicht, die so umgangen werden soll. Und genau, du, Francesca, und du, Ursina, habt vorhin gesagt: "Super, dass die Stadt hier eine Lösung gefunden hat, genau das zu machen." Und das geht nicht. Es ist ein Armutszeugnis, wenn die Stadt das Gefühl hat, sie könne geltendes Recht brechen und es einfach umgehen, wie sie will. Und ich schäme mich überhaupt nicht.

Präsidentin: Moment schnell, es muss hier aktualisiert werden. Francesca, willst du direkt reagieren, ein kurzes Votum? Gut. Moment, kurz, Francesca, kannst du noch kurz warten?

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: In dieser Hinsicht bin ich sehr stolz auf die Stadt Bern, dass sie einen Weg gefunden hat, um die unmenschliche Politik, die im Kanton Bern diesbezüglich durchgezogen wird, zu umgehen, und ich bin sehr stolz auf die Stadt Bern. Danke.

Präsidentin: Merci, Francesca. Dann kommt Barbara Keller.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Ich werde vor allem kurz auf die Aussage eingehen, dass es in der Schweiz keine Armut gibt. Also zuerst einmal: Es gibt eine sehr genaue Definition dazu, was Armut ist. Es gibt eine SKOS-Richtlinie (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) und die sagt: Eine Einzelperson ist von Armut betroffen, wenn sie weniger als 2'284 Franken im Monat hat, und eine Familie, wenn sie weniger als 4'010 Franken im Monat hat. Also: Es gibt eine sehr klare Definition. Das vielleicht einfach einmal auf die Frage, was Armut ist. Und dann zu der Aussage, es gebe keine Armut in der Schweiz. Ich arbeite bei Caritas Kanton Bern und sehe täglich Armut in der Schweiz. Das gibt es, liebe SVP. Vielleicht 2 Beispiele: Das eine ist eine Rentnerin, mit der ich ein Interview gemacht habe. Und die hat mir erzählt, dass sie wegen der steigenden Preise für Energie im Winter das Licht nicht mehr benutzt und nicht mehr heizt. Die Frau ist 84-jährig. Jetzt stellt euch einmal vor: Eine 84-Jährige sitzt im Winter daheim bei Kerzenlicht in der ungeheizten Wohnung. Und da erzählt ihr mir, es gebe keine Armut in der Schweiz. Das andere Beispiel: Eine alleinerziehende Mutter. Das eine Kind hätte in eine Landschulwoche gehen sollen, das andere Kind in ein Skilager. Beide Kinder konnten nicht an diesen Lagern teilnehmen, weil die Mutter sich das finanziell nicht leisten konnte. Liebe SVP, das ist Armut in der Schweiz. Einfach so viel dazu.

Präsidentin: Danke vielmals, ich sehe keine Einzelvoten mehr. Wir kommen zum Votum der Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich komme zuerst kurz mit einem Überblick oder mit ergänzenden Angaben zu dem, was wir schon in der Antwort auf die Interpellation gesagt haben, und komme nachher auf die Voten zurück.
Der Gemeinderat hat sich in den letzten Jahren insbesondere auch seit Corona sehr viele Gedanken gemacht, wie die Stadt Bern Armut bekämpfen kann. Es ist auch ein Legislaturziel von RGM, dass wir gesagt haben, in der Stadt Bern habe Armutsbekämpfung oberste Priorität. Und ich bin genau entgegen gewissen Votantinnen hier der Meinung: Wir haben in der Stadt Bern in den letzten Jahren doch einiges getan, aber uns wurden halt auch gewisse enge Schranken vorgegeben. Daher konnten wir sicher nicht das machen, was mir persönlich vorschweben würde. Ich muss sagen, ich finde nicht, wir hätten in der Schweiz ein schlechtes Sozialsicherungssystem. Wir haben eigentlich die Sozialhilfe. Das wäre eigentlich ein gutes System. Aber in dieser Sozialhilfe hat es insbesondere im Kanton Bern so viele Hürden drin, dass eben die Sozialhilfe nicht von allen Leuten bezogen werden kann, die das nötig hätten. Und ab dem 1. Januar 2025 ist der Kanton Bern der einzige Kanton in der Schweiz – stellt euch vor – der einzige Kanton in der Schweiz, der die SKOS-Richtlinien nicht einhält. Und das finde ich persönlich ein Armutszeugnis und da bitte ich auch die SVP, die jetzt gesagt hat, sie sei auch dafür, dass man Armut bekämpft: Wir haben ein gutes System. Schaut, dass wenigstens die SKOS-Richtlinien eingehalten werden. Das ist nicht viel Geld. Damit könnten wahrscheinlich viele von uns nicht leben. Aber wenigstens sollten wir in der Schweiz nicht am Schluss sein. Das finde ich persönlich für den Kanton Bern, der nicht zu den ganz armen Kantonen in der Schweiz gehört, wirklich ein Armutszeugnis.

Ich brauche nicht lange zu den Überbrückungshilfen zu sprechen, denn das habt ihr in dem Sinn ausgeführt. Vielleicht einfach zu den Zahlen für die, die das interessiert. Wir konnten in der Phase, als wir die Überbrückungshilfe hatten, 365 Personen unterstützen. Insgesamt haben wir 190'000 Franken ausgegeben. Und von diesen 365 Personen waren 137 Kinder. Denkt wieder an die Diskussion vorhin zur Chancengerechtigkeit von Kindern. Wenn Kinder in Armut aufwachsen, haben sie schon von Anfang an gar keine Chancengerechtigkeit. Also, daher muss ich leider sagen, dass ich die SVP auch nicht verstehe, warum sie ein System, das eigentlich ein einfaches Unterstützungssystem ist in der Stadt Bern, bekämpft. Janosch, es ist nicht so. Das System haben wir selbstverständlich rechtlich geprüft. Ich bin an das Recht gebunden als Gemeinderätin. Wir setzen das um. Und unsere Einschätzung hat aufgrund unserer rechtlichen Gutachten gezeigt: Das können wir machen. Jetzt wird der Rechtsweg beschritten. Das steht euch einfach völlig frei. Dazu kann ich nichts sagen. Das ist so. Wir haben eben ein Rechtssystem, auf das ich auch stolz bin. Aber ich hoffe sehr, dass wenigstens das Gericht anerkennt, dass wir innerhalb des Kantons Bern mit dem System, das wir jetzt vorgeschlagen haben, im geltenden Rechtsbereich sind. Sonst muss ich ehrlich sagen, sähe ich im Moment keine Möglichkeit, wie wir Familien oder alle Leute, die in einer finanziellen Notlage sind, finanziell unterstützen könnten. Wir dürfen keine städtischen Gelder irgendwohin geben. Das Einzige, was wir haben, sind die Fonds. Und diese Fonds haben wir jetzt dann niederschwelliger ausgestaltet, weil es tatsächlich so ist: Es gibt in der Stadt Bern Angebote, die vielen Leuten auch nicht so bekannt sind. Ich möchte trotzdem auf das Votum der SP eingehen. Zu sagen, wir hätten keine Armutsstrategie – das ist richtig. Ich gehöre nicht zu diesen Politikerinnen, die finden: Aha, jetzt machen wir noch eine Strategie, wenn ich weiss, dass ich nachher kein Geld habe, um sie umzusetzen. Da sage ich lieber: Das Geld, das ich habe, setze ich dort ein, wo ich sehe, dass Armut passiert. Und das sehen wir tatsächlich, wenn wir hinschauen, wo wir das Geld einsetzen müssen, um Armutsbekämpfung in dieser Stadt Bern zu machen. Und darum haben wir ja auch die Koordination über den Runden Tisch Armut. Jetzt kann man sagen, das sei nicht das richtige Gremium. An diesem Runden Tisch Armut sind alle von der Stadtverwaltung dabei, die privaten Organisationen, die Kirchen. Und wir haben immer Konsens, wo wir etwas machen wollen. Und das ist mir viel wichtiger als jetzt zu sagen: "Ich habe eine Strategie, aber leider kann ich sie nicht umsetzen." Und ich gehöre sicher auch nicht zu denen im Gemeinderat – das ist allgemein bekannt –, ich gehöre sicher nicht zu denen, die nicht das Gefühl haben, man könne auch politisch gewisse Schranken verschieben. Aber wenn wir halt die Vorgaben haben, dass wir die Finanzen so … Mit den Schranken, die der Gemeinderat und der Stadtrat immer wieder bestätigt haben, haben wir genau den Spielraum, den wir jetzt mit diesem Geld ausgenützt haben für die Armutsbekämpfung. Ich glaube, es fehlt nicht an Ideen in der Stadt Bern, was man machen könnte, sondern es fehlt auch hier das Geld. Vielleicht kommt auch das Parlament einmal zum Schluss und gibt der Armutsbekämpfung in dieser Stadt auch noch ein grösseres Gewicht, damit wir in dem Sinn noch mehr machen können. Ich glaube, wir vom Gemeinderat haben auf eure Vorstösse auch zum Beispiel Modelle vorgelegt, wie man Energiepreise senken könnte für Leute, für die die Energiepreise zu teuer sind. Auch das hat hier keine Mehrheit gefunden. Also wenn man jetzt sagt, die Stadt, wir machten nichts, wir hätten keine Strategie, finde ich das nicht. Ich finde, wir machen etwas und ich lade Bernadette sehr gerne herzlich ein. Komm doch einmal zu mir in die Direktion, wir zeigen dir, dass wir nicht unkoordiniert arbeiten. Wir arbeiten sehr koordiniert innerhalb der BSS, innerhalb der verschiedenen Direktionen und mit allen Organisationen beim Runden Tisch Armut. Und ich denke, wir können dir gut aufzeigen, dass man zwar keine Strategie hat, die ich auch gerne hätte. Aber

diese hätte ich eben dann auch gerne untermauert mit den Zahlen, damit wir die Massnahmen, die wir dort drin formuliert haben, auch finanzieren können.

Präsidentin: Merci, Franziska. Es handelt sich um eine Interpellation. Auch hier stimmen wir nicht darüber ab. Die Einreichenden haben gesagt, dass sie mit der Antwort zufrieden sind.

2021.SR.000236

18 Postulat Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Sara Schmid/Alina Irene Murano, SP): Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen; Prüfungsbericht

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum Nummer 18. Es ist das Postulat zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Einreichenden: Das Postulat spricht ein Thema an, von dem ich denke, dass sich die meisten hier in einem Punkt einig sind, zumindest im Grundsatz. Wir müssen Kindern und Jugendlichen mit psychischen Belastungen helfen und im Idealfall schauen, dass man früh erkennt, wenn es den Kindern oder den Jugendlichen schlecht geht, und es gar nicht erst zu einer Krise kommt. Immer mehr Kinder und Jugendliche erleben psychische Belastungen und Krisen und brauchen entsprechend fachliche Unterstützung. Gleichzeitig ist es dringend nötig, dass die Ursachen der vermehrt auftretenden Belastungen von Kindern und Jugendlichen früh erkannt und angegangen werden. Gerade Angebote an Schulen sind ein wichtiger Ansatz zur Früherkennung und Unterstützung. Dadurch können auch stationäre Aufenthalte verhindert werden und den betroffenen jungen Menschen kann rechtzeitig Unterstützung angeboten werden. Der Gemeinderat erkennt die Bedeutung von psychischer Gesundheit und hat verschiedene Massnahmen ergriffen, um sie zu fördern. Das Postulat fordert unter anderem, dass man prüft, wie Programme zur Förderung psychischer Gesundheit an Berner Schulen systematisch und obligatorisch eingeführt werden können. Im Bericht können wir lesen, dass es mit dem Netzwerk "Gesundheitsfördernde Schulen" oder der Ausstellung "Mein Körper gehört mir" bereits gute Programme gibt, die flächendeckend eingesetzt werden. Zudem soll ab 2024 bis 2026 das Gesundheitsförderungsangebot "Digitales Gleichgewicht" auf die 6. und 9. Klasse ausgeweitet werden. Das begrüssen wir sehr. Gerade der Übergang in die Oberstufe oder eben auch in die nachobligatorische Ausbildung können sehr schwierig sein. Der Leistungsdruck bei den Jugendlichen spielt dabei eine wesentliche Rolle und muss reduziert werden.
Trotz der Sicherung und dem Ausbau bestehender Angebote bestehen weiterhin Lücken in der Versorgung und die Belastung für junge Menschen nimmt zu. Eine Unicef-Studie zu Jugendlichen in der Schweiz zeigt alarmierende Resultate. So geben 37% der befragten Jugendlichen an, von psychischen Problemen betroffen zu sein. 17% der Jugendlichen mit Anzeichen von Angststörungen oder Depressionen haben bereits versucht, sich das Leben zu nehmen. Davon haben sogar 48% bereits mehrere Suizidversuche unternommen. Insgesamt geben 8% aller Befragten an, dass sie versucht haben, sich das Leben zu nehmen.
Ihr seht, diese Zahlen sind mehr als alarmierend. Zudem entpuppt sich die Pandemie als möglicher Treiber von schlechter psychischer Gesundheit auch noch Jahre danach.

Aber was kann man jetzt machen, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken? Präventionsprogramme müssen junge Menschen früh erreichen. Solche Programme sollten darauf abzielen, Schutzfaktoren zu stärken und neben Fachkräften des Gesundheitswesens auch die Erwachsenen im direkten Umfeld der Jugendlichen einzubeziehen. Auch das wird in der Stadt Bern bei gewissen Angeboten bereits gemacht. Angebote müssen für und mit Jugendlichen gemeinsam erstellt werden. Nur im direkten Dialog mit jungen Menschen kann eruiert werden, welche Angebote sie wie nutzen und was für ihre Versorgung wirklich fehlt. Das wird, wie aus dem Bericht hervorgeht, teilweise auch bereits gemacht. Nicht erst seit der Coronapandemie nehmen psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen zu. Hier sind insbesondere Schulen weiterhin gefordert, und es ist essenziell, dass wir die richtigen Angebote bestmöglich zur Verfügung stellen. Nichtsdestotrotz nehmen wir den Prüfungsbericht an und danken dem Gemeinderat für alles, was bereits getan wurde. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass das Thema weiterhin ganz oben auf der Agenda bleibt.

Präsidentin: Merci vielmals, Barbara. Es ist gerade ziemlich laut hier vorne. Ich bitte euch, wieder ein bisschen leiser zu sein. Danke vielmals. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Anna Jegher für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Eine Studie von Unicef aus dem Jahr 2021 hat aufgezeigt, dass 37% der 14- bis 19-Jährigen in der Schweiz von psychischen Problemen betroffen sind. Jede 11. der befragten Personen hat schon einmal einen Suizidversuch gemacht. Laut dem BFS (Bundesamt für Statistik) hat zwischen 2020 und 2021 die Hospitalisierung aufgrund psychischer Störungen bei den 10- bis 24-jährigen Frauen und Mädchen um 26% zugenommen, bei Männern und Buben um 6%. Das erste Mal waren psychische Störungen der häufigste Grund für eine Hospitalisierung in dieser Altersgruppe. Diese Zahlen sind alarmierend, vor allem wenn man bedenkt, dass die Dunkelziffer noch deutlich höher sein wird. Gleichzeitig sind Kinder und Jugendliche von einer massiven psychiatrischen und psychotherapeutischen Unterversorgung betroffen. Das ist nicht erst seit der Coronapandemie ein bekanntes Problem. Schon 2016 hat das BAG (Bundesamt für Gesundheit) eine deutliche psychiatrische und psychotherapeutische Unterversorgung vor allem bei Kindern und Jugendlichen kommuniziert. Und trotz dieser massiven Unterversorgung wird bei den Psychiatrien weiterhin munter gespart. In der Antwort zu diesem Postulat hält auch der Gemeinderat fest, dass Versorgungslücken bestehen und sich Investitionen in die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schlussendlich auch finanziell lohnen. Dass sich Investitionen in die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen finanziell überhaupt lohnen müssen, ist per se schon mal sehr fragwürdig.
Grundsätzlich finden wir den Prüfungsbericht aber sehr spannend und ausführlich. Die breite Auslegung des Verständnisses, was alles zur Förderung der psychischen Gesundheit gehört, finden wir von der GB/JA!-Fraktion sehr wichtig und auch informativ. Gleichzeitig werden häufig fehlende finanzielle Ressourcen als Argument genannt, warum man trotz klar bestehender Lücken die entsprechenden Angebote nicht erweitert; und das, obwohl der Gemeinderat ja selbst am Anfang schreibt, dass sich die Investitionen auch finanziell auszahlen. Also, was jetzt? Gerade auch im Hinblick auf die psychiatrische und psychotherapeutische Unterversorgung sind Massnahmen, die psychische Krisen schon früh auffangen oder im Idealfall sogar ganz verhindern können, umso wichtiger. Offensichtlich fehlt es aber nicht nur auf kantonaler, sondern auch auf städtischer Ebene am politischen Willen, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wirklich ernst zu nehmen.

Ich könnte euch zahlreiche Geschichten und Beispiele aus meinem persönlichen Umfeld erzählen. Ich habe die Zahlen am Anfang genannt: Es betrifft sehr viele Menschen und hinter jeder Zahl steckt ein persönliches Schicksal und ein mitbetroffenes Umfeld. Aber ihr könnt auch eine Zeitung aufschlagen und die Geschichten selber nachlesen. Das ist auch für die Sitzungseffizienz wohl ein bisschen besser. Schlussendlich ist man trotz all den Aufschreien von Betroffenen und Expert*innen nicht bereit, genug Geld in die Hand zu nehmen und die Situation zu verbessern. Und ich bitte euch deshalb gerade im Hinblick auf die Budgetdebatte, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wirklich ernst zu nehmen und nicht weiter auf ihrem Rücken zu sparen.

Präsidentin: Merci, Anna. Wir sind bei den Einzelvoten. Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund einer psychischen Krankheit eine IV-Rente beziehen, hat im Jahr 2023 exponentiell zugenommen. Hinter jedem dieser Fälle steht eine menschliche Tragödie, eine lange menschliche Tragödie. Leider hat sich die Situation auch nach dem Ende von Covid nicht merklich verbessert. Offenbar scheinen verschiedene gesellschaftliche Faktoren die Resilienz von jungen Menschen zu gefährden: Die vielen Kriege, Konflikte und die Klimakrise zeichnen ein sehr düsteres Bild der Zukunft. Suchtverhalten, bestehe es im digitalen Konsum oder im Konsum von Substanzen tragen zur Destabilisierung junger Menschen bei. Überlastete und überforderte Familiensysteme können ein weiterer Risikofaktor sein. In der Antwort des Gemeinderates wird aufgeführt, dass nirgends in Europa so viel gemobbt wird wie an Schweizer Schulen. Man weiss, dass gerade Mobbing-Situationen sowohl in Schulen wie auch am Arbeitsplatz besondere Gefährdungselemente für die psychische Gesundheit sind. Wenn man sich auf etwas konzentrieren will, wäre es am effektivsten, dieses bei der Mobbing-Prävention zu machen. Ich begrüsse es daher sehr, dass die Stadt Bern diesbezüglich ein Pilotprojekt lanciert hat.
Für Jugendliche und junge Erwachsene sind zudem bei fehlender Perspektive der Übertritt von der Schule in die nachobligatorische Ausbildung und dann auch der Übertritt in die Berufswelt besondere Gefährdungsmomente für die psychische Gesundheit. Das weiss man. Da könnte sicher auch die Stadt Bern zumindest beim ersten Übergang vielleicht noch mehr Unterstützung leisten. Gerade weil die Integration in unsere Gesellschaft sehr stark mit der Möglichkeit zusammenhängt, ob jemand im ersten Arbeitsmarkt arbeiten kann, muss unbedingt mehr in die Prävention investiert werden. Neben der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem Case Management Berufsbildung (CMBB) kann auch eine frühzeitige Anmeldung bei der IV zur gezielten Entlastung von jungen Menschen und ihren Eltern führen. Und ich höre schon wieder die Seite, dass die IV ausgenutzt werde. Ich kann das Gegenteil feststellen. Eltern haben eine sehr grosse Hemmschwelle, sich bei der IV zu melden und die notwendige Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die IV-Stelle Kanton Bern ist aktuell daran, ein Beratungsangebot für Schulen und Eltern aufzubauen und will damit auch etwas zur Entstigmatisierung psychischer Krankheiten beitragen.
Die Jugendpsychiatrien sind nach wie vor überlastet, therapeutische Angebote fehlen beziehungsweise kommen sehr oft zu spät. Das führt nicht selten zur Chronifizierung von Krankheiten und dann eben zur Invalidisierung. Insofern wären die Stärkung der Schulsozialarbeit, die Jugendarbeit als unterstützendes Element, aber auch die Schaffung weiterer Angebote sehr zu begrüssen. Und ich kann mich nur der Aussage meiner Vorrednerin anschliessen: Wenn man an einem Ort sicher nicht sparen darf, und mehr

finanziell investieren sollte, ist es bei der Präventionsarbeit gegen psychische Krankheiten. Eine Berentung steht am Ende eines sehr langen Leidenswegs – ich habe es am Anfang gesagt – und führt oft zu einer sozialen Isolation betroffener Menschen, was besonders bei jungen Menschen enorm tragisch ist. Mit der Isolation kommt es leider oft zu einer weiteren Verschlechterung der psychischen Situation. Jeder Franken, der vorher zur Stärkung der psychischen Gesundheit investiert werden kann, ist eine Investition in eine positive Zukunft dieser Menschen.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Wir sind beim Votum der Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Vielen herzlichen Dank für eure unterstützenden Voten zu diesem wichtigen Thema der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Es sind verschiedenste Studien erwähnt worden. Auch das BAG hat eine Befragung gemacht, die Ende 2023 publiziert wurde und die zeigt, dass eben die psychische Belastung der Bevölkerung gegenüber 2017 immer noch erhöht ist. Die Zahlen zu den jungen Erwachsenen wiederhole ich nicht. Die sind von meinen Vorrednerinnen erwähnt worden.
Die Schulen sind sicher ein wichtiger Lebens- und Lernort für die Kinder und Jugendlichen. Und die Schulen und die Kinder und die Jugendlichen stehen unter Druck. Das ist zum einen den Aspekten geschuldet, die wir im Zusammenhang mit Bildungsdiskussionen auch haben. Aber andererseits werden halt in den Schulen alle gesellschaftlichen Phänomene, alles, was auf dieser Welt passiert, auch abgebildet. Und daher sind all diese Krisen auch im Klassenzimmer spürbar und darunter leiden Jugendliche und Kinder überproportional.
Der Gemeinderat unterstützt natürlich die Stossrichtung des Postulates und hat auch bereits im AFP (Aufgaben- und Finanzplan) für 2024 – 27 und jetzt wieder im neuen AFP für die nächste Periode zusätzliche Gelder einstellen können. Er hat Gelder für zusätzliche Präventionsangebote beim Schulärztlichen Dienst und bei der Schulsozialarbeit eingestellt und auch bei den gesundheitsfördernden Schulen. Wir sind der Meinung, es brauche keine neuen Gefässe. Vielmehr wollen wir die Gefässe, die wir haben, nutzen, weil sie gut etabliert sind, damit sie sich nachher vermehrt um die psychische Gesundheit kümmern können. Es ist auch gelungen, 2 zusätzliche Angebote aufzubauen. Das ist die Entwicklung des Angebots zur Stärkung der psychischen Gesundheit für alle Jugendlichen in den 9. Klassen und in den 6. Klassen. In den 8. Klassen gibt es ein Sensibilisierungsprogramm, damit die Jugendlichen auch wissen, was psychische Gesundheit heisst, wie sie damit umgehen und damit sie Zeichen, die sie ja selber sehr gut spüren, auch ernst nehmen. Wir haben es auch so eingerichtet, dass der Gesundheitsdienst, also die Schulärztinnen, die Schulärzte, gerade in der achten Klasse bei Jugendlichen, die stark belastet sind, bei denen man sieht, dass es für sie wirklich ein Thema ist, die aber keine Unterstützung holen können, weil sie eben weder einen Arzt, eine Ärztin noch eine Psychiaterin oder einen Psychiater haben – es ist ja praktisch unmöglich heutzutage, dass man sich dort Unterstützung holen kann – wenigstens in einem ersten Gespräch schauen können, wie man sie unterstützen könnte oder was man für sie besser machen könnte. Wir haben schon vor 3 Jahren das Mobbing-Präventionsprojekt in der Stadt Bern lanciert, zuerst in der Schule Stapfenacker. Mittlerweile machen 3 Schulen mit an dem Präventionsprojekt. 4 weitere Schulen sind interessiert. Und das Ziel ist auch hier, wenn es die finanziellen Mittel erlauben, dass wir das Mobbing-Präventionsprojekt auf die ganze Stadt Bern ausrollen können, denn das ist ein sehr, sehr wichtiges Projekt. Ich denke, in diesem Bereich hat der Gemeinderat

auch versucht, die wichtigsten Massnahmen zu ergreifen und gleichzeitig auch die Finanzen der Stadt Bern nicht zu strapazieren.

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir stimmen über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung Nr. 018

2022.SR.000048: Prüfungsbericht	
Annahme	
Ja	55
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht angenommen.

2022.SR.000033

19 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PDA (Bernadette Häfliger/Barbara Keller, SP/Tabea Rai, AL): Das unternehmerische Risiko nicht dem Personal überbinden

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 19. Eine interfraktionelle Motion. Und ich erteile den Einreichenden das Wort, Bernadette Häfliger. Kann sich jemandem bitte anmelden?

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Ich hoffe, ich bin das letzte Mal hier vorne. Ich glaube es. Die Motion liegt schon über zweieinhalb Jahre zurück. Die konkrete Problematik in der Asylsozialarbeit hat sich unmittelbar nach dem Einreichen des Vorstosses, das tönt ein bisschen zynisch, insofern gelöst, als mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Asylsozialbereich mehr und nicht weniger Personal gebraucht wurde. Den Personen, denen damals die Kündigung angedroht wurde, sind im Nachgang innerhalb der Stadt Bern Stellen angeboten worden. Das zeigt, dass die bisherige Praxis der Stadt Bern nicht sehr effektiv ist. Das Verständnis der Stadt Bern betreffend Sozialpartnerschaft hat in der Vergangenheit leider nicht den üblichen Gepflogenheiten in der Schweiz entsprochen, weil die Stadt ihre Pflicht zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit in einer eindimensionalen Information der Personalverbände als erfüllt gesehen hat. Eigentliche Verhandlungen, um gemeinsame Lösungen für die Betroffenen zu finden, haben nicht einmal im Rahmen von Massenentlassungen oder Betriebsauslagerungen zwingend stattfinden müssen. Die Grundproblematik, dass die Stadt in einer analogen Situation das unternehmerische Risiko weiterhin vollumfänglich auf die Mitarbeitenden abwälzen kann, bleibt eigentlich weiterhin bestehen. Im Hinblick auf die immer akzentuierter werdende Fachkräftesituation wäre es empfehlenswert, wenn der Gemeinderat die Praxis überdenken würde. Die Stadt wird sonst unter Umständen als Arbeitgeberin nicht unbedingt attraktiver.
Der Stadtrat und vor allem das Volk haben mit der Revision des Personalreglements in diesem Bereich die dringend notwendigen Korrekturen vorgenommen. So können neu keine Kettenarbeitsverträge mehr abgeschlossen werden. Ein befristeter Arbeitsvertrag geht nach einmaliger Wiederholung automatisch in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis über. Bei Auslagerungen müssen neu neben den betroffenen Mitarbeitenden zwingend

auch die Personalverbände informiert werden, bevor der definitive Entscheid gefällt worden ist. Damit besteht zumindest die theoretische Möglichkeit, dass sie rechtzeitig alternative Vorschläge einbringen können. Die SP-JUSO unterstützt in dem Sinn den Antrag des Gemeinderates.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Gibt es Fraktionsvoten? Matteo Micieli für die AL/PdA-Fraktion.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Mit der vorliegenden Motion fordern wir, dass das Risiko beziehungsweise die starken Schwankungen in den Migrationsbewegungen nicht auf das Personal überwälzt werden, das in der Asylsozialarbeit arbeitet. 18 Personen waren damals davon betroffen. Sie wurden mit einer Arbeitsvertragsauflösung konfrontiert. Auch wenn die Antwort des Gemeinderates mehr oder weniger zufriedenstellend scheint und das Personalproblem, wie wir jetzt schon gehört haben, auch gelöst ist, finden wir es von der AL/PdA-Fraktion enorm wichtig, darauf hinzuweisen, dass ein so zentraler Bereich für prekarisierte Menschen, für Menschen, die auf die Stadt angewiesen sind, immer genug Personal haben muss. Dass manchmal mehr, manchmal weniger Menschen den Asylsozialdienst in Anspruch nehmen, heisst nicht, dass man mit dem Personal quasi nach Belieben umgehen kann. Es gibt auch laut dem Personalreglement die Möglichkeit, Mitarbeiter*innen frühzeitig intern zu versetzen, und das soll auch in Zukunft geschehen; einerseits, damit die Stadt Bern sich als attraktive Arbeitgeberin sozial verantwortungsvoll positioniert. Sie ist nämlich kein Unternehmen, auch wenn sie das immer wieder ein bisschen vergisst. Darum reden wir ja auch irgendwie von "konkurrenzfähig bleiben" und "Standortförderung" und vergessen so auch die eigene politische Dimension, damit man nachher Leute entlassen kann. Und andererseits auch, damit die Stadt Bern als sozial verantwortungsvolle Stadt Menschen im Asylwesen Unterstützung bieten kann, egal, ob es 50 oder 150 Menschen sind. Merci.

Präsidentin: Merci, Matteo. Dann kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich gebe hier im Namen der Fraktion FDP/JF gerne unsere Haltung zu dem Geschäft bekannt. Das Asylwesen ist ein volatiler und von kurzfristigen Schwankungen betroffener Sektor. Zur Veranschaulichung: Vor 10 Jahren gab es rund 23’000 Gesuche in der Schweiz, ein Jahr später mit 40’000 fast doppelt so viele, während Corona, im Jahr 2020, nur noch 1/4, nämlich 10’000, und im letzten Jahr wieder 30’000. Das sind Schwankungen. Um diese Schwankungen aufzufangen, haben die meisten Städte oder Kantone die Asylsozialarbeit ausgelagert oder arbeiten mit externen beziehungsweise privatwirtschaftlichen Partnern zusammen, die flexibler auf diese Schwankungen reagieren können als der Staat. Die Betreuung von Asylanten und Asylantinnen gehört deshalb auch nicht zum Kernbereich einer Stadtverwaltung.
Die Arbeit in der Asyl- und Sozialarbeit ist intensiv und verlangt einem einiges ab. Es ist in der Regel auch nicht ein Job fürs Leben. Viele nutzen den Bereich als Einstieg oder als Nebenjob während des Studiums oder als Zwischenlösung im Sinne eines Terrains de Passage. Die Motion greift unnötig in einen Bereich ein, der sich weitestgehend selbst regelt. Wir lehnen deshalb diesen Vorstoss ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Oliver. Für die GFL-Fraktion, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ich gehöre zu den sitzengebliebenen Studenten, ich bin immer noch im Asylbereich tätig. Es ist tatsächlich, ich kann mich Oliver Berger anschliessen, ein sehr volatiler Bereich. Und es mutet mich ein bisschen zynisch an. Es gibt nämlich auch Menschen, die nicht bei der Stadt Bern arbeiten. Die Stadt Bern ist tatsächlich nicht in der Lage, mit ihrem super ausgebauten Personalreglement diesen volatilen Bereich abzubilden. Das ist nicht möglich. Darum bildet man Leistungsverträge und diese können dann die Volatilität abbilden. Damit hat man das Problem aber einfach nach unten verschoben und nicht gelöst. Und das möchte ich einfach im Namen, glaube ich, auch unserer Fraktion noch angemerkt haben.

Präsidentin: Danke, Francesca. Wir sind bei den Einzelvoten. Es gibt keine Einzelvoten. Dann sind wir beim Votum der Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich kann es bei diesem Vorstoss kurz machen, weil dieser Vorstoss tatsächlich in einer anderen Zeit eingereicht wurde, als wir uns heute befinden. Ich glaube, es herrscht Einigkeit, dass der Bereich sehr volatil ist und dass wir daher im Bereich der Asylsozialhilfe in der Stadt Bern auch gefordert sind, genügend Leute zu haben, die diese Arbeit machen wollen. Einfach zum Entscheid damals, die befristeten Stellen nicht weiter besetzen zu können: Da war zum einen die Nachfrage. Wir hatten einfach nicht mehr so viele Asylsuchende hier in der Stadt Bern. Aber ich möchte euch daran erinnern, und das wissen wahrscheinlich viele nicht mehr hier im Stadtrat. Ihr, eure Vorgängerinnen und Vorgänger, habt beschlossen, dass wir die neuen Stellen zeitlich beschränken sollen. Das war nicht der Vorschlag des Gemeinderates. Das war der Vorschlag, der vom Stadtrat so überwiesen wurde, und deshalb halten wir uns im Gemeinderat, in der BSS auch an die Vorgaben, die der Stadtrat gemacht hat. Mittlerweile haben wir ein neues Personalreglement und da gelten jetzt andere Regelungen, die selbstverständlich auch für den Asylsozialdienst in der Stadt Bern gelten.
Wir konnten im Moment zum Glück auch alle Stellen in diesem Bereich besetzen, denn es ist, wie von den Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, ein sehr anspruchsvoller Bereich. Und ich danke auch allen, die sich in diesem Bereich engagieren, sei das jetzt innerhalb der städtischen Gemeindestrukturen, den Kantonsstrukturen oder sei das eben auch bei all den privaten Organisationen, kirchlichen Organisationen, die machen, dass wir wirklich die Flüchtlinge bei uns in der Stadt Bern auch so aufnehmen können, damit wir doch auch innerhalb der kantonalen Vorgaben, die ja sehr restriktiv sind, sagen können: Wir geben das Beste für die Menschen bei uns. Der Gemeinderat beantragt euch, die Motion als Richtlinie anzunehmen und die Motion gleichzeitig abzuschreiben.

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir stimmen zuerst über die Motion ab und nachher, wenn ihr die erheblich erklärt, über die Abschreibung. Wir stimmen über die Motion ab.

Abstimmung Nr. 021

2022.SR.000033

Annahme

Ja	48
Nein	15
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Motion angenommen. Wir stimmen in dem Fall über die Abschreibung ab.

Abstimmung Nr. 022

2022.SR.000033: Abschreibung	
Annahme	
Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Motion abgeschrieben.

2022.SR.000048

20 Postulat Fraktion SP/JUSO (Alina Murano, SP) - übernommen durch Barbara Keller (SP): Anonyme Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum Nummer 20. Das ist ein Postulat der SP/JUSO-Faktion. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Wir haben gerade noch ein Problem mit der Redner*innenliste. Ich bitte noch ein bisschen um Geduld. In dieser Zeit kann ich gerade schnell fragen: Ist das Postulat bestritten? Okay. Gut, wir probieren es noch einmal. Jetzt ist es gegangen, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Einreichenden: In der Schweiz sind in den letzten 15 Jahren sexuell übertragbare Infektionen markant angestiegen. Sexuell übertragbare Infektionen bleiben oft lange unentdeckt und können sich so rasch und unbemerkt verbreiten. Der Schlüssel zur Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten ist schon lange bekannt. Er heisst frühzeitiges Testing. Doch die Tests sind teuer und müssen in der Schweiz meistens selbst finanziert werden. Selbst wenn sie von der Krankenkasse übernommen werden, führen hohe Franchisen dazu, dass die Kosten am Schluss selbst bezahlt werden müssen. Die finanzielle Belastung schreckt viele ab, Tests durchzuführen, selbst bei Verdacht auf eine Infektion. Um dem zu entgegnen, fordern Fachärzt*innen und die Aidshilfe Schweiz kostenlose und erschwingliche Tests, um mehr Menschen zu regelmässigem Testing zu ermutigen. Seit gut einem Jahr folgt die Stadt Zürich dieser Forderung. Zürich hat als erste Stadt in der Schweiz ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt "Gratistests für sexuell übertragbare Infektionen" gestartet. Junge Menschen bis 25 und Personen mit einer KulturLegi können sich jetzt gratis und anonym auf sexuell übertragbare Infektionen testen lassen. Die Massnahmen zeigen Wirkung und der Ansturm auf das Angebot ist hoch. Es zeigt, wie wichtig ein niederschwelliges Testangebot ist und dass damit tatsächlich Menschen erreicht werden, bei denen diese Tests sonst finanziell nicht möglich wären. Tests und Beratungen müssen besser finanziert und verfügbar gemacht werden. Denn Aufklärung, Prävention und frühzeitige Diagnosen führen nicht nur zu einer besseren Kontrolle von sexuell übertragbaren Infektionen, sondern letztlich auch zu einer gesünderen Bevölkerung. Ein Ziel, dass auch wir als Stadt Bern verfolgen. Die SP-JUSO-Fraktion nimmt das Postulat an, um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen.

Präsidentin: Danke, Barbara. Wir sind bei den Fraktionsvoten angelangt. Janosch Weyermann für die SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Grundsätzlich haben wir eine Sympathie für das Postulat. Nichtsdestotrotz möchte ich darauf hinweisen, dass es sehr viele bestehende Angebote gibt in der Stadt. Es gibt zum Beispiel im Inselspital die Möglichkeit bereits heute anonyme STI-Tests zu machen. In den Checkpoints der Aidshilfe Bern kann man solche Tests machen. Und da es ja auch vor allem darum geht, diese Schwelle möglichst tief anzusetzen und vor allem für Leute, die ein tiefes Budget haben oder kein Budget erreichbar zu machen, also einfach zur Info: Beim Checkpoint kann man zum Beispiel als Asylbewerberin oder Asylbewerber kostenlos so einen Test machen. Wenn man finanzielle Schwierigkeiten hat, kommen sie einem auch entgegen. Und vorhin wurde das Beispiel von Zürich genannt. Dort geht es ja auch darum. Also das ist ein bisschen ein gemeines Pilotprojekt in Zürich habe ich gelesen, denn das schliesst eigentlich nur bis 25-jährige ein und nur wenn man in der Stadt Zürich wohnt. Und ich bin der Meinung, die Geschlechtskrankheiten hören nicht an der Gemeindegrenze auf und ja also ich würde hier auf die bestehenden Angebote verweisen und ich glaube, es ist nicht die Aufgabe der Stadt hier Gratistests anzubieten. Deshalb lehnen wir das Postulat ab, aber wir haben gewisse Sympathien.

Präsidentin: Danke, Janosch. Dann kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die sexuell übertragbaren Krankheiten in der Schweiz sind auf dem Vormarsch, das auch europaweit. Die Chlamydien-Fälle haben sich in der Schweiz in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Im Jahr 2021 sind dem Bundesamt für Gesundheit mehr als 12’000 Infektionen gemeldet worden. Zugenommen haben auch die Ansteckungen mit Tripper und Syphilis. Rückläufig oder stabil sind hingegen die Zahlen der Ansteckungen mit HIV. Man kann den gesellschaftlichen Wandel moralisch beklagen oder freiheitlich gut finden, wie dem auch sei. Fakt ist, die Durchschnittsbevölkerung lebt sexuell wieder freizügiger als auch schon und hat mehr ungeschützten Sex mit mehr Partnerinnen und Partnern. Sexuell übertragbare Krankheiten haben so ein leichtes Spiel, insbesondere deshalb, weil längst nicht alle, die infiziert sind, auch Symptome zeigen. Corona lässt grüssen. Es gibt also eine Vielzahl von Leuten, die andere anstecken, ohne dass sie sich im Klaren sind, dass sie eben andere anstecken. Da gibt es nur eines: Die Infektionskette früh zu schneiden und zu unterbrechen. Am besten macht man das mit regelmässigen Tests. Die Hemmschwelle ist bei gewissen Gruppen und das sind nicht nur die Risikogruppen nach wie vor hoch, sich eben offiziell mit Namen und Adressen testen lassen und das über die Krankenkasse abzurechnen. Gewisse Leute wollen eben vielleicht nicht ihren Eltern quasi ein Outing offenbaren über die Krankenkassenabrechnung wegen eines Tests. Oder auch andere Personengruppen, die vulnerabel sind, schämen sich offiziell über die Krankenkasse, so einen Test zu machen. Eine Lösung nebst Aufklärungs- und Präventionsarbeit sind niederschwellige Testangebote. Das kostet zwar die Steuerzahlerinnen und der Steuerzahler einen Batzen. Der Schaden oder aber die Folgekosten, die können abgewendet werden, sind viel bedeutender und darum stimmen wir dem Postulat von den anonymen Gratistests bezüglich STI von der Fraktion FDP-Jungfreisinn zu. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Dann kommt Mahir Sancar für die GB/JA!-Fraktion.

Mahir Sancar (JA!) für die Fraktion: Vielen Dank. Ich halte das Votum für Mirjam. Aktuell sind die Zahlen der HIV-Neudiagnosen in der Schweiz am Sinken. Dasselbe gilt für Hepatitis B, während aber, wie mein Vorredner richtig gesagt hat, die Neudiagnosen von Chlamydien, Gonokokken-Infektionen und Syphilis derzeit zunehmen. Sexuell übertragbare Krankheiten können typischerweise lange unbemerkt bleiben und ernsthafte Folgen verursachen wie Unfruchtbarkeit, Schmerz, Immunschwäche oder schlimmstenfalls den Tod. Sie können aber typischerweise auch sehr gut behandelt werden, sodass die Lebensqualität nicht oder kaum darunter leiden muss. Genau deshalb ist es wichtig, dass Infektionen möglichst früh erkannt werden und ihre Verbreitung unterbrochen wird. Neben den Kosten von 150 bis 200 Franken für ein Testpaket für die 5 häufigsten Geschlechtskrankheiten sind auch die Tabuisierung und Stigmatisierung immer noch ein Hindernis für Menschen, um sich testen zu lassen. Darum muss es möglich sein, dass man sich gratis und anonym testen lassen kann. Aus der Sicht der öffentlichen Gesundheit ist die Möglichkeit zur niederschwelligen Testung genauso wichtig wie aus der Sicht des Individuums, unabhängig von der Risikosituation der betroffenen Person. Die GB/JA!-Fraktion unterstützt deshalb das Postulat. Wichtig erscheint uns hier besonders die Zusammenarbeit mit den bestehenden Organisationen wie der Aidshilfe, dem Checkpoint Bern oder Xenia. Es ist ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass Menschen aus Risikogruppen entsprechend den Empfehlungen häufiger getestet werden können und dass Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus bei den Angeboten ausdrücklich miteingeschlossen sind, wie das aktuell beim Checkpoint Bern versucht wird. Das bedeutet also die Schaffung von Rahmenbedingungen, die allen den Zugang zu Tests, zu Informationen und schliesslich auch zu den notwendigen Medikamenten ermöglichen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Mahir. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat das Wort die Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich probiere mit meinem Votum vielleicht auch noch die SVP davon zu überzeugen, dass sie dem Postulat zustimmen könnte, weil Janosch gesagt hat: Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, aber es gibt ja schon Angebote, die man dafür hätte und auch beanspruchen könnte.
Der Gemeinderat ist mit euch allen einverstanden. Es ist ein wichtiges Thema und deshalb ist er auch bereit, das Postulat anzunehmen. Ihr habt schon, ich glaube etwa vor 2 Monaten, ein Postulat von Seraina Patzen überwiesen, das besagt, wir müssten schauen, wo es Lücken im Gesundheitssystem in der Stadt Bern gibt für Leute, die eben sonst nicht Zugang haben oder für Angebote, die sonst nicht zugänglich für alle sind. Und der Gemeinderat wird im Rahmen dieses Postulates auch jenes Postulat prüfen. Und wir werden selbstverständlich schauen, welche Angebote es schon gibt, wo Lücken bestehen. Und wir werden euch nur genau dort etwas Neues vorschlagen, wo wir aufgrund dieser Prüfung zum Schluss kommen: Ja, es gibt eine Lücke, ja, es gibt eine Lücke bei diesen anonymen Gratistests für spezielle Gruppen. Und daher finde ich, könnte man doch jetzt vielleicht auch, weil wir heute schon ein paar Abstimmungen hatten, das Postulat einstimmig überweisen.

Präsidentin: Merci, Franziska. Das finden wir jetzt gerade heraus. Wir stimmen über die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 023

2022.SR.000124

Annahme	
Ja	57
Nein	1
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2022.SR.000124

21 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 21. Das ist die Motion der Kommission SBK zum bedingungslosen Grundeinkommen. Die Motion ist bestritten und ich erteile das Wort für die SBK und für die Einreichenden, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die SBK-Mehrheit: Wir reden heute über die Kommissionsmotion der SBK zur Durchführung eines Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten. Die Motion fordert, dass die Stadt Bern einen Pilotversuch in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden durchführt, der wissenschaftlich begleitet wird. Mit dem Versuch sollen konkrete Erfahrungswerte zur Frage der künftigen finanziellen Sicherheit in einer sich strukturell wandelnden Gesellschaft gesammelt werden können. Technische Innovationen fordern auch soziale Innovationen und erfordern deshalb neue Lösungsansätze und Experimentierräume. Mit einem Pilotprojekt soll genau dieser geschaffen werden. Der Gemeinderat ist bereit, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Wir haben in der Kommission beraten, ob wir bereit sind zu wandeln oder an einer Motion festhalten wollen. So viel vorneweg: Wir werden an der Motion festhalten. Ich werde euch ausführen, warum. Nik wird anschliessend die Kommissionsminderheitsposition vertreten, die empfiehlt, in ein Postulat zu wandeln. Jetzt aber zuerst zur Mehrheitsposition. Der Gemeinderat schreibt im Bericht, er wäre bereit, einen Pilotversuch mit anderen Städten durchzuführen. Auch das Sozialamt wäre interessiert und bereit, ein solches Experiment mitzumachen, da auch sie es für sinnvoll halten, neue Erkenntnisse zu gewinnen. Der Auftrag, die Eckwerte zu definieren, wurde ausgeführt. Es liegt eine Kostenschätzung und ein Kostenverteiler vor. Auch hat man bereits versucht, die Zusammenarbeit mit anderen Städten aufzugleisen, hat aber bis jetzt noch keine Zusagen bekommen. Der Gemeinderat beantragt deshalb, die Wandlung in ein Postulat, um das Anliegen im Rahmen der Möglichkeiten weiter zu verfolgen. Bis hier sind wir uns eigentlich alle einig.
Die Kommission ist nicht der Meinung, dass die Stadt Bern einen Alleingang machen soll. Für einen Pilotversuch braucht es eine gewisse Grundgesamtheit, damit Unter- und Vergleichsgruppen gebildet werden können. Wir wollen deshalb alle eine Zusammenarbeit mit anderen Städten und keine isolierte Betrachtung der Stadt Bern. So fordert es übrigens auch die Motion. Die Motion ist so formuliert, dass es keinen Anlass zur Befürchtung gibt, dass die Stadt Bern einen Alleingang macht und es deshalb wissenschaftlich nicht abgestützt sein könnte. Aber uns ist es ein Anliegen, dass weitere

Anstrengungen unternommen werden. Wenn wir heute ein Postulat und einen Prüfungsbericht annehmen, hat sich das Postulat somit für den Gemeinderat erledigt. Wir halten deshalb an der Motion fest, um sicherzustellen, dass das Thema wieder aufgenommen wird, wenn es sich ergibt, sprich, wenn sich eine Zusammenarbeit ergibt. Das Anliegen soll zu einem späteren Zeitpunkt bei anderen Städten erneut proaktiv eingebracht werden. Mit der Überweisung der Motion würden wir deshalb auch ein deutliches Signal senden, dass die Stadt Bern über die nötigen politischen Grundlagen verfügt, ein Pilotprojekt zu starten. Das kann die Bereitschaft bei anderen Städten wiederum stärken.
Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein vieldiskutiertes Thema und wird früher oder später wieder höher auf die politische Agenda kommen, auch bei anderen Gemeinden. Es ist für uns ein politisches Statement, dass das Thema wichtig ist und dass es auf der Agenda bleiben soll. Deshalb bittet euch die SBK, diese Motion als Motion zu überweisen.

Präsidentin: Danke, Barbara. Dann kommt Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die SBK-Minderheit: Ich würde mir auch erlauben, das Fraktionsvotum gerade anzuschliessen, wenn das geht, aber zumindest auch schon für die Kommissionsminderheit: Bitte bleibt doch vernünftig. Es geht hier nicht nur um viel Geld. Es geht auch darum, dass eine Studie absolut nichts bringt, wenn sie so vorbereitet wurde, wie diese hier vorbereitet wurde. Ich gebe euch schnell ein paar Erklärungen, warum. Denn grundsätzlich wäre so eine Studie noch spannend. Also, was da aber vorliegt, ist einfach nichts als hinausgeworfenes Geld. Es wäre eigentlich spannend herauszufinden, welchen Effekt ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte. Wenn man das herausfinden will, braucht es eine Studie, die dem Namen auch gerecht wird. Es ist in der Motion ja das Pilotprojekt "Grundeinkommen" in Deutschland erwähnt worden. Dort ist die Studiengrösse 1’500 Personen. Laut Gemeinderat würden beim Versuch hier in Bern aber nur gerade 300 Personen einbezogen, obwohl mir nicht ganz klar ist, ob da auch die Vergleichsgruppe miteingerechnet ist. Wenn nicht, dann bekämen die 300 Personen gerade mal rund 750 Franken im Monat. Der Gemeinderat rechnet im Vortrag ja vor, dass pro Studienteilnehmendem mit Kosten von rund 25- bis 30’000 Franken gerechnet werden müssten. Auf 36 Monate gerechnet gäbe das eben die 750 Franken. Oder wenn die 300 Personen inklusive Vergleichsgruppe wäre, dann wäre der Betrag zwar höher, aber dann wäre eben die Gruppe, die Geld bekommt noch einmal kleiner, also etwa 150 schätze ich jetzt einmal, und das ist einfach nicht repräsentativ. Das ist keine seriöse Studie. Und noch etwas: Auch wenn wir mit Kosten von 25- bis 30’000 Franken rechnen pro Studienteilnehmenden, dann sind die vom Gemeinderat erwähnten 7,5 bis 9 Mio. Franken schon weg, aber die Studie selber kostet ja auch noch Geld. Woher das genau genommen werden soll, ist mir im Moment auch noch schleierhaft. Zudem: Wenn weniger gearbeitet wird, werden auch weniger Steuern bezahlt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen hat für eine Staatskasse gerade auf mehreren Ebenen Einfluss und die Kosten werden im Vortrag oder in der Antwort des Gemeinderates auch nicht erwähnt. Was jetzt vorgelegt wird, ist nicht nur nicht realistisch. Es bringt auch wissenschaftlich schlichtweg nichts. Es ist eben, wie gesagt, Geld zum Fenster hinausgeworfen. Und nachher taucht bei mir die Frage auf: Ja, was würden wir denn machen mit dieser Erkenntnis, wenn man herausfinden würde, dass das bedingungslose Grundeinkommen tatsächlich eine tolle Sache wäre? Rechnen wir wieder mit rund etwa 1’500 Franken pro Monat, den Betrag, den es auch in der Studie geben würde, wenn eben etwa 150 Personen das Geld bekommen würden. Würde das auf die ganze Stadt ausgeweitet, also mal 12 Monate und rund 133’000 Einwohner*innen,

würde das fast 2,5 Milliarden Franken kosten pro Jahr. Wie bitte würde man das finanzieren? Das ist der Hauptgrund gewesen, warum auch die nationale Vorlage vor dem Volk dazumal gescheitert ist – und nicht nur haushoch im ganzen Land, sondern auch in der Stadt Bern ganz deutlich. Es konnte 2016 niemand aufzeigen, wie man es finanzieren würde. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat 2016 eine Schätzung gemacht und ist auf Kosten gekommen von etwa 200 Mia. Franken, wenn man es einführen würde. Aber Achtung: Diese Schätzung ist auch davon ausgegangen, dass das Erwerbseinkommen bis zur Höhe des Grundeinkommens abgeschöpft würde. Und damit wären Effekte wie mehr Zeit zum Beispiel für die Pflege und so gerade wieder weg. Es würden nur diejenigen unterstützt, die weniger verdienen als das Grundeinkommen. Es wäre kein bedingungsloses Grundeinkommen, weil die Bedingung lautet, dass man nicht arbeitet. Und das allein hätte schon 200 Mia. Franken gekostet. Deshalb wurde diese Vorlage schlussendlich auch klar abgelehnt.
Kommen wir aber zurück zum Pilotversuch. Jetzt geht es ja zuerst einmal um diesen und auch da müssen wir über Geld reden. Wir stehen kurz vor der Budgetdebatte und versuchen jetzt schon, ein rotes Budget nicht nur röter werden zu lassen. Wenn es nach uns ginge, müsste es eigentlich schwarz sein, damit die nächsten Generationen keine Schulden haben. Und ausgerechnet jetzt reden wir über einen Pilotversuch, der nicht nur nicht finanzierbar ist, sondern auch wissenschaftlich nichts bringt. Und das ist, wie wenn wir privat Geld ausgeben für etwas, von dem wir schon jetzt wissen, dass wir es nie brauchen werden – irgendetwas kaufen auf Wish oder sonst wo, von dem wir wissen, dass es nachher irgendwann einmal in der Ecke landet und wir es wirklich nicht brauchen können. Das haben auch die anderen Städte gemerkt, darum haben sie auch gefunden: "Nein, da machen wir momentan nicht mit." Also ich betone noch einmal: Spannend wäre so eine Studie durchaus. Vielleicht könnte man ja tatsächlich ein paar Sachen bei dieser deutschen Studie abschauen, die in der Motion erwähnt ist. Die ist nämlich nicht nur wissenschaftlich fundierter, sondern wird auch finanziert von rund 200’000 privaten Auftraggebern*innen, also nicht vom Staat. Das wäre super. Statt einfach einmal mehr die rote Staatskasse anzupumpen, könnte man mal schauen, wie man das in Deutschland hingebracht hat und das vielleicht auch so einmal ausprobieren könnte, mit der Finanzierung. Denn, eben: Grundsätzlich die Studien machen – wieso nicht? Wäre an und für sich spannend.
Also bleiben wir hier in der Stadt Bern. bleiben wir vernünftig. Schauen wir, was die anderen Studien so sagen, eben zum Beispiel in Deutschland, und geben nicht unnötig Geld aus. Und wenn die Finanzierung doch noch geklärt wird, also so ein bisschen die Quadratur des Kreises, dann könnten wir tatsächlich über einen Pilotversuch reden, aber erst dann. Vorher ist es einfach hinausgeworfenes Geld. Und deshalb wollte eine Kommissionsminderheit, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Es gibt mehr Möglichkeiten, um nachher eben dort flexibel zu schauen, wie das weitergehen soll. Ja, es wäre wahrscheinlich auf die lange Bank geschoben. Das wird ja auch so gesagt, aber ich glaube, das wäre auch die richtige Strategie. Also daher wäre eine Wandlung die richtige Form. Dürfte ich noch das Fraktionsvotum anschliessen?

Präsidentin: Ja, du hast aber schon überzogen. Das heisst, du kannst noch, aber nur noch 8 Minuten.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Wir würden dann auch das Postulat ablehnen.

Präsidentin: Danke, Nik. Ich habe eine wichtige Information zum Prozess. Es wäre sicher auch gut, wenn Nik zuhört. Es scheint ein Missverständnis zu geben, denn wir

werden hier nicht darüber reden, ob wir es als Motion annehmen oder als Postulat, sondern die Mehrheit der Kommission hat beschlossen, dass man an der Motion festhält, und deshalb werden wir hier über die Motion abstimmen. Aber es ist jetzt in Ordnung, ihr habt euer Kommissionsvotum geteilt und du hast haben noch einen Teil eurer Redezeit für das Fraktionsvotums genommen. Darum ist alles gut. Die FDP als Fraktion kann jetzt nicht mehr sprechen und wir stimmen über die Motion ab. Ist das allen so weit klar? Gut, dann sind wir bei den Fraktionsvoten. Francesca Chuckwunyere für die GFL-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Wir haben eigentlich das Anliegen schon vor langer Zeit eingegeben. Es ist also nicht kurz vor dem wieder tiefrot geschätzten Budget, dass wir es wieder eingeben. Ich habe das Votum, das ich halte, eben noch vor den Sommerferien geschrieben. Seither hat der "Bund" im Sommerloch in grossen Buchstaben getitelt: "Grundeinkommen hält nicht, was es verspricht", eine randomisierte Studie, die sicher deinen Ansprüchen genügen würde. In den USA haben sie eindeutig keine Verhaltensänderungen bei den Probanden festgestellt. Dabei hat man verschwiegen, dass sich die ganze Versuchsanlage total von dem unterscheidet, was wir hier unter einem Grundeinkommen verstanden haben bei der Eingabe dieses Vorstosses. In den USA hat man den Probanden einfach ihr normales Einkommen um Dollars aufgestockt. Davon haben sich wenige Menschen bewegen lassen, ihren Lifestyle zu ändern. Was wir hier austesten wollen, ist, ob die Menschen ihren Lifestyle ändern, wenn ihnen zur Lohnarbeit eine echte Alternative geboten wird, eben ein Grundeinkommen. Und weil sich also die Erkenntnisse dieser zitierten Studie um Birnen dreht, kann sie nicht auf Äpfel angewendet werden. Darum halte ich jetzt genau das gleiche Votum, wie ich es vor den Ferien gehalten hätte.
Geld war eigentlich einmal ein Mittel zum Zweck. Es hat dazu gedient, die Waren einfacher zu tauschen. Damit es tatsächlich einen Eigenwert hatte, hat man es aus seltenen Metallen hergestellt. Später hat es aber ein Eigenleben entwickelt. Sein Besitz wurde zum Selbstzweck. Je mehr Geld, desto mehr Einfluss, Macht, Ego. Gleichzeitig hat es so auch immer mehr an Eigenwert und Gegenwert verloren. Zuerst wurden aus Goldtalern Silbertaler. Heute investieren wir virtuell in Bitcoins, in Optionen auf Gewinne und Verluste. Alles und jedes wird über Geld definiert. Der Wert von bestimmten Arbeiten, gesellschaftliches Ansehen, gesellschaftliche Zugehörigkeit, Selbstwert an sich. Und je mehr davon vorhanden ist, desto höher das Ansehen, der gesellschaftliche Handlungsspielraum, desto mehr Lebensqualität, Gesundheit und vor allem Macht und Selbstwert. Die seit rund 150 Jahren vorherrschenden Wirtschaftssysteme in Europa, die auch unser Denken prägen, haben zudem dazu beitragen, dass sich Geld immer dort vermehrt, wo es schon vorhanden ist, und dort verflüchtigt, wo es ohnehin schon daran mangelt. Der Volksmund sagt dazu: "Der Teufel scheisst immer auf die gleichen Haufen." Wir haben zwar schon gemerkt, dass das System ungerecht ist, und die calvinistische Sage des gläubigen Christs, der sich selber am Schopf aus dem Schlamm zieht nach dem Motto "Hilf dir selbst, so hilft dir Gott", sich für immer weniger Menschen erfüllt. Darum haben wir im 19. Jahrhundert ausgeklügelte Umverteilmechanismen erschaffen, die dieser Ungerechtigkeit entgegenwirken sollen. Die AHV-Versicherungen, Pensionskassen, Sozialhilfe, etc. Damit diese nicht missbraucht werden, müssen wir wieder ausgeklügelte Kontrollmechanismen entwickeln. Vor allem müssen sich die Bezüger dieser Ausgleichsmechanismen für diesen Empfang rechtfertigen. Sie müssen begründen, warum, müssen erklären, warum, auf Grund welchen Defizits es ihnen nicht möglich ist, selber ein genügendes Auskommen zu haben, das ihnen ein angemesse-

nes Überleben ermöglichen würde. Als solche Defizite gelten Alter, körperliche Gebrechen und Krankheit, ungenügendes Einkommen trotz 100% Erwerbstätigkeit, Betreuungspflichten. Kurzum: Wir orientieren uns bei der Verteilung dieser Ausgleichszahlungen an Defiziten. Gleichzeitig fallen einerseits immer mehr Menschen aus dieser schmalen Norm, die wir als nicht defizitär ansehen, und die Wirtschaft bietet immer weniger Arbeitsplätze, die auch von Menschen eingenommen werden können, die in irgendeiner Form aus dieser Leistungsnorm herausfallen. Nur die wenigsten schaffen es aus eigener Kraft, sich aus dieser fatalen Abwärtsspirale zu befreien, weil sie das ihnen zugeschriebene Defizit verinnerlichen und allenfalls vorhandene Ressourcen vergessen. Sie fallen dem Poor-Paesant-Syndrom anheim, indem sie mit aller Kraft versuchen, in ein System doch noch hineinzukommen, das sie schon längst abgeschrieben hat, und finden gar keine Zeit, sich ressourcenorientiert mit tatsächlichen Lösungsmöglichkeiten auch nur annähernd auseinanderzusetzen.
Gleichzeitig fahren die Sozialwerke gegenwärtig am Limit. Das wisst ihr alle. Wir finden keine Lösungen für die angeschlagene Altersvorsorge, die Gesundheitskosten explodieren, für die psychologische Betreuung von jungen Menschen gibt es unendliche Wartezeiten etc. Kreativ tätige Menschen finden sich mehr und mehr in der Prekarität wieder, weil auch ihre Tätigkeit nicht dem Normverhalten entspricht. Ein Paradigmenwechsel scheint unter diesen Umständen nur folgerichtig. Der Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens stellt einen solchen dar. Es geht davon aus, dass jeder und jede eine Existenzberechtigung und deshalb ein Auskommen zugute hat. Was das dann tatsächlich für einen Effekt auf die Gesellschaft hätte, wäre eben auszuprobieren – in einem Pilotprojekt. Gelingt es damit tatsächlich, die Ressourcen der Menschen zu wecken? Inspiriert das Vorhandensein von einem gesicherten Grundauskommen tatsächlich die eigene Kreativität? Wie wird die gewonnene Zeit für mehr Carearbeit, für eine nachhaltigere Wirtschaft im eigenen Umfeld ausgenutzt? Wie entwickeln sich Selbstwert und psychische Gesundheit?
Der Gemeinderat begrüsst das Experiment in seiner Antwort, sympathisiert mit der Idee, versteckt sich aber hinter dem Argument, man habe versucht, andere zu gewinnen. Es hätten aber keine mitgemacht. Ja, natürlich! Wäre die wissenschaftliche Referenz wesentlich grösser gewesen, hätten andere Städte mitgemacht. Aber darum gerade die Flinte ins Korn zu werfen und es nicht einmal zu probieren, selber und alleine in einem echten Leuchtturmprojekt, enttäuscht mich ein bisschen. Manchmal muss man den ersten Stein in einen Teich werfen und darauf warten, bis die Wellen die peripheren Gebiete erreichen. Das Experiment kostet uns gerade mal so viel pro Jahr wie 100 Meter Hochwasserschutzmauer aus Sandstein mehr kosten als aus Beton. Ich will damit sagen: Es ist nicht eine Frage des Geldes. Das geben wir teilweise hier blöder aus, sondern eine Frage des politischen Willens, des politischen Muts, um mal etwas Visionäres anzugehen. Und damit wird Geld wieder zum Zweck. In diesem Fall dient sie dem guten Zweck der Politik, das Zusammenleben der Menschen zum Wohl aller zu organisieren. Danke für das Zuhören.

Präsidentin: Merci, Francesca. Dann kommt Barbara Keller für die SP-JUSO.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte für viele Menschen, die sich in prekären Lebenslagen befinden, eine echte Erleichterung sein. Die Grundidee des Konzepts besteht darin, dass die Menschen durch das bedingungslose Grundeinkommen eine Absicherung haben. Wer sich nicht dauernd über Geld Gedanken machen muss, kann sich besser bewegen und entfalten. So kann man beispielsweise eine Aus- oder Weiterbildung anfangen, ohne dauernd darüber

nachzudenken, wie man sein Leben wohl nebenbei finanzieren soll. Und ja, es gibt unzählige Menschen, die das sonst heute nicht könnten, weil sie sich um ihre Existenz sorgen müssen. Nicht zu vergessen: Der immense administrative Aufwand, den die Leute heute haben, wenn sie staatliche Unterstützung benötigen. Oft ist es einfach zu undurchsichtig, welche Stelle einem die Hilfe geben würde, oder die geforderten Anforderungen an einzureichenden Unterlagen und Formularen ist immens. Zudem muss man seine gesamten Finanzen offenlegen und jede noch so kleine persönliche Ausgabe begründen. Fakt ist, viele Leute beziehen heute Leistungen nicht, auch wenn sie ein Anrecht darauf hätten. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine humanistische Antwort auf den technologischen Fortschritt. Es betont den Wert der Arbeit, schafft den Ausgleich zur einseitigen Überbetonung der Erwerbsarbeit und verbindet Arbeit und Leben. Es ist ein demokratisch bestimmter Sockelbeitrag zum Arbeiten und zum Leben. Doch es sind noch viele Fragen offen. Was löst ein monatliches Grundeinkommen in der Bevölkerung und bei Einzelpersonen aus? Macht es die Menschen passiv oder setzt es vielleicht sogar neu Kapazitäten für ein anderes Engagement frei? Was würden wir alle hier drin machen, wenn wir einen Grundsockel an Geld zur Verfügung hätten? Was ändert sich damit und wie hoch soll das Grundeinkommen überhaupt sein? Und die wahrscheinlich meistdiskutierte Frage: Wie lässt es sich finanzieren? Das ist wohl auch der häufigste Einwand. Gute Idee, aber einfach nicht finanzierbar. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich war im Oktober 2013 auch unschlüssig, was ich stimmen sollte. Was, wenn wir mit dem bedingungslosen Grundeinkommen die sozialen Absicherungen geschwächt. hätten? Fakt ist, wir brauchen mehr Fakten und deshalb brauchen wir einen wissenschaftlich fundierten und begleiteten Pilotversuch, der Antworten auf eben die offenen Fragen liefern soll oder zumindest dazu beitragen soll. Die SP-JUSO-Fraktion wird diese Motion deshalb annehmen.
Auch wir wollen nicht, dass die Stadt Bern einen Alleingang macht. Wir wollen eine Zusammenarbeit mit anderen Städten und genau dies fordert die Kommissionsmotion, wenn ihr sie genau lest. Wir wollen, dass Bern weiterhin ein klares Signal an andere Städte schickt: Wir sind bereit, gemeinsam mit euch einen Pilotversuch zu machen und wichtige Erkenntnisse zu gewinnen. Danke, dass ihr diese Motion ebenfalls annehmt.

Präsidentin: Merci, Barbara. Béatrice, du kommst nach vorne, hast du ein langes Votum? Also gut, Béatrice Wertli für die Mitte-Fraktion.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Die Motion will einen Pilotversuch durchführen. Aber warum macht man eigentlich einen Versuch? Damit man spezifische Fragen klären kann, Hypothesen testen kann. Aber weder die Motion noch die Begründung geben eigentlich an, welche konkreten Fragen in dem Fall noch beantwortet werden müssen. Es ist eine allgemeine Sammlung. Man spricht immer von Erfahrungswerten, und damit ist unsere Fraktion doch ein bisschen ratlos, weil in der Motionsbegründung genau die klaren Zielsetzungen fehlen, die eben ein solches Experiment, das auch noch kostet, rechtfertigen würde. Okay, weltweit gibt es verschiedenste Versuche zum bedingungslosen Grundeinkommen. Auch in Deutschland, Nik hat vorhin davon gesprochen, läuft ein Pilotprojekt. Welche offenen Fragen will Bern jetzt noch klären für Bern, die nicht schon in früheren Studien beantwortet werden konnten? Diese Fragen drängen sich uns auf, aber weder die Motion noch die Antwort des Gemeinderates haben uns eine Erklärung geliefert, die zufriedenstellend gewesen wäre.
Am Schluss glaube ich, haben wir das Geheimnis ein bisschen gelüftet. Wenn man die Motion klar liest, dünkt es uns, es gehe weniger um die Klärung wissenschaftlicher

Fragen, als vielmehr um eine Unterstützung einer geplanten Volksinitiative zum bedingungslosen Grundeinkommen, einer Initiative, die gescheitert ist, und zwar krachend – 2016. Also mit einem Pilotversuch noch einmal Aufmerksamkeit und die Publizität für eine Initiative zu schaffen, ist verständlich, aber das ist, glaube ich, nicht die Aufgabe unserer Stadt.
Auch die Motionär*innen haben es selber gesagt: Ein Pilotversuch müsste ja mit anderen Städten zusammen durchgeführt werden können. Es hat sich aber keine andere Stadt gefunden und ein Alleinprojekt der Stadt Bern ist nicht repräsentativ. Die Ergebnisse könnte man nämlich auch nicht vergleichen. Vielleicht wäre es, wenn überhaupt, besser, Sozialversicherungen zu analysieren und zu evaluieren, dort eben Lücken aufzuzeigen, statt Menschen zu untersuchen, die aus dem Sozialnetzwerk herausgefallen sind. Aber auch, wenn sich andere Städte beteiligt hätten, wäre unsere Fraktion gegen dieses Vorhaben. Es ist eine Propagandaaktion und das ist nicht die Aufgabe unserer Stadt. Die Fraktion Mitte lehnt diese Motion ab und wir bitten euch, dies auch zu tun.

Präsidentin: Vielen Dank, Beatrice. Wir unterbrechen die Diskussion zu diesem Traktandum. Wir werden frühestens im Oktober wieder über das sprechen, weil das nächste Mal, wenn wir uns sehen, ist im September zur Budgetdebatte. Ich wünsche euch einen schönen Abend. Tschüss miteinander und einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

21 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten 2022.SR. 000124
22 Interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/PdA (Ursina Anderegg/Anna Leissing, GB/David Böhner, AL): Erhöhte Strom- und Gastarife ewb: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine 2022.SR. 000157
23 Interfraktionelle Motion FDP/JF, Mitte, SVP, SP/JUSO (Vivianne Esseiva, FDP / Milena Daphinoff, Mitte / Ueli Jaisli, SVP / Fuat Köçer, SP): Die neu geschaffene Kapazität der Schwimmhalle Neufeld nutzen, um den obligatorischen Schwimmunterricht auszubauen 2023.SR. 0103
24 Motion Geschäftsprüfungskommission (GPK): Revision des Kommissionsreglements (Art. 59f. GRSR) / Anpassung des Kommissionsreglements i.S. Zusammensetzung der Sozialhilfekommission 2023.SR. 0176
25 Motion Kurt Rüegsegger (SVP) und Ursula Stöckli (FDP): Schulanlage Breitenrain: Quartier- und umweltgerechte Wiederherstellung und Vergrösserung der Pausenplatzfläche auf der Parzelle 58 2023.SR. 0219
26 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA): Das Partizipationsreglement der Stadt Bern den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen - Menschen mit S-Ausweis sowie Asylsuchenden eine Stimme geben! 2023.SR. 0232
27 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP, SP/JUSO, Mitte, GLP/JGLP (Bettina Jans-Troxler, EVP / Matthias Humbel, GFL / Vivianne Esseiva, FDP / Sara Schmid, SP / Milena Daphinoff, Mitte / Janina Aeberhard, GLP): Unterricht und Hitzetage: Die Stadt soll Verantwortung übernehmen und eine Strategie aufzeigen 2023.SR. 0261

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Tanja Miljanovic (GFL): Zusammensetzung und Einfluss der Behördendelegation ZMB 2. Tramachse
2. Kleine Anfrage Tanja Miljanovic (GFL): Netzstrategie 2040 ÖV Kernagglomeration Bern der RKBM – wie weiter?
3. Interpellation Lena Allespach (SP), Barbara Nyffeler (SP): Immer mehr bewirtschaftete Wohnungen für Kurzaufenthalte – Was tut die Stadt Bern?
4. Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken
5. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/ Emanuel Amrein, SP): Mit der Tangentiallinie nicht die Begegnungszone Hochfeld gefährden
6. Kleine Anfrage Corina Liebi (JGLP): Kosteneffizienz und Angebotsvergleich: Der Schulzahnmedizinische Dienst der Stadt Bern (SZMD) im Fokus
7. Postulat Mahir Sancar (JA!), Anna Jegher (JA!), Nora Joos (JA!), Paula Zysset (JUSO): Solidarität mit Menschen statt Staaten
8. Interpellation Michael Ruefer (GFL), Mirjam Roder (GFL), Raffael Joggi (AL): Gaswerkareal: Hat der Gaskessel neben verlängertem Schulhausprovisorium und dem verdichteten Areal eine Zukunft?
9. Interpellation Michael Ruefer (GFL): Neuordnung Allmenden: Unterirdische Parkierung als Prämisse für neue YB-Trainingsfelder und Ausbau Anschluss Wankdorf?

Schluss der Sitzung: 22.32 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

22.10.2024

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

01.10.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi